Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

„Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei monatlich 2,30 Mark; durch die Post bezogen 2,00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, eGmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung **Der Rote Stern**

Anzeigenpreis: 15 Pf. für den mm Höhe u. Spalte; 70 Pf. im Textteil. Manuskripte sind zu richten nach Halle Red.) 21845, (Verl.) 21047, (Prod.-Gen.) 22251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz und Privat-Bank Halle; Friedmann & Co., Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48 Fritz Krok, Halle.

Einzelpreis 15 Pf. | Halle, Mittwoch, 10. Oktober 1928 | 8. Jahrgang * Nr. 239

Ernster Mahnruf zum Kampf

Auf der Arbeit werden die Kollegen, nach der Arbeit die Nachbarn zum Volksbegehren mobil gemacht

Steigert die Werbearbeit

Wir erhalten heute folgenden Brief, der mit aller Deutlichkeit zeigt, daß noch ungeheuer viel getan werden muß, wenn das Volksbegehren mit dem notwendigen Erfolg enden soll:

Ort im Geiseltal, 8. Oktober.

„Werte Volksgenossen!

Meine Frau ging heute, am 8. Oktober, zum Einzeichnen. Bei meinem großen Erstaunen sagte sie beim Zurückkommen: „Weißt Du, daß ich die erste auf der Liste bin?" Die Liste liegt wochentags von 4 bis 6 Uhr, Sonntags von 9 bis 11 Uhr aus. Bei der Reichstagswahl hatte die KPD. 88 Stimmen. Andere Parteien konnten diese Zahl nicht aufweisen in diesem kleinen Ort. Ich bin nicht KPD.-Mitglied, aber „Klassenkampf"-Leser und frage an, ob es strafbar ist, wenn wir Orte ausklingle, daß alle zum Volksbegehren gehen. (Das ist nicht strafbar! Während der Zeit des Volksbegehrens herrscht dieselbe Freiheit wie während einer Wahl. D.) Ich wurde etwa ausklingeln: Alle Personen, die das 20. Lebensjahr vollendet haben und gegen Krieg und Panzerkreuzer sind, haben sich sofort im Gemeindebureau einzufinden. Vergeßt auch nicht, den „Klassenkampf", das Sprachrohr gegen Kapitalismus und Krieg, zu lesen."

Ich würde gern beim Ausklingeln 30 bis 40 „Klassenkampf"-Exemplare in der letzten Woche oder auch Flugblätter mitnehmen, aber erst welche haben! (Wir haben sofort 40 Exemplare des „Klassenkampf" von heute überwiesen und senden am 16. Oktober zehn Freiexemplare täglich zum Werben. D. Red.)

Wir haben im Orte scheinbar auch schlappe Kommunisten (Die Ortsgruppe der KPD. besteht hier nicht. D. Red.), sonst könnte nach achttägiger Listenauslage es nicht möglich sein, daß noch niemand sich eingezeichnet hat. Unser Ort zählt 600 Einwohner, davon sind nur vier „Klassenkampf"-Leser. Am 1. Oktober ist noch einer dazugekommen. Und trotzdem handelt es sich hier um einen reinen Arbeiterort. Meine Frau war heute im Ort auf Propaganda ausgegangen. Da stellte sich heraus, daß die ganzen Arbeiterfrauen und auch ein Teil der Arbeiter keine blasse Ahnung haben von dem monatelangen Schreiben im „Klassenkampf" über Kreuzerbau und Volksbegehren. Antwort erbitte sofort im „Klassenkampf" unter Merseburg-Leuna-Querfurt. Mit sympathisierendem Gruß

Unterschrift, die wir aus den bekannten Gründen fortlassen.

Dieses Schreiben, dessen Original jederzeit in der Redaktion eingesehen werden kann, ist ein bezeichnendes Dokument für die Lage auf dem Lande. Die Sabotage der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse, das Verschweigen des Volksbegehrens durch die kleinen und kleinsten Provinz- und Lokalzeitungen hat doch zur Folge, daß viele Hunderttausende von Arbeitern immer noch nicht über das Volksbegehren orientiert sind. In diesem Kampf stehen die Kommunisten allein gegen eine Welt von Feinden, gegen die Einheitsfront von Hitler und Graf Westarp bis Hilferding-Wissell und Peters-Franken. Für jeden Genossen erwächst daraus die Pflicht, mit viel größerer Energie als bisher in dem Betrieb, in den Proletariervierteln der Städte und besonders auf dem Lande die Massen wachzurütteln.

Lest den heutigen Leitartikel, der Euch über die Methoden der Mobilisierung eingehend orientiert.

Achtung! Achtung!

Hier mitteldeutscher Sender des Arbeiterkomitees für das Volksbegehren!

Allen angeschlossenen Organisationen zur Kenntnis, daß sie ihre Mitglieder auffordern sollen, die zweite Woche der Einzeichnungsfrist zum Volksbegehren gegen Panzerkreuzerbau mit verstärkter Propaganda und Aufklärung auszufüllen. Es gibt noch viel Arbeit für diese

7 Tage bis zum 16. Oktober

Agitieren, Genossen, agitieren!

Es kommt in den nächsten Einzeichnungstagen für das Volksbegehren in der Hauptsache darauf an, daß wir die gesamte Schweige- und Sabotagetätigkeit der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse, der Staatsinstitutionen, vom Reichspräsidenten über die linkssozialdemokratischen Landräte bis zum reaktionären Einzeichnungsbeamten, des Rundfunks, der kommunalen Plakatierinstanzen, des oberen Polizeiapparates durch erhöhte Propaganda von jedem Genossen und Sympathisierenden nicht nur ersetzen, sondern so schnell wie möglich null und nichtig machen. Es gibt dazu verschiedene Wege. Zuerst: die sogenannte Hauspropaganda!

*

Hauspropaganda führt man am besten so aus, daß sich die einzelnen Bezirke, über die Bezirke wieder die einzelnen Stadtteile, über die einzelnen Stadtteile wieder die einzelnen Straßenzellen zusammensetzen, ihre Flugblätter vornehmen, wo sie keine bekommen haben, so schnell wie möglich eigene herstellen und auf die Flugblätter an der sichtbaren Stelle das Lokal, wo die Anwohner sich einzeichnen müssen, nicht nur andeuten, sondern genau mit Straße und Nummer benennen. Das ist sogar eine der allerwichtigsten Agitationsnotwendigkeiten, denn es gibt beinahe in jedem Haus und in jeder Straße einzelne Familien, die durch die Sabotage ihrer Presse und durch das schlechte Anbringen der amtlichen Bekanntmachungen noch gar nichts von dem Volksbegehren gegen die Panzerkreuzer wissen. Natürlich gehören auf diese Flugblätter, die ganz primitiv hergestellt werden können, auch einige Zeilen Text.

*

Das Zweite ist: Daß sich in unmittelbarer Nähe der Einzeichnungslokale überall einige Genossen aufstellen müssen, die die Ankommenden und Vorübergehenden auf das Lokal aufmerksam machen, ihnen Flugblätter geben und sie sonst mit Agitationsmaterial versorgen. Daß sie außerdem jedem Einzeichner sagen, daß es nicht nur seine Pflicht ist, selber zu wählen, sondern daß er zumindestens auch seine unmittelbaren Familienmitglieder und Arbeitskollegen in die Einzeichnungslokale bringen muß.

*

Das Dritte ist: Daß versucht werden muß, überall in die Nähe solcher Einzeichnungslokale Beratungs- und Werbestellen für das Volksbegehren einzurichten. In Berlin hat man das besonders in Lokalen versucht. Diese Werbestellen sind nach Möglichkeit auch auszuschmücken und nach außenhin mit Transparenten, Bildern, Fahnen, Hinweisen und Losungen gegen den Panzerkreuzer kenntlich zu machen. Vor alle diese Lokale auch einige Genossen mit Werbebroschüren und Agitationsmaterial.

*

Das Vierte: Gesteigerte Agitation in allen Betrieben. Entweder weiter durch mündliche Propaganda oder,

Stahlhelmsportfest für Großverdiener

Unter der Ueberschrift: „Der Massenaufmarsch der Stahlhelmer" veröffentlicht Herr Duesterberg in der schwarzweißroten Presse einen Artikel über den

Lauf des Stahlhelmrummels, der am 13. und 14. Oktober in Halle stattfindet.

Aus das gesamte Tagesprogramm verrät uns, daß der Stahlhelm selbst nicht viel erwartet und daß zweitens das Ganze weniger als ein Vergnügen für die Bourgeoisie angesehen worden ist. So erfolgt in Magdeburg früh 9 Uhr der Start einer Stahlhelmkarrosse, die von schweren Kraftwagen, Lastkraftwagen, Krafträdern aller Art und Personen durchgeführt wird. Damit die Stahlhelmproleten auch etwas zu tun haben, läßt man sie zwischen den Reitern der Junker und Kraftwagen der Bourgeoisie einzelne Staffeln laufen. Für die Bevölkerschaft ist wichtig, daß die Staffelstrecke sich von Magdeburg über Halle, Leipzig, Merseburg, Teutschenthal wieder zu der Rennbahntribüne in Halle bewegt.

Die Aufgabe aller Orte, durch die Stahlhelmstaffeln kommen, ihr Gesindel den gebührenden proletarischen Empfang zuteil werden zu lassen.

Und dann um 10 Uhr in Halle von der Pferderennbahn aus Vergnügungsgeländefahrt in Kraftwagen für Offiziere veranstaltet wird, starten die Stahlhelmproleten Radmarschgruppen. Der Stahlhelm scheut es ferner, in einer Demonstration der hallischen Arbeiterbevölkerung zu zeigen, daß er Agitation auf den Hund gekommen ist. Darum wird nur ein Radmarsch der Fahnenkompagnie", zu dem man von allen schwarzweißen Kleinbürgervereinen die Lappen „eingezogen" hat, vom Markt ab 11.30 Uhr durch die Humboldstraße, Kronprinzen-, Kaiserstraße, Ludwig-Wucherer-Straße, Mühlweg, Neuwerk, Franz-Straße und Mansfelder Straße stattfinden. Vorsichtig zieht der Stahlhelm durch die Bourgeoisieviertel.

Er scheut die Arbeiterviertel, weil er genau weiß, daß er dort von der Arbeiterbevölkerung so empfangen würde, wie es diesen Söldnern der Trustbourgeoisie gebührt.

Mittags um 1 Uhr soll dann ein Freiballon mit Ballonverfolgung per Automobil losgelassen werden. Für die Söhne der Großagrarier finden „reiterliche Wettbewerbe" statt und der Lieschen-Bund macht Reigentänze.

Der Stahlhelm beteiligt die hallische Einwohnerschaft, in allen Straßen Wilhelms Pleitefahne auszuhängen.

Beantwortet wird der Stahlhelm-Flaggenschmuck durch den Schmuck der Arbeiterviertel mit roten Fahnen, Plakaten, Transparenten usw. für das Volksbegehren. Keine Arbeiterwohnung ohne rote Fahne ist unsere Losung.

Daß der Stahlhelm ein Bombengeschäft bei der Geschichte machen möchte, ist die Tatsache, daß er einerseits die von uns gestern behandelte Geldsammlung organisiert hat, außerdem Eintrittskarten für den Rummel auf der Rennbahn verkauft, andererseits aber jede Ausgabe vermeidet, indem er um Freiquartiere usw. bettelt.

Im ganzen Bezirk macht der Stahlhelm die riesigsten Anstrengungen, um wenigstens mit einigen tausend Mann in Halle aufzumarschieren. Das Unternehmergesindel steht ihnen dabei mit seinen riesigen Geldmitteln zur Verfügung. Die Unternehmer wissen, daß sich das Stahlhelm-Sportfest gegen den Volksentscheid richtet, daß es der ideologischen und organisatorischen Vorbereitung kommender Kriege dient, daß der Stahlhelm — wie in dem von uns gestern veröffentlichten Rundschreiben Herr Frenzel feierlichst versicherte — zum Schutze des Geldsackes und zum Kampf gegen die Arbeiterbewegung, den Marxismus da ist. Die hallische Arbeiterschaft wird dem Stahlhelm zu antworten wissen.

Hausfrauen und Mütter!

Auf Euch lastete die ganze Not des Weltkrieges. Eure Männer, Söhne und Brüder wurden auf den Schlachtfeldern nutzlos vom Kapitalismus gemordet!

Ihr Frauen müßt im Kampfe gegen den neuen Krieg in der ersten Reihe marschieren!

Stellt Euch zur Werbearbeit für das Volksbegehren zur Verfügung. Alle Genossinnen kommen am **Donnerstag, vormittags 9 Uhr** nach der Produktiv-Genossenschaft zur Flugblattverbreitung. Frauen und Mütter Ihr seid alle gegen den Krieg, darum

zeichnet Euch ein

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019281010-16/fragment/page=0001

Gestern bereits

bekamen es die Gegner des Volksbegehrens mit der Angst zu tun, als sie erfuhren, daß

weit über 100 000 Einzeichnungen

in die Listen für das Volksbegehren allein in Groß-Berlin erfolgt waren. Sie lügen von einer Niederlage, ehe der Endkampf begonnen hat, ehe die letzten Tage, die erfahrungsgemäß

einen Massensturm

bringen, vorüber sind. Die Herrschaften zubeln zu früh. So wie in Berlin muß es überall sein. Verstärkt die Propaganda und Agitation.

In der zweiten Woche

wird sich gerade durch den wüsten Kampf unserer Gegner, der Freunde des deutschen Imperialismus auch der letzte Arbeiter einzeichnen und damit

die Zahl der Einzeichner verzehnfachen

---

wo es noch möglich ist, durch Bildmaterial und durch unsere Zellenzeitungen. Die Zellenzeitungen müssen nach Möglichkeit sogar ganz auf das Volksbegehren eingestellt werden. Artikel, Zeichnungen, Angriffe, Angriffe besonders gegen Stahlhelm und SPD. Wo es gemacht werden kann: Auch mit Hilfe von schnell einberufenen Betriebsversammlungen, von Beschlüssen, von Resolutionen.

*

Das Fünfte: Gesteigerte Aktionen innerhalb der Straßen und Häuserblocks. Auch wieder, wo es möglich ist, und wo solche vorhanden sind, durch die Straßen und Häuserblockzellenzeitungen. In diesen Zellenzeitungen kann auch auf örtliche Mißstände eingegangen werden. Ja, es ist sogar sehr gut. Um einige Beispiele aus Berlin zu nennen: Unsere Kinder sollen seit sechs Jahren eine neue Schule bekommen, aber wenn der Panzerkreuzer gebaut wird, werden sie wohl noch zehn Jahre weiter in das alte Loch gehen. Unserem Stadtteil ist schon 1915 ein öffentliches Bad und ein paar Grünflächen versprochen worden, aber die SPD. und die anderen bürgerlichen Parteien stecken das Geld dazu lieber in neue Kriegsschiffe!

*

Das Sechste: Propaganda durch Umzüge. Umzüge auf Lastwagen. Umzüge mit Fahnen. Umzüge mit Sprechchören. Umzüge mit Musikkapellen. In Berlin hat man es sogar mit ganzen Möbelwagenkolonnen versucht. (Es genügt auch einer.) Bilder an allen vier Seiten. Transparente darunter und darüber. „Die Panzerkreuzer sind gegen Sowjet-Rußland! Panzerkreuzer oder Brot! Keinen Pfennig für Panzerkreuzer! Der Panzerkreuzer A schießt weiter wie alle russischen Panzerkreuzer." (Reichskanzler Müller usw.) In der Nähe solcher Züge übrigens auch Bürgersteig-Propaganda, d. h. immer einige Genossen als Begleitung, die jedem Vorübergehenden, der durch die Magenkolonne aufgehalten wird, weiteres Propagandamaterial vermittelt.

*

Das Siebente: Propaganda durch Plakate. Durch Anbringen von kleinen Losungen. Durch Lichtplakatierung. Durch Plakatieren der Bürgersteige. Ueberall, in allen Häusern, auf allen Straßen, an allen Litfaßsäulen, damit auch der letzte Bürger weiß, um was es geht und sich einzeichnet.

*

Das Achte: Straßenpropaganda durch Transparente, die über ganze Straßenzüge gehen. „Arbeiter, zeichnet Euch ein gegen den Panzerkreuzer", „Arbeiter, setz Dich zur Wehr", „Keinen Groschen für Schiffskanonen". Wo es möglich ist, und es ist wohl überall möglich, sind diese Transparente noch durch rote Fahnen und durch Beflaggung der Fenster und der Balkone zu unterstützen.

*

Um das alles aber so schnell und so eilig wie möglich zu verwirklichen, muß auch der letzte Mann mobilisiert werden, muß sich auch der letzte Genosse sofort seinem Bezirk und seiner Zelle zur Verfügung stellen. Muß man alles heranholen: die Jugend, die roten Frontkämpfer, die breite Masse der Sympathisierenden. Die ganzen Bastelstuben und Werkstätten der Partei und der Jugend müssen unter Hochbetrieb gestellt werden. Die Maler an die Front! Die Schriftzeichner an die Front! Die Sprecher (Chorsprecher) an die Front. Die Propagandakolonnen an die Front. Jeder Straße, jeden Bezirk, auch jeden Landbezirk, jeder Stadt muß man in den nächsten Tagen ansehen, daß es sich bei den Volksbegehren gegen die Panzerkreuzer wirklich um ein Volksbegehren handelt.

Also agitieren, Genossen!

Also mobilisieren, Genossen!

An die Arbeit!

Der größte Teil der deutschen Arbeiter, der deutschen Bauern, auch ein großer Teil der Kleinbürger und Intellektuellen ist gegen den Panzerkreuzer — man muß ihn nur mit Hilfe von gesteigerter Propaganda und damit, daß man die Schweige- und Sabotagefront, die von den SPD.- und Gewerkschaftsbonzen bis zu den Nationalsozialisten geht, durchbricht, bearbeiten und erfassen.

Gegen das Preußenkonkordat

(MTB.) **Berlin**, 6. Oktober.

Im Preußischen Landtage beantragte zu Beginn der heutigen Sitzung der kommunistische Abgeordnete Genosse Dr. Ausländer die sofortige Beratung eines kommunistischen Antrages, der unter Hinweis auf die Presseveröffentlichungen verlangt, daß der fertiggestellte Konkordatsentwurf dem Landtage vorgelegt würde mit einer genauen Angabe des Vermögens der katholischen Kirche. — Das Staatsministerium soll auch über die Schul- und Erziehungsfragen innerhalb des Konkordatsentwurfs Auskunft geben und weiter darüber, welche neue finanzielle Belastung dem Volke aus dem neuen Vertrage zwischen Staat und Kirche erwachsen werde. Bis zu den Landtagsverhandlungen sollen alle Besprechungen mit dem päpstlichen Stuhl sofort eingestellt werden.

Meldungen, die offenbar von Hausbesitzerorganisationen inspiriert waren, wollten von einem bevorstehenden Abbau der Wohnungszwangswirtschaft wissen. Der amtliche preußische Pressedienst teilt mit, daß diese Nachrichten jeder Grundlage entbehren.

Künstler-Kundgebung für das Volksbegehren

Zille läßt sich als Kranker zum Einzeichnen tragen

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 8. Oktober.

Am Sonntag hat in der Stadthalle in der Klosterstraße eine imposante Versammlung stattgefunden, die sich mit dem Volksbegehren beschäftigte. Als Referenten sprachen u. a. Dr. med. Rosenthal, Berta Lask, während Erich Weinert rezitierte. Stürmisch bejubelt wurden die Ausführungen des Malers Otto Nagel über den gelungenen Handstreich auf das Vorhaus. Die Versammlung nahm einstimmig eine Resolution an, die sich für das Volksbegehren aussprach und ihre Sympathie mit den Männern bekundet, die am Sonnabendabend die bürgerliche Verschwörung des Schweigens gegen das Volksbegehren gebrochen haben.

In der Versammlung wurde ein Brief des Professors Heinrich Zille verlesen, der zurzeit krank ist, aber erklärt, er würde sich nötigenfalls zur Eintragung hintragen lassen. Er wünscht, daß sich die Waffen gegen diejenigen kehren würden, die sie fabrizieren.

Offenbar in der Meinung, den Landtagsabgeordneten Karl Schulz in der Versammlung vorzufinden, hatte sich ein großes Polizeiaufgebot unter Führung von zwei höheren Offizieren vor der Stadthalle aufgehalten. Karl Schulz war aber nicht erschienen, so daß die Häscher unverrichteter Sache wieder abziehen mußten.

Rundfunk-Echo

(Eig. Meld.) **Berlin**, 9. Oktober.

Die Wut der sozialdemokratischen Instanzen über den genialen Rundfunkstreich der Kommunisten treibt die merkwürdigsten Blüten. Nachdem auf Veranlassung der SPD.-Instanzen der Chefredakteur der „Welt am Abend" in diesem Zusammenhang verhaftet worden war, hat man, wie nachträglich bekannt wird, selbst vor sozialdemokratischen Parteimitgliedern, die bei der Vorsektrale nicht geschrieben sind, nicht halt gemacht. So wurde gestern der [illegible] des sozialdemokratischen Stadtbaurates Wagner festgenommen. Man stellte ihm auch dem Sozialdemokraten Schwarz gegenüber, aber es war wieder nichts. Das tollste aber war, daß der Chauffeur darüber auszuhorchen versuchte, ob nicht vielleicht Chef, der Stadtbaurat Wagner, hinter der ganzen Affäre sei.

Im Gegensatz zum „Volksblatt" und „Volksbote", die [illegible] das Rundfunktreiches sich nicht anders zu helfen wissen, als [illegible] Banditentum zu zetern und nach dem Staatsanwalt zu [illegible] schreibt die sozialdemokratische „Rheinische Zeitung": Nur Entrüstung! Wir wären traurige Philister, wenn wir über diese kommunistische Lausbubengeschichte mit hochdrama[illegible] Kinoeinlage von ganzem Herzen lachen könnten. Erfolg eines guten Witzes soll man auch dem Gegner [illegible] stehen."

Sozialdemokratische Kommunalpolitik

Der „Vorwärts"-Redakteur Reuter-Friesland, der vor kurzem [illegible] Berliner Rathaus hinübergewechselt ist, und dort einen Dezernatsposten bekleidet, hat, wie die „Welt am Abend" mitzuteilen [illegible] in einer Fraktionssitzung den Vorschlag gemacht, den deutschnationalen Stadtrat Jangenmeister und den Stahlhelmmann [illegible] direktor Lüdtke zu Generaldirektoren der Berliner Verkehrsunternehmungen (der Vereinigung von Straßenbahn, Aboag und Untergrundbahn — ein Unternehmen, das eine halbe Milliarde [illegible] mark repräsentiert) zu wählen. Das ist die Kommunalpolitik [illegible] Berliner SPD.-Führer. Sie lehnen ein Zusammengehen [illegible] Kommunisten zur Ausnutzung der proletarischen Mehrheit [illegible] Berlin ab und verlochen, die wichtigsten Stellen, wenn nicht [illegible] sich, so für den Stahlhelm und die Deutschnationale Volkspartei [illegible] reservieren.

Waldenburger Revier gegen Schlichtungsdikt[illegible]

(Eig. Drahtm.) **Breslau**, 8. Oktober.

Der gestern gefällte Schiedsspruch für das Waldenburger Revier ist von der Revierkonferenz abgelehnt worden. Der Streik wird einmütig fortgesetzt.

Dieser Ablehnungsbeschluß der Revierkonferenz gibt ein Bild von der Erbitterung und Kampfbegeisterung der streikenden Bergarbeiter, unter deren Druck die Revierkonferenz den Schiedsspruch ablehnen mußte. Das wichtigste ist jetzt für die Fortsetzung des Kampfes. Auch für den Fall der Verbindlichkeitserklärung ist Kampf bis zur restlosen Erfüllung der Forderungen die Parole.

Der Berliner „Vorwärts" hetzt schon im Sinne der Verbindlichkeitserklärung, indem er schreibt: „Der Streikfall kommt nun vor das Reichsarbeitsministerium. Der Minister (SPD.-Mann Wissell) muß zur wirklichen Friedensschlichtung sorgen und darüber hinaus sich auch dafür einsetzen, daß das Waldenburger Problem, das ja im Grunde mehr ein rein wirtschaftliches (?!) als ein lohnpolitisches Problem ist, einmal von Grund auf angefaßt und zu einer Lösung gebracht wird. Wenn die glänzend geführte Streikbewegung des Waldenburger Reviers den Anstoß zu einer solchen gründlichen Aufrollung des Problems gegeben haben sollte, so wäre das ein erfreulicher Fortschritt. Freilich muß eine Klärung bald erfolgen."

Ergebnislose Verhandlungen

(Eig. Drahtb.) **München-Gladbach**, 9. Oktober.

Die Sitzung des staatlichen Schlichtungsausschusses hielt am Dienstag unverbindliche Besprechungen über den Lohnstreik in der Textilindustrie ab. Sie ist nach vierstündiger Dauer ergebnislos abgebrochen worden.

Die Weber lehnen Schiedsspruch ab

(Eig. Drahtmeld.) **Dresden**, 9. Ok[illegible]

Die Arbeitszeitschiedssprüche für die sächsischen und thürin[illegible] Webereien und für die schlesische Textilindustrie sind von Unternehmern angenommen und von den Arbeitern abgelehnt worden.

Riesenstreik in Lodz

(Inprekorr.) **Warschau**, 8. Ok[illegible]

Der Streik der Textilarbeiter von Lodz ist in steter Zunahme begriffen. 98 Prozent aller Lodzer Textilarbeiter sind in den Ausstand getreten. Dem Streik schlossen sich die Textilarbeiter von Zgierz, Petrokow und anderen Städten an. Es streiken insgesamt 100 000 Textilarbeiter. In Lodz und Zgierz kam es zu Zusammenstößen zwischen Streikenden und Polizei, wobei die Arbeiter durch Säbelhiebe und Bajonettstiche verletzt wurden. Die Fabrikanten wollen nicht nachgeben, sollen aber angeblich bereit sein, den Arbeitslohn um 8 Prozent zu erhöhen. Die Streikenden werden aber diese Bedingungen kaum annehmen, deshalb ist die weitere Ausdehnung des Streiks möglich.

Der tägliche Dawes-Standa[illegible]

Auf der Hauptbahnstrecke Gießen—Koblenz—Köln stießen bei Dutenhofen ein von Dillenburg kommender Güterzug und [illegible] Fahrt mit einem Arbeitszug zusammen. Der Zusammenprall [illegible] derartig, daß die meisten Wagen beider Züge vollständig zertrümmert wurden. Das Personal konnte sich durch Abspringen retten. [illegible] wurde jedoch der Maschinenführer des Güterzuges erheblich [illegible]. Der Materialschaden ist bedeutend. Der Unfall ist darauf zurückzuführen, daß die Strecke durch starken Nebel unübersichtlich [illegible]

In Thorn fand eine deutschfeindliche Kundgebung statt. [illegible] rechtsstehende polnische Verbände aufgerufen hatten. Die Kundgebung endete mit einem völligen Fiasko.

Aus Frankreich ausgewiesen

Der Pariser Korrespondent des Hearst-Konzerns veröffentlichte das englisch-französische Militärabkommen

(Eig. Meld.) **Berlin**, 9. Oktober.

Die Veröffentlichung des vor wenigen Tagen erfolgten englisch-französischen Militärabkommens, das zu gleicher Zeit im „Daily Telegraf" und im „Echo de Paris" erfolgte, hat eine sensationelle Wendung genommen, die deutlich die scharfen imperialistischen Gegensätze zwischen Frankreich und England auf der einen und Amerika auf der anderen Seite zeigen. Heute früh wurde nämlich der Pariser Korrespondent des Hearst-Konzerns, des größten amerikanischen Zeitungsunternehmens, der amerikanische Journalist Harold J. T. Horan festgenommen und mußte sich mit seiner sofortigen Ausweisung aus Frankreich einverstanden erklären, da er sonst sofort ins Santé-Gefängnis überführt worden wäre. Dem Pariser Korrespondent der amerikanischen Hearst-Presse wird zum Vorwurf gemacht, daß er derjenige gewesen sei, der dem „Echo de Paris" und dem „Daily Telegraf" die wörtlichen Auszüge aus dem Flottenabkommen zwischen England und Frankreich übermittelt habe. Randolph Hearst selbst hat sofort einen telegraphischen geharnischten Protest gegen diese Ausweisung an das französische Auswärtige Amt geschickt.

Der kommunistische Wahlsieg in Lettland

(MTB.) **Riga**, 9. Oktober.

Nach den allerdings noch unvollständigen Ergebnissen der Neuwahlen zum lettischen Parlament erhalten voraussichtlich von den insgesamt 100 Mandaten die kommunistischen Gewerkschaftler 5, die Unabhängigen Sozialisten 3, die Sozialdemokraten 27, die Radikalen Gruppen 3, das Zentrum 6, die Partei der Kleinbauern 4, der Bauernbund 17, die Katholiken 7, die Rechte 10 und die nationalen Minderheiten 21, davon 6 Russen, 6 Juden und 3 Polen.

In Lettland ist die kommunistische Bewegung den schärfsten Verfolgungen ausgesetzt. Die Partei ist verboten. Trotzdem der Erfolg auf Kosten der Sozialdemokratie.

Der Chefredakteur der „Iswestia" gestorben

Moskau, 8. Oktober.

Genosse J. Stepanow-Stworzow, Direktor des Lenin-Instituts, Chefredakteur der Moskauer „Iswestia", ist gestern im kaukasischen Bodeorte Sotschi an Typhus gestorben. Der verstorbene Genosse war 58 Jahre alt, nahm seit seiner frühesten Jugend an der revolutionären Bewegung teil, gehörte seit 1904 der kommunistischen Fraktion der russischen Sozialdemokratie an und war lange Jahre hindurch Mitglied des ZK. der KPSU. Genosse Stepanow-Stworzow ist auch bekannt als hervorragender marxistischer Schriftsteller. Er war einer der ersten russischen Uebersetzer des „Kapital".

Gegen den Imperialismus

(Inprekorr.) **Moskau**, 8. [illegible]

Das Präsidium des Zentralrates der Gewerkschaften der Sowjetunion beschloß, der Antiimperialistischen Liga beizutreten. Es wird demnächst den Beschluß fassen über die Entsendung einer Delegation zu der am 1. Dezember stattfindenden Sitzung des Exekutivkomitees der Liga. Das Präsidium [illegible] auch die Gewerkschaften Norwegens und Finnlands [illegible] der Liga beizutreten.

Der „Dank des Vaterlandes" ist überall [illegible]

Gestern erschienen vor dem Ministerium für Agrarreform 100 Freiwillige der Saloniki-Armee, um beim Landwirtschaftsminister Beschwerde dagegen zu erheben, daß sie von dem [illegible] Grafen Ciekonics, das ihnen seinerzeit zugesprochene Land vorenthalten worden seien. Die erbitterten Bauern erklärten, sie [illegible] vor dem Ministerium zu verbleiben, bis der Minister eine [illegible] Entscheidung getroffen haben werde. Sie blockierten das Ministerium und verhinderten, daß der Minister für Agrarreform Popowitsch, das Ministerium verließ. Erst am Nachmittag [illegible] 2½ Uhr konnte der Minister in Begleitung einiger Gendarmen das Haus endlich verlassen. Die Abordnung begab sich [illegible] Ministerpräsidenten und überreichte später auch dem [illegible] Bittschrift.

Aus Mexiko wird ein Ueberfall von mehreren hundert Händlischen auf die Stadt Huetamo gemeldet, bei dem [illegible] haber und sechs Soldaten der Regierungstruppen getötet [illegible]. Die Aufständischen ergriffen die Flucht, bevor Verstärkungen der Bundestruppen eintrafen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019281010-16/fragment/page=0002

Wagt sie endlich zum Teufel!

Von Kurt Hiller

Rosstäuschend bringen wir einen Artikel des Führers der „Gruppe Revolutionärer Pazifisten". Er ist — trotz der bekannten Meinungsverschiedenheiten in gewissen Fragen zwischen uns und dieser Gruppe — ein Bekenntnis zum gemeinsamen Handeln in dem von der Kommunistischen Partei eingeleiteten Volksentscheid. Die Redaktion.

I

...jetzt nicht um die 9-Millionen-Rate; nicht um die 80 Millionen für das Schiff A; nicht um die 400 Millionen für die gemeinen Mordschiffserie. Es geht um das Prinzip. Sollen, während ...ehrlichen Menschen im Volk am nötigsten mangelt, an Brot, ...Bekleidung, an Wohnraum, an Ernährungsmöglichkeit, gewaltige ...Summen ausgegeben werden für Menschenvernichtungsmittel ... in einer Aera demokratischen Zirpens von Völkerverständigung, Abrüstung, Kriegsächtung? Ein Hohn auf alle Vernunft ...das; und eine ungeheure Lüge. Vom ersten Pfennig an.

II

...erkannte die Nation bis weit hinein in ihre bürgerliche ... Der Linksruck im Mai hat unter anderem bedeutet: Massen... gegen die Panzerplattköpfe.

III

...kam und kommt für die Wissenden: Nicht mehr Vor... der Revanche gegen den „Erbfeind" im konservativ-nationalen Sinne wird hier gepfiffen; nicht mehr gegen Frankreich. Eng... Polen geht's. Dieser Kurs ist längst verlassen; Herr v. Seeckt ...in letzter Vertreter. Der neue Kurs heißt: Gleichstelle machen ...dem Erbfeind. Man reflektiert auf: Rheinlandräumung, ...Erleichterungen, Erlaubnis zum Anschluß Österreichs und ...Vervielfachung der Friedensstärke der Reichswehr, etliche ...Kolmandate, womöglich Revision der Ostgrenzen ... und bietet: ...Hilfe gegen die Sowjets. Diese Tendenz reicht bis in die ...Kreise der Sozialdemokratie. Im April 1926 ist zwischen ...Deutschland und Rußland ein Neutralitätsvertrag geschlossen. Zwei Tage bevor sein Wortlaut veröffentlicht wurde, ...Herr „Linkssozialist" Ströbel von einem Vertretertag west... der Foerster-Pazifisten eine hysterische Resolution annehmen, ...es absurdeweise hieß, daß der deutsch-russische Vertrag die ...Bedrohung des europäischen Friedens bedeute. „Ich kenne ...Vertrag nicht, aber ich mißbilige ihn (weil er außer Deutsch... auch Sowjet-Rußland schützt)", hätte dieser angebliche Arbeiter... seinen Standpunkt formulieren können — während der ...Pazifist" Eichler-Foerster seine Friedensmoral tatsächlich in ...Ernst an die Polen zusammengefaßt hat: „Rüsten nicht ab, ...rüstet auf!" Der Panzerkreuzer, der da gebaut werden ...wird die Rohrmündungen seiner Geschütze gegen den Arbeiter... richten, gegen das fragtreich sich emporringende Proletariat. ...ohne daß der „Vorwärts" aus der Schule geplaudert hätte, ...wir das.

IV

...das Entscheidend-Widerwärtige an der Panzerkreuzeraffäre ...der Panzerkreuzer, sondern die Schmutzigkeit eines Politikers, ...der niemandes Vertrauen hat und doch in der Macht sitzt. ...Sage nicht den Gegner, bloß weil er Gegner ist, für einen ...zu halten; wer feindliche Interessen geradlinig vertritt, wer ...die Ideen aus Ueberzeugung verficht, kann um so achtens... sein, je schärfer man ihn zu bekämpfen hat. Redliche werden, ...bei aller sachlichen Gegenlage, den Redlichen immer respek... Aber daß man als Staatsbürger ein spießig-machtgeiles ...Kerlspaß fromm und frohgemut aushalten soll, aushalten im ...Sinn von Ertragen und aushalten im Sinne von Bezahlen.... ...Kindlerspaß, das sich Amt und Würden durch das Austuten ...Polen erschlichen hat, auf die es hustet, sobald sein Gesäß das ...Amtssitzes zu wärmen beginnt, — das kann uns kein ...der republikanischen Würde weismachen. Ein Reichs... soll Gegenstand unserer Achtung sein, der, kaum auf seinen ...gelangt, das Gegenteil dessen tut, was die Partei, die er ...zu tun versprach, als sie die Massen aufforderte, sie zur Macht ...zu bringen? Solch ein Führer ist kein Führer, sondern ein Au... ein Nasführer. Er macht geltend, die Partei, wenn sie der ...jetzt nicht nachgebe, mülle sie um Macht abtreten? Aber ...der in jeder künftigen Krise genau so geltend machen!

...derart jämmerlich geleitete Sozialdemokratie wird sich in der ...Justizpolitik, in den Fragen des Arbeitsschutzes, in der Schul... und der Justizpolitik, in jeder erdenklichen Situation genau ...Rückwärtlern unterwerfen, wie in dieser militärpolitischen ...Angelegenheit; sie wird sich immer zum gefügigen Objekt mittel... ...Erpressungen erniedrigen. Dazu Wahlkämpfe? Dazu ...Versammlungshalle? Dazu den Riesenapparat politisch-gewerk... ...Organisationen? Hinter dem Panzerkreuzerproblem er... das Führerproblem. Wir dürfen an der Einsicht und dem ...Willen der sozialdemokratischen Massen noch nicht ver... ...damit käme die revolutionäre Bewegung nicht weiter. ...sagen ihnen in zielgemäßester Gesinnung klarmachen, daß sie ...widerlich handeln, wenn sie sich nicht endlich zur Verwirk... ihres eigenen Willens aufraffen und diese Führer nicht ...zum Teufel jagen. Dann mag der behäbige Müller mahlen ...und helf' er sich. Hilfeding! Aber für die Einigung des ...Proletariats, für die große Rote Linke Deutschlands ist dann die ...Gelegenheit da ... in die Mauer oder, kleinbürgerlicher Trag... ...Macht? Ja — um sie zu benutzen zu systematischer Durch... der revolutionären Ziele; jene Reformisten, wenn sie aber ...nahen sich ja nicht einmal die beschränkte Reform durch... ...Sie rechtfertigen ihre Kläglichkeit mit dem Willen zur ...und ihre „Macht", bei Lichte besehen, ist Kläglichkeit. Ist ...gedmacht, ziellose Macht, leere Macht. Ein, man mag stehen ...will, verächtliches Verhalten.

V.

...Gruppe Revolutionärer Pazifisten (der viele freie Sozia... ...einige Kommunisten und eine Anzahl Sozialdemokraten an... ...steht in dieser Frage einmütig auf seiten der Kommu... Partei; sie begrüßt aufs freudigste deren Beschluß, einen ...gleichen gegen den Bau von Panzerschiffen und Kreuzern ...zu herbeizuführen, und sie stellt ihre volle Arbeitskraft dieser ...zur Verfügung.

Wie ehrliche Arbeiter denken

(Eig. Meldg.) **Dresden**, 9. Oktober.

...Sozialdemokratische Reichsparteileitung hat jetzt alle Hände ...tun, im Lande draußen die sozialdemokratischen Arbeiter ...der Haltung ihrer Minister in der Reichsregierung zur Frage ...Panzerkreuzer zu beschwichtigen. Dieser Tage fand eine Mit... ...versammlung der SPD. in Klingenthal im sächsischen Vogtland, in der Hildebrand vom Parteivorstand referierte. Die ...demokratische „Blauener Volkszeitung" berichtet darüber: ...Hildebrand sucht aus der Geschichte der Partei nachzu... ...daß die Stellungnahme „keine Koalition um keinen Preis" ...Richtig sei dagegen, daß man die Republik auf keinen ...Gegnern der Republik zur Verwaltung in die Hände geben ...noch dazu, wenn man selbst die größte Partei mit 113 Mandaten ...stelle. Hildebrand schloß mit dem Appell an die Partei ...an, die Einheit und Geschlossenheit der Partei über alles ..., denn die Frage des Panzerkreuzers sei im Vergleich zu ...haben, die unserer Ministergenossen noch harren, ein Dreck."

...Vogtländischen sozialdemokratischen Arbeiter aber tümmerten ...Dreck um die Beschwichtigungsversuche und nahmen ein... ...eine Entschließung an, in der sie ausdrücklich betonten, daß ...nach Anhörung des Referates Hildebrands vom Partei... ...aufs schärfste gegen die Panzerkreuzer protestieren und ...tritt der sozialdemokratischen Minister fordern.

Aufhebung der Polizeiverordnungen

Die kommunistische Landtagsfraktion hat folgenden Antrag ...gebracht:

Die unübersehbare Zahl der Polizeiverordnungen — man spricht in Preußen von einer Million, während das Innenministerium sie auf „höchstens" 250 000 schätzt — schafft eine unerträgliche Unklarheit des Rechtszustandes und öffnet Schikanen Tür und Tor. Die zahlreichen Polizeibehörden haben im Laufe der Jahrzehnte in dem Erlaß immer neuer polizeilicher Beschränkungen des Publikums geschwelgt, ohne sich der Mühe der Nachprüfung unterzogen zu haben, welche der erlassenen Verordnungen inzwischen veraltet sind und keine Existenzberechtigung mehr haben.

Die Unzahl der polizeilichen Bestimmungen macht aus dem angeblichen „Rechtsstaat" einen Polizeistaat. Da jede Verordnung innerhalb ihres örtlichen Geltungsbereiches nicht nur für die im Bezirk Ansässigen, sondern für jedermann bindend ist, stellt jede einzelne eine Belästigung der gesamten Bevölkerung dar.

Wenn es heute möglich ist, jemanden zu bestrafen, weil er z. B. während des Hauptgottesdienstes in seinem an der Straße gelegenen Gartenland seine Rosen beschneidet oder Kirschen pflückt, oder daß auf Grund einer Polizeiverordnung aus dem Jahre 1833 gewisse Polterabendscherze unter Strafe genommen werden, so ist das ein unerträglicher Zustand. Abgesehen davon aber sind eine Unmenge PVO. mit den Grundrechten der Verfassung und sonstigen gesetzlichen Bestimmungen nicht in Einklang zu bringen.

Wenn z. B. der Preußische Landtag durch das Gesetz vom 28. November 1925 die §§ 9 und 10 des Preußischen Pressegesetzes, d. h. die Beschränkungen über Aushang und Anheften von Plakaten, Ausrufen von Druckschriften usw. aufgehoben hat, so konnte das nur bedeuten, daß damit auch alle von Polizeibehörden erlassenen Beschränkungen, ohne besondere formelle Aufhebung, fallen sollten. Dennoch wird die Bevölkerung dauernd weiter mit diesen polizeilichen Vorschriften behelligt. Selbst in Berlin sind Verfahren z. B. gegen Gastwirte, sogar in der Wahlzeit vorgekommen, die Versammlungsplakate innerhalb ihrer Gastwirtschaft von der Straße aus sichtbar ausgehängt hatten.

Der Preußische Innenminister, Herr Grzesinski, gibt zwar zu, daß eine ganze Anzahl der bestehenden Verordnungen nach Form und Inhalt der heutigen Auffassung nicht mehr entsprechen, jedoch lehnt er eine Generalsäuberung ab, weil er des Glaubens sein will, daß die Polizeibehörden von selbst erkennen würden, welche ihrer Verordnungen überholt und aufzuheben sind. Alle bisherigen Erfahrungen sprechen aber dagegen. Außerdem ist es bedenklich, diese Entscheidung den Polizeibehörden selber zu überlassen, sie werden immer geneigt sein, ihre Rechte dem Publikum gegenüber auszudehnen.

Die Unsäßigkeit der mit dem Erlaß von PVO. bislang betrauten Stellen, das Publikum vor dem Weiterbestehen veralteter, oft lächerlich wirkender Verordnungen zu bewahren, macht es notwendig, das Polizeiverordnungsrecht auf die Selbstverwaltungskörperschaften zu übertragen.

Bis zur Durchführung dieser Reform kann mit der Beseitigung der bisherigen Polizeiverordnungen nicht gewartet werden. Die unverzügliche Aufhebung durch besonderes Landesgesetz ist unbedingt erforderlich.

Um eine Wiederkehr des jetzt bestehenden Zustandes zu verhindern, ist eine zeitliche Beschränkung der Verordnung notwendig.

Wir beantragen daher, der Landtag wolle beschließen:

Das Staatsministerium wird ersucht, schleunigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach

1. **das Polizeiverordnungsrecht auf die kommunalen Körperschaften übertragen wird.**
2. **Solange dies nicht durchgeführt ist:**
   a) **alle bislang erlassenen Polizeiverordnungen, mit Ausnahme der gesundheitspolizeilichen Vorschriften, der Bestimmungen, die den Schutz der Arbeiter und Angestellten betreffen und der Vorschriften über den Tierschutz mit dem 31. Dezember 1928 außer Kraft treten, sofern sie nicht an sich schon für kürzere Geltungsdauer erlassen sind oder vorher aufgehoben werden;**
   b) **alle hiernach neu erlassenen Polizeiverordnungen spätestens nach zwei Jahren außer Kraft treten, sofern sie nicht für kürzere Geltungsdauer erlassen sind oder vorher aufgehoben werden.**

Friedensgesellschaft für Volksbegehren

In der Sonntagssitzung der Deutschen Friedensgesellschaft, die in Nürnberg tagte, kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen über das Volksbegehren. Helmuth v. Gerlach erklärte, wenn der Beschluß des Friedenskartells sich am Volksbegehren zu beteiligen, rückgängig gemacht werde, würde das den Zerfall der Friedensgesellschaft bedeuten. Er trete deshalb für die Unterzeichnung des Volksbegehrens ein. Der Führer der österreichischen Friedensgesellschaft unterbreitete den Antrag, die Beteiligung am Volksbegehren freizustellen. Der Chefredakteur Küster, der Führer der westdeutschen Pazifisten, forderte, daß das Volksbegehren nicht unterzeichnet werden dürfe. Mit überwiegender Mehrheit wurde folgender Antrag Quidde angenommen:

„Die Generalversammlung der Deutschen Friedensgesellschaft billigt die Haltung des Präsidenten in der Frage des Panzerkreuzers und fordert die Mitglieder auf, aus den Gründen, die in der Kundgebung vom 20. September angegeben sind, sich für das Volksbegehren einzutragen."

Noske hatte bei einer Rede in Hannover erklärt, daß zur Leitung höherer Schulen nur Pädagogen berufen werden würden, die sich zur republikanischen Ordnung bekennen. Der preußische Kultusminister hat diese Stellungnahme gutgeheißen.

Einer der üblichen Landfriedensbruchprozesse gegen Kameraden des RFB. wurde gestern in Bartenstein zu Ende geführt. Die üblich, wurden nicht die angreifenden Strolche des Wehrwolfs, sondern die RFB-Kameraden zu Gefängnisstrafen von zwei Wochen bis zu einem Jahr drei Monaten verurteilt.

Stärkt den Fonds der Antikriegsanleihe!

196 Mark

zeichneten die Angestellten der Bezirksleitung der Partei und Redaktion zur Durchführung des Volksbegehrens.

In Delitzsch wurden am vergangenen Sonntag

180 Mark

gesammelt.

Auch die Landbevölkerung wehrt sich gegen die Rüstungspolitik des neudeutschen Imperialismus. So wurden in Seeben

53,15 Mark

gesammelt. Das sind glänzende Erfolge.

Sammelt! Sammelt!

Aus der Partei

Am 27. September veröffentlichten wir die Entschließung des ZK. zu den Hamburger Vorgängen. Am Montag, dem 8. Oktober, brachten wir die Stellungnahme der BL. für Halle-Merseburg dazu und heute veröffentlichen wir hiermit den Beschluß des EKI zu dieser Angelegenheit:

(Inprekorr.) **Moskau**, 8. Oktober.

Das Präsidium des EKKI. nahm in seiner Sitzung vom 6. Oktober folgende Resolution an:

„Das Präsidium des EKKI. hat die mit der Angelegenheit des früheren Pol-Sekretärs der Hamburger Parteiorganisation Wittorf im Zusammenhang stehenden Tatsachen eingehend geprüft und stellte folgendes fest:

1. Das ZK. der KPD. handelte richtig in der Hinsicht, daß es gegen die Unterschlagung von Parteigeldern durch Wittorf mit aller Schärfe vorging und Wittorf wegen dieses Verbrechens aus der Partei ausschloß.

2. Genosse Thälmann, der ohne Vorbehalt für die strengen Maßnahmen ist, die das ZK. angesichts der Unterschlagung in der Hamburger Organisation getroffen hat, beging einen ernsten Fehler dadurch, daß er, als er von der Unterschlagung erfuhr, das ZK. hiervon nicht sofort in Kenntnis setzte. Das Präsidium des EKKI. stellte jedoch fest, daß diese Unterlassung Thälmanns nicht dem Wunsche entsprang, Wittorf zu schützen, sondern ausschließlich aus dem Bestreben heraus erfolgte, den Zeitpunkt und die Form für die Maßregelung Wittorfs so zu wählen, daß die öffentliche Erledigung der ganzen Angelegenheit mit möglichst geringem Schaden für die Partei erfolge und von der Bourgeoisie und der Sozialdemokratie nicht dazu ausgenutzt werden könne, der KPD. und der Komintern die Durchführung der äußerst wichtigen Kampagne gegen die Klassenfeinde des Proletariats zu erschweren.

3. Gleichzeitig muß das Präsidium des EKKI. leider feststellen, daß das ZK. der KPD. die Resolution über die Verurteilung des Genossen Thälmann veröffentlichte, ja sogar in einer für die Partei schwierigen Situation. Da die Partei inmitten der breitesten Kampagne gegen die Panzerkreuzersozialisten steht, ohne daß das ZK. den Versuch gemacht hätte, diese Resolution vorher dem EKKI. und den aktiven Parteifunktionären zur Kenntnis zu bringen, und schließlich ohne Rücksicht darauf, wie die Parteimitgliedschaft auf einen derartigen Schritt des ZK. reagieren wird.

Das Präsidium des EKKI. ist der Ansicht, daß das ZK. der KPD. dadurch einen für die Partei höchst gefährlichen Fehler beging, der den Klassenfeinden des Proletariats die Möglichkeit bot, die Kampagne der KPD. gegen die Sozialdemokraten anläßlich des Baues von Panzerkreuzern durch eine Schmutzkampagne gegen den Genossen Thälmann, gegen die KPD. und gegen die Komintern zu untergraben und damit das Proletariat in seinem Kampfe gegen den Imperialismus zu schwächen.

Ein derartig grober Fehler war nur dadurch möglich, daß die Mehrheit der Mitglieder des ZK., die nicht genügend informiert war, sich in unüberlegter Weise irreführen ließ von den politischen Gegnern innerhalb des ZK. Anstatt im Geiste der Beschlüsse des 6. Weltkongresses das Schwergewicht auf die Bekämpfung der rechten Gefahr und der gegenüber den rechten Abweichungen versöhnlerischen Strömung in den Reihen der Partei zu legen, schritten diese Genossen vielmehr dazu, den Fall Wittorf im fraktionellen Gruppeninteresse auszunützen gegen den Genossen Thälmann als einen der Hauptvertreter der Linie des 6. Weltkongresses. Dabei machten sie den Versuch, eine Aenderung der Parteiführung herbeizuführen und auf diese Weise in der KPD. die Durchführung des vom 6. Weltkongreß der KI. angenommenen politischen Kurses zu verhindern sein krasses Beispiel dieser fraktionären Haltung bot das Auftreten des Genossen Hausens, des Vertreters der Rechten, und zum Teil des Genossen Gerhard in der Plenarsitzung des Zentralkomitees vom 26. September).

Von dieser Sachlage ausgehend und in Anbetracht dessen, daß die meisten Mitglieder des ZK. der KPD. bereits den ganzen Ernst des vom ZK. begangenen Fehlers eingesehen und diesen Fehler anerkannt haben, erachtet es das Präsidium des EKKI als notwendig, dem ZK. der KPD. folgendes vorzuschlagen:

Der Sinn dieses Beschlusses des Präsidiums des EKKI soll der gesamten Parteiorganisation klargemacht werden, doch ohne dabei eine Verschärfung der innerparteilichen Verhältnisse zuzulassen. Es müssen alle Maßnahmen getroffen werden, um eine volle bolschewistische Einheit in den Reihen der Partei zu sichern. Das Präsidium des EKKI schlägt dem ZK. der KPD. daher vor:

Maßnahmen zu treffen, um alle Fraktionsgruppierungen in der Partei zu liquidieren und alle besten Kräfte der Partei, die auf dem Boden der Beschlüsse der Komintern und des Essener Parteitages stehen, zur verantwortlichen Parteiarbeit heranzuziehen, gewisse Aenderungen in der Zusammensetzung der leitenden Organe des ZK. (Politbureau, Sekretariat, Redaktion der „Roten Fahne") vorzunehmen. Diese Aenderungen sollen jedoch vorgenommen werden innerhalb der Grenzen der Notwendigkeit, um Garantien zu schaffen gegen die Möglichkeit derartiger Beschlußfassungen, die der Partei Schaden bringen.

Das Präsidium des EKKI stellt fest, daß das ZK. der KPD. mit dem Genossen Thälmann an der Spitze sowohl vor, als auch nach dem Essener Parteitag eine richtige politische und organisatorische Linie verfolgte, wie es unter anderem die Maiwahlen bewiesen haben.

Diese Linie gab der KPD. die Möglichkeit, ihren Einfluß in den Massenorganisationen des Proletariats und unter der Arbeiterschaft der größten Industriezentren Deutschlands zu erweitern und zu verstärken. Das Präsidium des EKKI ist davon überzeugt, daß das ZK. der KPD. auch weiterhin ebenso fest diese richtige leninistische Linie durchführen wird.

Das Präsidium des EKKI spricht dem Genossen Thälmann das volle politische Vertrauen aus und beschließt, daß er auch weiterhin verpflichtet ist, alle ihm vom Essener Parteitag der KPD. und vom 6. Weltkongreß der Komintern aufgelegten Funktionen in der Partei und im EKKI zu erfüllen. Die Kampagne zur Vorbereitung des kommenden Parteitages der Kommunistischen Partei muß in allen Bezirken begleitet sein von einem andauernden ideologischen Kampf gegen die rechten Strömungen innerhalb der KPD. und gegen das Versöhnlerische ihnen gegenüber, damit auf dem Parteitage selbst und im neuen ZK. die beste Durchführung der Linie des 6. Weltkongresses gewährleistet wird. Dabei wird das ZK. selbstverständlich in allen Organisationen der Partei auf der Grundlage der innerparteilichen Demokratie eine freie Erörterung der bei der Tagung des kommenden Parteitages stehenden Fragen und der Beschlüsse des 6. Weltkongresses durchführen.

Das Präsidium des EKKI legt den größten Wert darauf, daß die KPD. im gegenwärtigen Augenblick ihre sämtlichen Kräfte auf die erfolgreiche Durchführung der Kampagne gegen den Bau von Panzerkreuzern und auf die Entlarvung der Panzerkreuzersozialisten in den Augen der Arbeiter konzentriert. Das Präsidium fordert daher alle Mitglieder der KPD. auf, die Reihen zu schließen, mit verdoppelter Energie an der erfolgreichen Durchführung der Kampagne gegen den Panzerkreuzerbau zu arbeiten und die Bereitschaft der Partei zur Mobilisierung der Arbeitermassen zum Verteidigungskampf für ihre Lebensinteressen gegen die Offensive des Kapitalismus zu erhöhen und zu verstärken.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019281010-16/fragment/page=0003

Landarbeiter zum Volksbegehren

Kollege Landarbeiter, gedenkst Du noch der Wahlparolen und Versprechungen der SPD. vor dem 20. Mai dieses Jahres?

Wie sie schwierten und schrien: „Keinen Pfennig für den Panzerkreuzer, alles für Kinderspeisung, Arbeiterwohlfahrt und Kulturfortschritt." Wieviel Landarbeiter fielen darauf hinein und folgten den Parolen dieser Partei der Mörder Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs!?

Ihr glaubtet, Eure Lage würde sich verbessern, wenn die Sozialdemokraten in der Regierung sitzen. Aus diesem Grunde gabt Ihr dieser Partei Eure Stimme.

Was ist eingetreten?

Nichts von alledem! Das Gegenteil ist festzustellen.

Größeres Elend und größere Not herrschen heute in den Hütten der Landarbeiter.

Von den reformistischen Gewerkschaftsführern im DVV. ist nichts zu erwarten als Verrat, nichts zu erwarten als schändliche Kuhhandelspolitik mit den Großagrariern, die dem deutschen Volke von Tag zu Tag den Brotkorb höher hängen.

Heute begreift Ihr, was Koalitionspolitik ist, und heute seht Ihr, welchen Verrat die sozialdemokratischen Minister verübten, als sie Millionen bewilligten für den Bau eines Panzerkreuzers, dem noch mehrere folgen werden. Diese Kreuzer werden ihre Kanonenschlünde gegen das Land der Arbeiter und Bauern, nur gegen die Sowjetunion richten.

Der Unwille der arbeitenden Klasse gegen die sozialdemokratische Politik hat auch Euch ergriffen, jetzt müßt Ihr zu Taten schreiten, jetzt müßt Ihr trotz Eures Gutsherrn und gerade gegen Euren Gutsherrn Euch

einzeichnen in die Listen für Volksbegehren.

Ihr müßt Mann für Mann stehen, denn nur so können wir kämpfen und siegen.

Was sagen die deutschen sozialdemokratischen Rundfunkpatrioten dazu?

Aufdeckung einer geheimen Radioanlage in Oesterreich

Das „Neue Wiener Tagblatt" erfährt zu der Aufdeckung geheimer sozialdemokratischer Radiostationen in Wien, Graz und Salzburg, daß auch Chiffrierschlüssel für Telegrammsendungen und auswechselbare Spulen für verschiedene Kurzwellen vorgefunden wurden. Die geheimen Sendestationen bestehen seit Jahresfrist und sollten nach dem genannten Blatt einer unkontrollierbaren Verständigung dienen und die Befehls- und Nachrichtenvermittlung innerhalb des republikanischen Schutzbundes von der Wiener Zentralleitung nach den Bundesländern ermöglichen.

Entdeckung einer antifaschistischen Funkstation in Südfrankreich

In Eze-sur-mer bei Nizza war vor einigen Tagen eine geheime Funkstation entdeckt worden, die einem antifaschistischen italienischen Advokaten namens Pertini gehört, der früher mit dem sozialistischen Advokaten Turati aus Italien geflüchtet war. Pertini ist verhaftet worden. Man vermutet, daß Pertini durch Funkspruch Gesinnungsgenossen in Italien Nachrichten übermittelt hat.

*

Wir sind gespannt, was die sozialdemokratischen Patentpatrioten in Deutschland für Kommentare zu diesen „Hochverrat" Österreichischen und italienischen Parteigenossen schreiben. Ob sie die, die sich auch nur, wie die deutschen Kommunisten, gegen die Diktatur der herrschenden Reaktion wehrten, auch als „Spitzel", „Strolche", „Karl-May-Schüler" beschimpfen werden?

Kurze politische Meldungen aus aller

Ein Bestechungsprozeß gegen eine große Anzahl [illegible] findet zurzeit vor dem Erweiterten Schöffengericht Rostock. Die Beamten werden beschuldigt, mit einer Berliner Firma unter einer Decke gesteckt zu haben.

Ein französischer Matrose, der zur Küstenwehrabteilung [illegible] **kirchen** gehörte, wurde wegen Spionage zu 5½ Jahren [illegible] verurteilt.

Die spanische Flotte hat ihre diesjährigen Manöver [illegible] Mittelmeer verlegt. Offenbar eine politische Demonstration [illegible] die imperialistischen Gegner Spaniens.

Ein Aufstand gegen den Wahabitenkönig Ibn Saud [illegible] einem Scheich angezettelt worden sein. Es ist möglich, [illegible] land wieder einmal hinter diesem Aufstand steckt.

Amanullah von Afganistan hat auf seinen Reisen [illegible] **gelernt.** Er beabsichtigt jetzt, für sein Land ein Alkoholmonopol einzuführen. Die Firma Krupp soll Konzession [illegible] Eisenerzvorkommen erhalten. Eine französisch-deutsche [illegible] hielt bereits eine andere Konzession.

In einem indischen Eisenbahnzug in der Nähe von [illegible] eignete sich eine Explosion, die durch eine Bombe herbeigeführt wurde. Man vermutet, daß sich der Anschlag gegen den [illegible] Ausschuß gerichtet hat, der mit dem Zug in Bombay [illegible] wurde.

Rinderbrust 68 | Lunge 20 | Talg 30 | frisch geschlachtetes Kalbfleisch Brust 105 | Keule 115 | Koteletten 130 | Schweinskopf 50
Bauch, Kamm 68 | Knochen 20 | Euter 30 | Bauch, Kamm | Rücken | Kaßler 130 | hohe Rippe 90 | Riesen-Knobländer 20 | Rot-, Leber-, Sülzwurst 90 | A. Kü

Stadt-Theater Heute, 3348 Mittwoch, 19½ Uhr Lohengrin Donnerstag 20–22 Uhr Margarete

Rakete Das Haus der guten Kleinkunst Jede Nummer des Kinderprogramms ist unverändert ein Schlager! Heute, Mittwoch: Großer Sonder-Abend mit nachfolgendem Tanz

Walhalla Dir. O. Kleinhanns Fernruf 28335 Täglich 20 Uhr Letzte 5 Tage Der große Erfolg Paul Beckers als Kellner Schnerkel in dem toll. Schlager „In Kloschwig blüht der Flieder" Gem. Preise ab 60 ₰ 3347 Heute Nachmittag 4 Uhr Hänsel und Gretel mit großem Bauern Kleine Preise

Schotten heringe weiß und zart . . . Stück 15 ₰ 3340 empfiehlt Oskar Haeder am Hallmarkt

Hausfrauen kaufen nur bei unseren Inserenten

Solide und preiswerte Schlafzimmer-Einrichtungen 395,— 475,— 575,— 775,—
Einzelschränke 52,— 72,— 88,— 110,— 160,—
Waschtische 17,50 23,— 24,— 27,50
Nachtschränke 17,50 22,— 24,— 27,50
Chaiselongue 14,— 36,— 40,— 45,— 50,— 55,—
Bettchaiselongue 95,— 115,— 125,— 140,—
Auf Wunsch Zahlungserleichterung! Anfuhr nach auswärts durch eigenes Auto ohne Transportbeschädigung
Rottenhaus Bruno Paris Kleine Ulrichstraße 2 Eingang Kanzleigasse, 2 Minuten vom Markt

Wo speise ich gut und billig im Volkspark? Burgstraße 27 Tel. 21107

Buttervogel Die GUTE vollkommene Feinkost-Margarine vereinigt alle Vorzüge Pfund 80 Pf. 612 J. H. Kronsen

Violin- u. Mandolin-Unterricht erteilt August May, Torstr. 10

Drucksachen aller Art, für Private und Vereine, Organisationen usw. liefert schnellstens in ein- und mehrfarbiger Ausführung zu zeitgemäßen Preisen die Abteilung Buch- u. Kunstdruckerei d. Produktiv-Genossenschaft e. G. m. b. H., Halle a. S., Lerchenfeldstraße 14. Fernruf 21045, 21047, 22251 Verlangen Sie Preis-Offerten oder b. Besuch unserer Vertreter

Sil zum Bleichen ohnegleichen!

Merseburger Ueberlandbahnen Vom 15. Oktober 1928 an Aenderung der Fahrpläne der Linien Halle-Merseburg, Merseburg-Mücheln und Merseburg-Bad Dürrenberg. Die neuen Fahrzeiten sind aus den in den Auskunftskästen und in den Wägen befindlichen Fahrplänen ersichtlich. *2797 Die Direktion. Löhr

Zeitungsmaculatur billigst abzugeben Lerchenfeldstraße 14 und Harz 1

Seit zwei Jahren litt ich an Geschwüren, sag 13 Wochen im Krankenhaus Halle a. d. S.; ärztliche Behandlung war ohne jeden Erfolg. Ich danke Herrn E. Hölle, Magdeburg aufrichtig, daß er mich von meinen schweren Leiden befreit hat. Krücken und Stöcke konnte ich schon nach vier Monaten beiseite legen. 3341 Schlettau bei Halle a. d. S., Mühlberg 24 gez.: Frau Lina Kirchels

Lest und werbt allezeit für den Klassenkampf

EDEL-KOHRE 3 DIE WIRKLICH BESTE ZIGARETTE ZU 3 ₰

Weißenfels Seit dem 2. Oktober wieder eröffnet ist das Uhrenhaus Adolf Hee Kleine Kalandstraße Nr. Getreu meinem Grundsatze: Stets vom Guten das Bes und in jeder Preislage das Vorteilhafte empfehle ich Preiswerte und doch gu zuverlässige Wecker Taschen- und Armbanduhr mit kräftigen strapazierfähigen Werken Formschöne moderne Schmuckwar solide Arbeit und doch billig Gut passende Augengläser Lieferant aller Krankenkassen Reparatur-Abteilungen für Uhren und Optik, ausgerüst den neuesten Maschinen, deshalb schnellste Bedienung. Das Uhrengeschäft von Kurt Weiß, Jüdenstraße ist von mir dazuübernommen worden und [illegible] von meinem langjährigen Mitarbeiter, [illegible] Uhrmachermeister Erich Kiesl in fachmännischer Weise geleitet. — Auch in [illegible] Zweiggeschäft wird das Bestreben herrschen, [illegible] Kunden vorteilhaft zu bedienen und mit Ware [illegible] wohl wie mit Reparaturen restlos zufriedenzustellen.

Alte Bücher empfehlen die Buchhandlungen Lerchenfeldstr. 14 Harz 1

Lebende Karpfen und Sch Täglich treffen ein: Frischer Schel Kabeljau, Seelachs, Rotbarsch, Zi Rotzungen und grüne Heringe Täglich frische Räucherwaren und neue Ma Robert Zöllmer, Fischhan Bitterfeld

Zur Anfertigung feiner Herrengarderobe nach Maß sowie von Kostümen und Mänteln empfiehlt sich Otto Bartelt, 10 Hallorenring 10

Gewissenhafter Zeitungsträger für Pleßa gesucht Meldungen sind sofort zu richten an den Verlag Klassenkampf, Halle, Lerchenfeldstraße 14

Spendet f. d. „Kl

Der Herren Die Mütze des guten Geschmacks Hut, preiswert 5.— 6.— Magazin zum Lieb

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019281010-16/fragment/page=0004

Nr. 239 — 8. Jahrg. 1. Beilage

Halle, 10. Oktober 1928

Der proletarische Reporter

Mit Feder und Kamera quer durch die Welt

Upton Sinclair

Tatsächlich bedeutete Sinclairs Buch, dessen Anschuldigungen auch eine vom Präsidenten Roosevelt eingesetzte Untersuchungskommission vollkommen bestätigt wurden, für eine Reihe von Konservenfabriken den Ruin; Millionen Dollars wurden von der um ihr Magenheil besorgten Bevölkerung aller Erdteile statt für amerikanisches Cornedbeef für argentinische Fleischkonserven oder für Blutwurstmacherwurst ausgegeben.

Die betroffene Industrie war empört. Zunächst versuchte sie, den Dichter zu kaufen.

Fantastisch sind die Summen, die Sinclair angeboten wurden, wenn er das Fabrikat dieser oder jener Konservenfabrik von seinem Unflat befreie. 300 000 Dollar bot man ihm für die Erlaubnis, den Namen auf einer Konservenpackung zu mißbrauchen. Er verwarf sie. Aufsichtsratsposten, Aktienbeteiligungen, alles lehnte Sinclair ab. Da beschritt man den umgekehrten Weg, man kaufte die Presse, deren Kritik bekanntlich über Erfolg oder Mißerfolg eines Dichters entscheidet. Wie das geschah, hat er im „Sündenlohn" ausführlich dargestellt. Sinclair ward gebrandmarkt, als „Schmutzaufwirbler", als Sensationsschriftsteller, gestrichen von der Liste der Ernstzunehmenden. Der Terror des Schweigens trat ein.

Im Ausland hat ihm diese literarische Drosselung weniger geschadet. Soweit man nicht an der sozialen Tendenz der Bücher Sinclairs Anstoß nimmt, wird er als Schriftsteller geschätzt, der wie zweiter in den gut zwanzig Werken, die er seit dem „Sumpf" schrieb, das moderne Amerika von allen Seiten geschildert hat.

So sehr der „Sumpf" Sinclairs literarischen Ruf beeinträchtigte, hat ihm wenigstens viel Geld eingebracht. Doch sollte er es rasch restlos verlieren. Als leidenschaftlicher und gläubiger junger Mensch, dem Solidarität mehr bedeutete als ein Schlagwort, baute er eine Siedlung für idealistische junge Künstler. (Der inzwischen berühmt gewordene Sinclair Lewis lebte übrigens eine Zeitlang in dem „Helicon Hall" benannten Siedlung.) Aber die Presse ließ kein gutes Haar an dem „Nest der freien Liebe", wie sie es nannte, und überbot sich an Verleumdungen. Als gar bekannt wurde, daß Sinclair ungeheuerliches Material über die Korruption bei der Lieferung von Heeresaufträgen gesammelt hatte — was geht das einen Dichter an? —, da stand in einer Märznacht 1907 die ganze Siedlung in hellen Flammen und brannte vollkommen nieder.

Die belastenden Akten und Sinclairs Vermögen waren vernichtet.

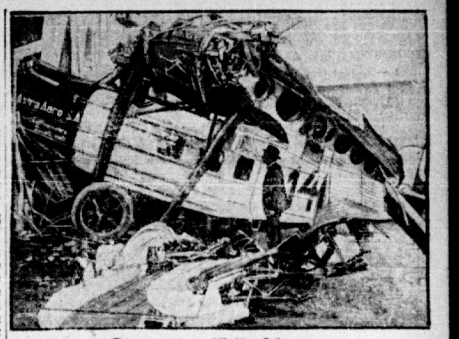
Die darauffolgenden Jahre brachten eine Reihe von Romanen (Die Metropole, Die Wechsler, Samuel der Suchende, Der Liebe Pilgerfahrt, Sylvia), in denen er die Höhe des „Sumpf" nicht wieder erreichte. 1913 besuchte Sinclair Holland, wo er als repräsentativer amerikanischer Schriftsteller und als in der Heimat verkannter und verleumdeter Vorkämpfer für Menschlichkeit und Gerechtigkeit aufs herzlichste empfangen wurde. Als er kurz vor Kriegsausbruch von seiner Europa-Reise, die ihn auch durch England, Deutschland und andere europäische Länder geführt hatte, nach Amerika zurückkehrte, war dort gerade der berühmte Streik in den Colorado-Bergwerken ausgebrochen.

Etwa eintausend Ausständige suchte man mit Maschinengewehren niederzukämpfen; man jagte sie aus den Werkswohnungen, sie flüchteten in die Wälder und bauten dort Zelte für sich und ihre Familien. Um ihren hartnäckigen Widerstand zu brechen, ließ man die Zelte anzünden, — elf Frauen und Kinder erstickten. Von den paar kleinen Blättern der Sozialisten abgesehen, erwähnte kaum eine Zeitung der Vereinigten Staaten diese unerhörten, in der empfindlamsten Vorkriegszeit noch ganz außergewöhnlichen Vorkommnisse. Sinclair begab sich zu Rockefeller, dem eigentlichen Schuldigen, und wurde — nicht empfangen. Da versuchte er auf andere Weise den Verantwortlichen zum Sprechen zu bringen: er und einige seiner Freunde legten sich Trauerbinden um den Arm und gingen so Tag für Tag vor Rockefellers Palast auf und ab. Gingen, bis ganz Neuyork über diese sonderbaren Leidtragenden sprach und die Ursache ihrer Trauer wissen wollte.

Sinclair und seine Freunde wurden zwar verhaftet, aber sie hatten ihr Ziel erreicht: alle Zeitungen brachten jetzt endlich Nachrichten, und zwar ausführliche, über die Ereignisse und Zustände in Colorado.

Sinclair hatte es wieder einmal verstanden, jene Macht, die größer ist als die des reichsten Mannes der Welt, die öffentliche Meinung, für die Sache der Unterdrückten zu mobilisieren.

Diese aufregenden Monate des Kampfes fanden ihren Niederschlag in dem nach „Sumpf" bedeutendsten Roman Sinclairs „König Kohle" und in seiner vernichtenden Studie über den Journalismus „Der Sündenlohn". (Schluß folgt.)



Das verunglückte Flugzeug

des bekannten schweizerischen Fliegers Mittelholzer. Bei einem Flug in 3000 Meter Höhe über Davos setzte der Motor aus und in 100-Kilometer-Geschwindigkeit raste das schwere Flugzeug zur Erde. Trotzdem gelang es Mittelholzer, zu landen und sechs Passagieren das Leben zu retten. Die Maschine wurde nicht allzu schwer beschädigt.

Obergefreiter Gelfert von einem Kameraden ermordet?

Nach Mitteilung des „8-Uhr-Abendblattes" ist unter dem dringenden Verdacht, den Obergefreiten Gelfert in Rediitz bei Potsdam ermordet zu haben, der Kamerad des Ermordeten, Gumpert, verhaftet worden. Bereits bei der Auffindung der Leiche, wobei auch Gumpert zugegen war, zeigte er sich so nervös, daß dies allgemein auffiel. Allem Anschein nach ist die Tat nach einem Streit wegen Rückgabe von Geld verübt worden, das Gelfert dem Gumpert geborgt hatte.

Sprengstoffattentatsversuch gegen ein Ebert-Denkmal

Auf das erst vor kurzem errichtete Ebert-Denkmal in Ottobrunn bei München ist in den letzten Tagen ein Sprengstoffattentat verübt worden. Ein Mann wollte die Stufen des Denkmals reinigen. Dabei zog er aus der obersten Stufe mit dem Rechen einen kleinen Erdhaufen auseinander, unter dem 11 Dynamitpatronen, zwei Sprengkapseln und zwei ungefähr 10 Meter lange Zündschnüre zum Vorschein kamen. Die eine Zündschnur war schon zum Teil abgebrannt und die Explosion ist nur durch einen Zufall verhindert worden.

Acht Tote bei Flugzeugkatastrophen in Nordamerika

Ueber das Wochenende ereigneten sich in den Vereinigten Staaten eine Reihe von folgenschweren Flugzeugunfällen, bei denen insgesamt acht Personen getötet und elf mehr oder minder schwer verletzt wurden.

Schweres Einsturzunglück in Prag

30 Arbeiter unter den Trümmern begraben — Bisher 10 Tote und 30 Verletzte geborgen

Prag, 9. Oktober. An der Ecke der Poriestraße und der Bischofsgasse ist heute nachmittag 3 Uhr der große fünfstöckige Neubau des Geschäftshauses der Firma Jaschek samt dem davor errichteten Baugerüst eingestürzt. Das Gebäude war bereits unter Dach. Auf dem Bau waren etwa 80 Arbeiter beschäftigt, von denen der größte Teil verschüttet wurde. Soweit sich bisher feststellen ließ, werden etwa 50 Arbeiter noch vermißt, während etwa 20 schwer und leicht Verletzte bereits aus den Trümmern geborgen worden sind. Die herabfallenden Schuttmassen, die zum größten Teil in die Poriestraße gestürzt sind, haben noch eine Anzahl Passanten und zwei mit Pferden bespannte Wagen mit ihren Kutschern verschüttet. Die Straßenzuführung in der Poriestraße ist durch das Unglück unterbrochen worden. Die Unglücksstelle wurde sofort durch eine Pionierpioniertruppenabteilung abgesperrt. Sämtliche Feuerwehren sind alarmiert.

*

Die Baukatastrophe ist die größte, die bisher in der tschechoslowakischen Hauptstadt zu verzeichnen war. Der sechsstöckige Neubau stürzte um 15.08 Uhr plötzlich zusammen, ohne daß vorher irgendwelche Anzeichen bemerkt werden konnten, die auf die Gefahr hingedeutet hätten. Im Augenblick der Katastrophe

befanden sich etwa 80 Arbeiter auf dem Bau.

Einigen wenigen nur gelang es, sich zu retten. So sprang ein Arbeiter aus dem sechsten Stock herunter und wurde hierbei nur leicht verletzt. Der Einsturz des Neubaus, der im Mauerwerk bereits vollständig fertiggestellt war, erfolgte unter einem furchtbaren Krachen, das bis in die entferntesten Stadtteile drang. Eine riesige Staubwolke verhüllte lange Zeit die Unglücksstätte. Als sich der Staub verzogen hatte, bot sich ein entsetzlicher Anblick. Die Straßenfront, an der sich der Neubau befand, war mit Trümmern bedeckt.

Auf der Straße wälzten sich stöhnend eine Anzahl Verwundeter, die von den herabfallenden Massen verletzt worden waren,

Arbeiter, die sich durch Abspringen noch hatten retten können, waren aber mehr oder weniger schwer verletzt worden. Ein Straßenbahnwagen, der gerade vorbeigefahren war, war von herabfallenden Balken getroffen, wobei der Schaffner verletzt wurde. Auf der Straße stand ein führerloses Auto, dessen Führer gerade in einem Tabaktisch gegangen war, der sich direkt am Neubau befand. Er wurde mit dem ganzen Kiosk verschüttet. Es dauerte eine halbe Stunde, bis durch Militärabteilungen und Polizei das von dem Unglück betroffene Stadtviertel abgesperrt werden und die ersten Rettungsarbeiten eingeleitet werden konnten. Militärabteilungen, Polizei und Feuerwehr sind noch am Abend beim Licht von Scheinwerfern mit den Aufräumungsarbeiten beschäftigt.

*

Bisher wurden 10 Todesopfer gemeldet. Eine Anzahl Leichen sind bereits geborgen worden. 30 Verletzte lieferte man in die Krankenhäuser ein. Man befürchtet, daß die Zahl der Todesopfer 60 übersteigen wird.

Damit ist aber leider die Verlustliste noch lange nicht erschöpft. Die Zahl der Opfer, die noch unter den Trümmern des zusammengebrochenen Neubaues liegen und von denen nach menschlichem Ermessen kein einziger mehr am Leben ist, wird vielmehr um 22 Uhr von allen maßgebenden Stellen mit mindestens 50 angegeben.

Die Aufräumungsarbeiten gestalten sich ungeheuer schwierig,

da die riesigen Betonklötze nur mit Traktoren auseinandergezogen werden können und zudem das Eisengerippe mit Stichflammen zerschnitten werden muß. Da der Neubau unter der Erde noch zwei Stockwerke tief hinabreichte, bestand die Hoffnung, daß diese unterirdischen Räume erhalten geblieben sein würden und daß man hier noch lebende Menschen werde bergen können. Diese Hoffnung hat sich leider als trügerisch erwiesen, denn als man von den Kellergeschossen eines Nachbargebäudes in die unterirdischen Räume des Neubaues eindringen wollte, fand man sie völlig zerstört und ebenfalls angefüllt mit Schuttmassen. Die Aufräumungsarbeiten werden trotz intensivster Anstrengungen einige Tage in Anspruch nehmen, so daß vor diesem Zeitpunkt die genaue Zahl der Opfer kaum ermittelt sein dürfte. Der Bevölkerung Prags hat sich infolge der Katastrophe eine große Erregung bemächtigt.

Starke Polizeipatrouillen durchziehen zu Pferde die Hauptstraßen. In den Kasernen ist die Bereitschaft befohlen worden.

*

Die Baufirma nennt als Ursache der Katastrophe die schlechte Zusammensetzung und mangelnde Qualität des Zements. Die Konstruktion sei einwandfrei gewesen. Der Präsident der staatlichen Regulierungskommission erklärte der Presse dagegen, die Bauunternehmung habe sich nicht an die Vorschriften gehalten, denn sie habe sechs Stockwerke über der Erde und zwei unter der Erde gebaut, während die Erlaubnis nur für fünf Stockwerke über dem Straßenniveau und einem Stockwerk darunter lautete. **Der mit der Leitung des Baues betraute Chefingenieur hat sich unmittelbar nach der Katastrophe erschossen.**

Das neue Rathaus in Dresden,

wo der Ratskeller amtlich geschlossen wurde. Fast 50 Personen erkrankten nach einem Festessen im Ratskeller an Paratyphus.

Noch ein großes Unglück in Prag

Neun Todesopfer einer Gasvergiftung

In den Morgenstunden des Dienstags wurde die Sicherheitswache darauf aufmerksam, daß in einem Hause in den Prager Weinbergen vier Personen durch Leuchtgas ums Leben gekommen waren. Bei der Untersuchung dieses Falles stellte sich dann heraus, daß auch im Nachbargebäude Gas ausgeströmt und dort noch fünf Menschen an Vergiftungserscheinungen **während der Nacht gestorben waren. Die Verunglückten wurden sofort ins Krankenhaus geschafft, konnten jedoch trotz aller Anstrengungen der Aerzte nicht mehr ins Leben gerufen werden. Die Ursache des Unglücks dürfte nur in einem Schaden an der Hauptgasleitung zu suchen sein.**

Zeichnet Euch ein zum Volksbegehren!

Arbeiter-Radio-Ecke

Fort mit der Rundfunkzensur!

In der Zeitschrift „Die Literarische Welt" veröffentlicht der bürgerliche Schriftsteller Arno Schirokauer eine kritische Betrachtung über Rundfunkzensur, die wir nachstehend auszugsweise veröffentlichen, weil sie, abgesehen von der politischen Einstellung des Autors, eine sehr treffende Kritik am Leipziger Sender enthält. Es heißt dort u. a.: „Bei dem Sender, der mir persönlich am nächsten liegt (Leipzig), sind jetzt die Dinge so: Rücksichtnahme auf die spezifischen Bedürfnisse des Funkvortrages fehlen; hier gibt es noch die endlosen Schlangen professoraler Dauerkollegs. Hier tobt der Bildungsphilister. Denn dieser wichtige Teil des Sendeprogramms hat einfach keine Redaktion. Der Leiter der literarischen Abteilung verwaltet nebenamtlich den gesamten wissenschaftlichen Teil. Er hat weder die Zeit noch die Vorbildung, weder die Neigung, noch die Befähigung, hier fruchtbar zu arbeiten. Und es ist doch klar, daß eine vorwiegend künstlerisch, instinktiv, impulsiv arbeitende Natur die intellektuelle Beweglichkeit nicht aufbringen kann für ein so rational wissenschaftliches Amt, selbst wenn eine umfassende Bildung und Schulung ihr dazu befähigte. Niemand glaube, daß Leipzig hierin eine Ausnahme bildet. Man stelle sich vor, daß der Reporter von gestern am Redaktionstisch des Rundfunk sich verpflichtet sieht, Arbeiten von Staatssekretären, Akademiepräsidenten, Universitätslehrern von europäischem Ruf mit seinem Rotstift zu Leibe zu gehen. Man denke bis zu Ende durch, daß heute ein Anonymus über Annahme oder Ablehnung von Vorträgen, die seinem Verständnis nicht zugänglich sind, entscheidet. Man stelle sich den kleinen Mann von vorgestern vor, der heute als geistiger Oberzollinspektor über Gut und Böse entscheidet, über Bekömmlich und Unbekömmlich der geistigen Einfuhr seiner ganzen Nation!!

Es ist da zwischen Berlin und Königsberg, zwischen Leipzig und Frankfurt kein wesentlicher Unterschied: denn ob man eine geistige Null dahin setzt, wie hier und dort, oder ob man überhaupt niemanden hinsetzt wie bei der „Mirag", bleibt sich in der Wirkung ganz gleich."

Ueber diese Betrachtung eines bürgerlichen Schriftstellers hinaus muß der Kampf vom Proletariat erst recht gegen jede Zensur aufgenommen werden. Zugleich muß der Rundfunk mehr dem Arbeiter erobert werden, als bisher der Fall war. Dem bürgerlichen Staat und seinen Institutionen können wir überhaupt keinerlei Befugnisse über die geistige und politische Erziehung und Beeinflussung der Arbeiterklasse zugestehen.

Neue Arbeiter-Literatur

50 Jahre Sozialistengesetz im „Eulenspiegel"

Bismarck und Hermann Müller reichen sich am Jubiläumstage des Sozialistengesetzes brüderlich die Hände: „Heil einig! Einig! Einig!" in der Unterdrückung des revolutionären Proletariats, in Wortbruch und Betrug, in Zollpolitik und Rüstungswahnsinn. Der „Eulenspiegel" bringt Gedichte aus der Zeit des Sozialistengesetzes und Originalbilder aus dem „Wahren Jacob" früherer Zeiten über den Verrat der SPD. an der Arbeiterklasse. Weiterhin enthält das neue Heft ein Blatt von Käthe Kollwitz zum Volksbegehren „Eure Kinder brauchen Brot, keine Panzerkreuzer!" Der allgemeine Teil der Nummer 7 des „Eulenspiegel" beschäftigt sich mit dem deutschen Rundfunk. „Hindenburg spricht! Die Stimme seines Herrn!", eine treffende Karikatur des deutschen Spießers von Karl Holz, das „Radiopparadies", eine aktuelle Satire von Slang, „Stresemann in Karlsbad" und Zilles meisterhaftes „Radiokonzert auf dem Hinterhofe" vervollständigen mit vielen anderen lustigen Beiträgen die neue Nummer des „Eulenspiegel".

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019281010-16/fragment/page=0005

Stadt Halle

10. Oktober 1928.

Achtung — hier Welle Volksbegehren!

„Donnerwetter, sind die Kommunisten Kerle! — Das Ding haben sie wirklich großartig angedreht. — Die geblamierten Rundfunkbehörden werden Blut gespuckt haben vor Wut und der Panzerkreuzer-Redakteur Schwarz, der sich so glänzend hat an der Nase herumführen lassen, nicht minder!"

Solche Aeußerungen kann man überall hören, wo der Vorfall im Vox-Haus Gegenstand des Gesprächs ist. Und wo wird darüber nicht gesprochen?

Wie aus den Wolken gefallen waren jedenfalls alle die Rundfunkhörer, die am Sonnabendabend völlig unvermittelt eine so kräftige und gesalzene kommunistische Rede zu Gehör bekamen. Wie — Panzerkreuzer, Kriegsrüstungen, Volksentscheid und Kampf gegen Kriegsgefahr, Reaktion und Volksausplünderung im Rundfunk? Wie war so etwas möglich? Und dann:

„Auf Wiederhören — Rot Front!"

Manchem Spießer wird zwar, als diese Worte aus seinem Lautsprecher schallten, der Angstschweiß über den Rücken gelaufen sein. Wer wollte aber bestreiten, daß die gesamte Rundfunkhörerschaft die Rede des Genossen Schulz mit spannendem Interesse verfolgt hat, wo dieselbe doch im Vergleich zu den üblichen langweiligen Rundfunkvorträgen wie eine frische Abkühlung wirkte?

Und am darauffolgenden Tage, als die Ursachen und der Hergang dieses ungewöhnlichen Vorfalles bekannt wurden und ganz Berlin sich ob des fabelhaften Streiches der Kommunisten vor Lachen ausschüttete, da stand ebenso fest, daß die Mehrzahl der werktätigen Bevölkerung Berlins und Deutschlands auch die ernste politische Seite dieses Tricks begriffen hat.

Denn es handelte sich nicht nur um eine originelle, sondern auch um eine notwendige Propaganda für das Volksbegehren, um die niederträchtige Sabotage, die von den Anhängern des Panzerkreuzerbaues auf allen Gebieten entfaltet wird, zu durchbrechen. Und deswegen beantwortet das Proletariat das Vorgehen der Kommunisten mit dem Rufe: Ein Prosit dem Genossen Schulz und seinen Helfern!

Alle Werktätigen werden die Rundfunkrede des Genossen Schulz als einen Alarmruf auffassen und sich unbekümmert um die wüste Apachenhetze der SPD.-Bonzen in Massen in die Listen zum Volksbegehren eintragen.

*

Besonders die hallische Arbeiterschaft wird es begrüßen, daß sie Gelegenheit hat, am Freitag den Genossen Schulz selbst hören zu können. Genosse Schulz spricht am Freitag 21¾ Uhr im großen Saale des „Volkspark". Vorher, ab 20 Uhr, gelangt die satirische Revue „Das Kabinett der Köpfe" zur Aufführung. Der Eintritt beträgt 50 Pf. Ab 21¾ Uhr, also zu Beginn der Rede des Genossen Schulz, ist der Eintritt frei! Also auf, am Freitagabend zum „Volkspark"!

Der Stahlhelm trifft Vorbereitungen

für seinen provokatorischen Aufmarsch am 14. Oktober. Dauernd werden Gepäck-Uebungsmärsche von absolut militaristischem Charakter unternommen, um die Muskeln zu stählen, wenn es heißt, vor den Duesterberg und Seldte, den Faschistenhäuptlingen und Hohenzollern-Sprossen vorbeizudefilieren.

Ein solcher Gepäckübungsmarsch fand auch am 7. Oktober statt. Abends ½9 Uhr zogen die Stahlhelmer in Gruppen von 5 bis 8 Mann nach dem „Heidepark". ½9 Uhr marschierten sie von dort ab, und es ging direkt nach der Heide zum Bahnhof Heide-Dölau nach Salzmünde, Schiepzig, Bettin und wieder zum „Heidepark" zurück. Auf dem Wege Dölau—Salzmünde mußte der Jungstahlhelm

auf den Stoppelfeldern Felddienstübungen machen,

wie „Hinlegen — Aufstehen", „Marsch, marsch" usw. Als diese Uebungen beendet waren, ging es in Dauerlauf zum Kernstahlhelm zurück, um ihn wieder einzuholen. So werden die Jungstahlhelmer geschunden und gedrillt, um für den kommenden Krieg ebenso wie gegen den „inneren Feind" ausgebildet zu sein.

Der Marsch über die oben angeführten Ortschaften ging ohne Pause vor sich. Jeder Mann mußte 10 bis 15 Pfund Gepäck tragen.

Die meisten hatten Mauersteine oder Sand im „Arsch" mitgenommen.

Mit dem 8 Mann starken Spielmannszug, der diesmal ruhig mitgenommen wurde, weil man weiß, daß man von der Polizei sowieso nicht behelligt wird, ging der Marsch unter Führung des Tambourmajors Schnabel vor sich, von dem man um ½12 Uhr wieder im „Heidepark" landete. Einige dieser teutschen Helden hielten sich während des Marsches an den Seiten in weiten Abständen von dem Trupp auf, weil sie nicht mehr mitlaufen konnten. Ein Teil von ihnen begab sich sofort nach Hause, ein anderer blieb noch da

und übte sich für den „Stahlhelm-Sportfag".

Erst nachts ½1 Uhr lösten sich die übriggebliebenen 50 Man. Man stelle sich vor, was mit dem Roten Frontkämpfer Bund geschehen würde, wenn seine Mitglieder solche militaristischen Uebungen veranstalten wollten.

Er würde sofort verboten werden.

Hier aber kräht kein republikanischer Hahn danach. Im Gegenteil. Man unterstützt diese Organisation an allen Ecken und Enden. Daß diese Unterstützung auch vom Magistrat der Stadt Halle betrieben wird, haben wir gerade in den letzten Tagen wiederholt bewiesen und möchten in diesem Zusammenhang auf einen Antrag eingehen, den unsere Genossen im Stadtparlament gestellt haben. Er hat folgenden Wortlaut:

Der Magistrat, Abteilung Verkehrsamt, veröffentlicht monatlich durch die gesamte hallische Presse einen Plan, in die Veranstaltungen der Stadt Halle bekanntgegeben werden. Bei der Aufstellung dieses Planes für den Monat Oktober ist auch das am 13. und 14. Oktober stattfindende Stahlhelmfest als „Veranstaltung der Stadt Halle" bezeichnet. Die kommunistische Stadtverordneten-Fraktion protestiert mit allem Nachdruck gegen die Bezeichnung dieser nationalistisch-arbeiterfeindlichen Veranstaltung als Veranstaltung der Stadt Halle. Sie protestiert ferner gegen jede andere Beginstigung des Stahlhelms durch den Magistrat, wie sie beispielsweise der Unterstützung der Stahlhelmspeisung zum Ausdruck kommt. Bei der Stahlhelmspeisung wird an Personen mit falschen Ausweisen Essen verabreicht, soweit sie nicht linksstehenden Organisationen angehören. Obwohl Angehörige linksstehender Organisationen kein Interesse an einer Bestätigung durch den Stahlhelm haben, muß diese Methode, städtische Fürsorgemittel zu tun, der Stahlhelm zu weisen, dazu führen, dieser Organisation auf behördlichem Wege Mitglieder zuzutreiben.

Die Stadtverordnetenversammlung wolle daher beschließen: „Das städtische Verkehrsamt hat jeden Hinweis auf Stahlhelmveranstaltungen in Zukunft zu unterlassen.

Das städtische Verkehrsamt löst jede Beziehung mit Bezug Otto Thiele in bezug auf das „Hallesche Monatsprogramm". Auch dürfen keine Inserate städtischer Werke und Einrichtungen mehr an dieses „Hallesche Monatsprogramm" gegeben werden.

Der Stahlhelmspeisung sind keine Fürsorgeberechtigten zuzuführen. Diese haben durch städtische Einrichtungen [illegible] zu werden, insbesondere, da ausreichende Gelegenheit [illegible] usw.) dazu vorhanden ist.

Durch die Abwürgepolitik des Bürgerblocks ist es gelungen, Besprechung dieses Antrages über den 14. Oktober hinaus zu schieben, damit der Stahlhelmrummel in dieser Hinsicht [illegible] vor sich gehen kann. Um so notwendiger ist es, daß die [illegible] hallische Arbeiterschaft an diesem Sonntag zeigt, daß sie [illegible] will ist, sich an die Faschisten anzuhängen und die Volksbegehren propaganda stören zu lassen.

Die Provokationen des neuen Militarismus, in welcher [illegible] er auch immer auftritt, müssen in diesen Tagen beantwortet werden mit verstärkter Einzeichnung für das Volksbegehren mit unermüdlicher Arbeit unserer Genossen unter den [illegible] Massen, mit der Entlarvung und Bekämpfung des Stahlhelms und des Systems, das zu schützen er beabsichtigt.

Im Agitationslokal

der Stadtteile müssen sich alle Genossen nach Arbeitsschluß treffen und systematisch den

Schlepperdienst

für die Einzeichnung zum Volksbegehren straßenweise — täglich mehrere festgelegte Straßen —

organisieren.

Da die bürgerliche und sozialdemokratische Presse das Volksbegehren totschweigen und die Sympathisierenden sonst keine Kenntnis vom Volksbegehren erhalten, gilt es, auch

Hofkolonnen zusammenzustellen,

die bekanntgeben, wo die Einzeichnungslokale der einzelnen Straßenzüge liegen. Dabei darf nicht vergessen werden, darauf aufmerksam zu machen, daß die Einzeichnungszeit

wochentags bis 8 Uhr abends

läuft und daß der Einzeichnungstermin am 16. Oktober abläuft. Bis dahin ist es Pflicht,

alles zu mobilisieren.

Die Dölauer Heide wird gelauft

Montag wieder Stadtverordnetensitzung

Da die letzte Sitzung mit der Tagesordnung nicht fertig und noch eine Reihe weiterer Anträge dazugekommen sind, am Montag wieder die Stadtverordnetenversammlung [illegible] Dort wird auch eine Magistratsvorlage zur Behandlung [illegible] die mit der kommunistischen Anfrage, wie weit [illegible] handlungen zum endgültigen Ankauf der Heide gediehen [illegible] Zusammenhang steht. Da die Dölauer Heide jetzt [illegible] zu Halle gehört, kommt endlich auch der Ankauf selbst in Frage. Magistratsvorlage sagt darüber folgendes:

„Seit dem Mai 1906 ist der Magistrat bestrebt, die Dölauer Heide für die Stadtgemeinde Halle anzukaufen, um diesen für die Erholung der städtischen Bevölkerung lebensnatwendigen Zweck zu erhalten. Nachdem die Verhandlungen im Jahre 1914 [illegible] wesentlichen Punkten zur Einigung geführt hatten, [illegible] der Kriegsausbruch den Abschluß. Erneute Versuche in der [illegible] Kriegszeit und der Nachkriegszeit stießen auf [illegible] Schwierigkeiten (!) Seit dem März 1926 schweben erneute [illegible] sache und diese haben jetzt zu einem Auftrage des Herrn [illegible] für Landwirtschaft, Domänen und Forsten an die Regierung [illegible] teilung für Domänen und Forsten in Merseburg, zur [illegible] Wiederaufnahme der Verhandlung geführt, deren Ergebnis [illegible] gelegten Vertragsentwurf niedergelegt ist.

Gegenstand des Kaufes ist danach nicht nur die Dölauer Heide, sondern auch die Rabeninsel und der Forstwerder in Trotha,

soweit sie nicht im Besitze der Wasserbauverwaltung liegen. Magistrat beantragt, diesem Vertragsentwurf zuzustimmen, ferner zu ermächtigen, auf etwa noch verlangte Änderungen nicht wesentlichen Punkten einzugehen und die erforderlichen [illegible] von 1 400 000 RM. in der Weise zur Verfügung zu stellen, [illegible] Anzahlung von 400 000 RM. aus bereiten Mitteln des Etats [illegible] 1928 gezahlt wird und — soweit die Abdeckung daraus nicht [illegible] ist — auf Mittel des Etatsjahres 1929 übernommen wird, daß die künftigen Jahresraten von je 150 000 RM. aus den [illegible] mitteln der kommenden Jahre gedeckt werden."

Um die Pädagogische Akademie

In diesen Tagen traf hier eine Kommission des Kultusministeriums ein, bestehend aus einem Fachreferenten und einem [illegible] In ihrer Begleitung befanden sich einige Mitglieder der [illegible] in Merseburg. Der Besuch steht im Zusammenhang mit [illegible] des Standortes der ersten Pädagogischen Akademie in der [illegible] Sachsen.

Hierzu erfahren wir noch, daß die Kommission mehrere [illegible] Kinder- und Jugendheime sowie andere Einrichtungen besichtigte, auch nach eventuellen Bauplätzen Umschau [illegible] womit jedoch nicht gesagt sein soll, daß bereits positive [illegible] zur Errichtung der Akademie in Halle zum Ausdruck gebracht wären.

Die Zusatzrenten für den Monat Oktober

gelangen für die Kriegsbeschädigten mit den Anfangsbuchstaben A bis K am Sonnabend, dem 13. Oktober, und für die Kriegsbeschädigten mit den Anfangsbuchstaben L bis Z am Montag, 15. Oktober, im Zimmer 23 des Fürsorgeamts, Kleine Ulrichstraße, zur Auszahlung. Den 100prozentig Kriegsbeschädigten wird die Zusatzrente bis auf weiteres durch Postscheck übermittelt. Eingetretene Wohnungsveränderungen sind unverzüglich dem Fürsorgeamt zu melden.

Die nationale Pressefehde in neuer Auflage

Thiele und Geisel verklagen sich — Der Untergebene Lindemann ist der Prügelknabe

Was für eine Sorte „Ruf" die „Hallesche Zeitung" und die „Allgemeine Zeitung" in der Oeffentlichkeit genießen, das ist durch die Tatsache, daß die beiden Verlagsleiter dieser Zeitungen, Thiele und Geisel, aus dem Verbande Deutscher Zeitungsverleger ausgeschlossen wurden, schon genügend dokumentiert worden. Gestern standen sich diese beiden Verleger dem Einzelrichter des Amtsgerichts in einer Privatklage gegenüber, deren Verlauf für die Methoden, mit denen diese sauberen bürgerlichen Zeitungsinhaber die Oeffentlichkeit zu beeinflussen suchen, ebenfalls sehr kennzeichnend war. Verlagsinhaber Thiele hat im November 1926 den Privatkläger, Verlagsdirektor Geisel, wieder einmal öffentlich beleidigt. Warum sollen bürgerliche Zeitungen sich nicht gegenseitig beleidigen? Das bedeutet noch lange nicht, daß deswegen zwischen diesen Blättern eine politische Todfeindschaft besteht. Daran ist gar nicht zu denken! Welcher Natur die Streitigkeiten sind, das zeigte deutlich genug die Privatklagesache dieser beiden deutschnationalen Zeitungskonkurrenten.

Im Verlag des Herrn Thiele erschien am 9. November 1926 ein Flugblatt mit der Ueberschrift: „Abwege eines Pressleiters", in dem heftige Angriffe gegen die „Allgemeine Zeitung" enthalten waren. Ihr wurde vorgeworfen, daß sie nicht die nationalen Interessen vertrete, keinen Kampf gegen die Linkspresse (?) führte, dafür aber um so mehr die „Hallesche Zeitung" bekämpfe und somit Zersplitterung und Unfrieden in das Lager der deutschnationalen Kreise hineintrage. Dann habe der Verlagsdirektor Geisel versucht, die Deutschnationalen gegen die „Hallesche Zeitung" aufzuwiegeln. Geisel soll sich auf die Suche nach einer deutschnationalen Persönlichkeit gemacht haben, die in einem öffentlichen Flugblatt gegen die „Hallesche Zeitung" Stellung nehmen und dieser den Dolchstoß (!) versetzen solle.

Soweit die Dinge, die in dem Flugblatt der „Halleschen Zeitung" angeführt sind. In der Tat war auch vorher ein Flugblatt der „Allgemeinen Zeitung" herausgekommen, und zwar unter dem Titel: „Achtung, Landleute, Achtung!" Geisel hatte einen ehemaligen Angestellten der „Halleschen Zeitung" mit dem Namen Hesse ausfindig gemacht, der als Strohmann — halt, wollte sagen, als „deutschnationale Persönlichkeit" — dieses Flugblatt mit seinem Namen gezeichnet hatte.

In diesem Flugblatt, das an die Landbevölkerung gerichtet war, wurde der Beweis erbracht, mit welchen schofleln Mitteln die „Hallesche Zeitung" während der

Volksentscheidskampagne gegen die Fürstenabfindung

auf Bauernfängerei ausgegangen ist. In einem Hetzartikel gegen die Fürstenenteignung hatte die „Hallesche Zeitung" in ihrer Landausgabe den Vorsitzenden des Reichsausschusses zur Durchführung des Volksentscheids gegen Fürstenabfindung, Dr. Kuczynski, als einen jüdischen Kommunistenhäuptling bezeichnet, während in derselben Nummer der Stadtausgabe nur von einem Kommunistenhäuptling die Rede war!

Diese Tatsache, die in einem Flugblatt der „Allgemeinen Zeitung" angeführt wird, stellt ein Musterbeispiel der deutschnationalen Demagogie dar. Mit solchen schmutzigen Methoden, die auch heute noch angewendet werden, bemüht sich die bürgerliche Presse, die Arbeiterschaft vom Kampfe gegen ihre Feinde und Unterdrücker abzuhalten. Die „Hallesche Zeitung" scheint auf diesem Gebiete etwas Besonderes rauszuhaben.

Nun kabbalten sich die Herren Thiele, Geisel und Lindemann, der frühere Hauptschriftleiter der „Halleschen Zeitung", vor Gericht wegen der Urheberschaft des Flugblattes „Abwege eines Presseleiters", das von der „Halleschen Zeitung" sofort nach dem Erscheinen des Flugblattes „Achtung, Landleute!" gedruckt wurde.

Thiele schob den früheren Chefredakteur vor

und behauptete, Lindemann habe in seiner Eigenschaft als leitender Redakteur den Druck des Flugblattes veranlaßt, ohne daß der Verlag davon etwas gewußt habe. Lindemann dagegen bestand darauf, daß er von Thiele, bzw. seinem Vertreter, den Auftrag erhalten habe, dieses Flugblatt, das in 100 000 Exemplaren vertrieben werden sollte, zu verfassen und in Druck zu geben. Das bestritt Herr Thiele ganz entschieden und er schleuderte in der Hitze des Gefechts seinem früheren Chefredakteur Lindemann schließlich die Worte an den Kopf:

„Herr Lindemann kann nicht Wahrheit und Dichtung voneinander unterscheiden!"

Nun gingen die beiden Kampfhähne erst recht gegeneinander los und zeigten, daß sie der hallischen reaktionären Presse, als deren Repräsentanten sie ja vor Gericht standen, absolut würdig sind. Thiele will keinesfalls der Sündenbock gewesen sein, und Lindemann will ebenfalls nicht für die Herausgabe des Flugblattes der Verantwortliche gewesen sein. Hier liegen wohl auch die Ursachen, weswegen der Ruf „Vorsicht ist geboten!" in dem Organ der bürgerlichen Redakteurvereinigung gegen die „Hallesche Zeitung" erging.

Das Gericht fand es merkwürdig, daß in einem Zeitungsverlag ohne Wissen des Verlegers ein Flugblatt in einer so hohen Auflage gedruckt und verbreitet werden könne. Die Skandalgeschichte wurde schließlich vertagt, um festzustellen, ob Thiele oder einer seiner Vertreter den Auftrag zur Herausgabe dieses Flugblattes gegeben habe. Die Macher der hallischen bürgerlichen Presse werden sich also in wenigen Wochen wieder gegenüberstehen, wo der ganze Skandal noch einmal aufgerollt werden wird.

Was beweist nun diese schmutzige Pressefehde zwischen der „Halleschen Zeitung" und der „Allgemeinen Zeitung" für die Arbeiterklasse? Beide Zeitungen vertreten die Interessen des Großkapitals und führen in gemeinschaftlicher Weise einen Kampf gegen die Arbeiterklasse. Der „Kampf", den sie gegeneinander führen, dreht sich nur um die Frage, wer der größte nationale Schreier für das faschistische und reaktionäre Bürgertum sein will. Politisch und prinzipiell sind sie sich vollkommen einig! Das beweist die Tatsache, daß im Jahre 1925 aus politischen Gründen ein Burgfrieden zwischen beiden Zeitungen abgeschlossen wurde. Auch der Verleger Geisel beteuerte gestern, daß er das größte Interesse daran habe, den Frieden wieder herzustellen und jeder gegenseitigen Bekämpfung aus dem Wege zu gehen. Dann das, was hier geschehe, sei keine „Vertragssolidarität". Unter diesem schönen Wort versteht dieser Mann selbstverständlich nur die gegenseitige Solidarität zum gemeinschaftlichen Kampfe gegen das Proletariat, an dem sie ja beiderseitig das größte Interesse haben.

Aus diesen üblen Vorkommnissen, die so recht das Wesen der bürgerlichen Presse widerspiegeln, müssen aber alle Arbeiter, die solche Zeitungen noch lesen, die Konsequenz ziehen.

Genosse Karl Schulz, MdL., spricht am Freitag um 21¾ Uhr im „Volkspark"

„Im Rundfunk für das Volksbegehren!"

Beginn der satirischen Revue „Das Kabinett der Köpfe" 20 Uhr. Eintritt 50 Pfennig, ab 21¾ Uhr Eintritt frei!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019281010-16/fragment/page=0006

Das Einzeichnungsergebnis in Halle

bis Dienstag, den 9. Oktober

Einzeichnungslokal	Eintragungen
Dathschule	242
Mittelschule	121
Steinschule	215
Gymnasialschule, Gänsebiehstr.	264
Marktschule	190
Wallerschule	172
Geiseschule	146
Martinschule	171
Kaiserschule	81
Katholische Volksschule	398
Realschule, Taubenstr.	470
Reuschule	494
Johannesschule	223
Mittelschule	194
Luthersschule	358
Eintragungen insgesamt:	3 739

Genossen, steigert die Aktivität!

Das Schmiergeldsystem im Leuna-Werk

Bei der Voruntersuchung zu dem bevorstehenden Leuna-Prozeß kam ein Fall aufgedeckt, der am Montag vor dem Gericht zur Verhandlung gebracht wurde und so recht treffend die Schmiergeldmethoden, mit denen in diesem Werke gearbeitet wird, beleuchtete. Die Baufirma Wayß & Freytag hatte in den Jahren 1924 eine Reihe größerer Bauaufträge für das Leuna-Werk ausgeführt. Dem Angeklagten, Bauingenieur Einbeck, der diese Arbeiten leitete, war nun nachgewiesen worden, daß er dem Abteilungsleiter des Leuna-Werkes, Stocks, eine sogenannte Gefälligkeit der Firma Wayß & Freytag aus „Gefälligkeit" gemacht habe. Die Firma, die 1924 keine Aufträge mehr für Leuna bekommen hatte, war vorher dazu übergegangen, ihr Grundkapital zu erhöhen und hatte zu diesem Zwecke die Vorzugsaktien herausgegeben. Einbeck gewußt zu haben, daß Stocks bei der Vergebung von Aufträgen des Leuna-Werkes einen bestimmten Einfluß ausübte. Kein Wunder, daß er diesem eine jener Aktien in höchst wohlwollender Weise zueignete. Und siehe, die Firma Wayß & Freytag erhielt bald wieder Aufträge für das Leuna-Werk übertragen bekommen.

Das Gericht versuchte Einbeck durch allerhand Bocksprünge zu „beweisen", daß er mit der Ueberreichung dieser Aktie an Stocks nicht „unlautere" Absichten verfolgt habe. Es nützte aber nichts, er wurde auf Grund der Anklage, die der „Verein gegen Bestechungswesen" gegen ihn erhoben hatte, mit einer Geldstrafe von 300 Mark bedacht.

Es ist nur ein Fall jener üblen Schmiergeldermethoden, die in den Riesenwerken wie Leuna in Mengen angewandt werden. Viele Fälle werden überhaupt nicht aufgedeckt.

Forderungen der Kriegs- und Arbeitsopfer

Der „Internationalen Bund" sprach am Sonnabend der Genosse Lipinski als Vertreter der Stadtverordnetenfraktion über Fürsorgewesen und Heilbehandlung nach dem Reichsversorgungsgesetz. Die reichlich einstündigen Ausführungen des Genossen Köla gipfelten darin, daß die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen es ablehnen müssen, Fürsorgeleistungen als Almosen anzunehmen, sondern sie haben ein Recht zu fordern, daß ihnen, wenn sie schon nicht auskömmliche Renten erhalten, die Fürsorge, die aus öffentlichen Mitteln (Wertsäbersteuer) unterhalten wird, ohne demütigende Bedingungen Hilfe leistet. Auch dem unwürdigen Zustand bei der Heilbehandlung der Rentenleiden dem Wohlwollen der Krankenkassenvorstände, die aus Wahlen der Mitglieder und Arbeitgeber hervorgehen und daher in jedem Orte anders zusammengesetzt sind, ausgeliefert zu sein, muß die Forderung der Zuteilung und Kriegerwitwen auf Zuerkennung des aktiven und passiven Wahlrechts zu den Organen der Krankenkassen, der Landesversicherungsanstalten und der Spruchbehörden entgegengesetzt werden.

Genosse Meydenbauer als Vorsitzender versprach, die Anregungen des Genossen Köla nach der Bundesleitung weitergegeben.

Speisewirt Wittsch gestorben

Der vor einiger Zeit von seinem früheren Hausbesitzer überfallene und durch Revolverschuß schwerverletzte Speisewirt Wittsch in der Delitzscher Straße ist inzwischen seinen schweren Verletzungen in der Chirurgischen Klinik erlegen.

„Großfeuer" in Halle

In der vorigen Nacht wurde in der Königstr. 80 Feuer gemeldet. Die Wehr rückte sofort mit drei Zügen an. Der „Riesen"-Brand wurde vom Eingang der Landwehrstraße in Angriff genommen und konnte aber, da es sich nur um einen Müllgrubenbrand handelte, mit den Handlöschapparaten erstickt werden. Um 3.40 Uhr konnte die Wehr wieder abrücken.

Straßensperrung. Die Straße Steg zwischen Mittelwache und Glauchaer Straße wird zum Bau eines Kanals mit sofortiger Wirkung auf ungefähr 24 Tage für den Rotz- und Fahrverkehr gesperrt. Der Verkehr wird umgeleitet. — Zwecks Gleiserneuerungsarbeiten wird die Franckestraße zwischen Prinzen- und Königstraße auf ungefähr 10 Tage und anschließend die Königstraße zwischen Franckestraße und Waisenhaus-Parkplatz auf ungefähr 14 Tage für den Durchgangs-Reit- und Fahrverkehr gesperrt, letzterer jedoch nur für die Fahrtrichtung von Franckestraße und Leipziger Straße in Richtung Merseburger Straße. Der Verkehr wird umgeleitet.

Roter Rummel im „Volkspark"

am Freitag, dem 12. Oktober, abends 8 Uhr

Eintrittskarten bei allen Funktionären des KJBD.

Programm

1. Rotes Fliegerlied.
2. Das Kabinett der Köpfe.
3. Hinweg mit der Panzerkreuzerpartei.
4. Lest die „Junge Garde".
5. Der Friedensengel.
6. Nobile-Lied.
7. „Kampf"-Lied der Rolaroten.
8. Das Panzerkreuzerlied, Rezitation.
9. Ansprache.
10. Musik.
11. Hinein in den KJBD.
12. Die „Internationale".

Lehrlinge und Erwerbslose zahlen 25 Pfennig Eintritt, sonst Preis 50 Pfennig.

Jede Woche eine Stunde Esperanto

13. La aliaj tagoj

La alian tagon Petro iris en la laborejon daŭrigante sian komencitan antaŭhieraŭan laboron. La majstro ankoraŭ ne estis veninta. La kamerado de Petro, ankaŭ juna lernanto, kiu estis laborinta la antaŭan tagon, diris al li, ke hieraŭ la majstro estis tre malkontenta pro lia foresto. Petro trankvile aŝskultis. „Kial vi ne partoprenis nian feston?" Petro demandas la parolinton. „Mi timis perdi mian laboron", respondas la demandito, mirigite rigardante Petron. Petro diras kolere: „Se ĉiu pensus same kiel vi, la laboristaro estus aklavigita eterne! La hieraŭa demonstracio estis montrinta denove la forton, kuŝanta en la laboristaro unuigita, kiu havas la volon liberigi sin. Pli ol kvarmil homoj ĉeestis la manifestadon." Dume Petro daŭrigis labori kiel kutime. Nur je la dekunua la majstro vokis lin en sian kontoron. La majstro mallonge diris al li: „Nia kontrakto estas nuligita". Petro nenion diris. La majstro miris, ke Petro estas trankvilega. „Preskaŭ du jaroj vi lernis en mia laborejo kai mi ĉiam estis kontenta pri vi. Nun dank' al tiu malbenita agitado de la ruĝuloj, vi iris eraran vojon kaptite de tiuj, kiuj volas bone vivi kai nenion fari." Petro ne respondis sciante, ke ĉiu vorto dirita estus perdita. Preninte siain atestojn li foriris.

13. Den anderen Tag

Den andern Tag ging Peter in die Werkstelle, in der er seine gestern angefangene Arbeit fortsetzte. Der Meister war noch nicht gekommen. Der Kamerad von Peter, auch ein junger Lehrling, der den vorigen Tag gearbeitet hatte, sagte zu ihm, daß der Meister gestern wegen seines Fernbleibens sehr unzufrieden war. Peter hörte ruhig zu. „Warum hast Du an unserm Fest nicht teilgenommen?" fragte Peter den Sprechenden. „Ich fürchtete, meine Arbeit zu verlieren", antwortete der Gefragte, indem er Peter verwundert anschaute. Peter sagte zornig: „Wenn jeder ebenso denken würde wie Du, wäre die Arbeiterschaft auf ewig versklavt! Die gestrige Demonstration hat von neuem die Macht gezeigt, die in der vereinten Arbeiterschaft liegt, welche den Willen hat, sich zu befreien. Mehr als viertausend Menschen machten das Manifest mit." Inzwischen fuhr Peter fort zu arbeiten wie gewöhnlich. Erst um 10 Uhr rief ihn der Meister in sein Kontor. Der Meister sagte kurz zu ihm: „Unser Kontrakt ist nichtig geworden." Peter sagte nichts. Der Meister wunderte sich, daß Peter seelenruhig ist. „Fast zwei Jahre hast Du in meiner Werkstelle gelernt, und ich war stets zufrieden mit Dir. Jetzt, dank der verfluchten Agitation der Roten, gehst Du den irrigen Weg, indem Du gefaßt wurdest von jenen, die gut leben und nichts tun wollen." Peter antwortete nicht, da er wußte, daß jedes gesagte Wort verloren wäre. Nachdem er seine Bescheinigungen genommen hatte, ging er fort.

1. Ĉu Petro iris la alian matenon en la laborejon?
2. Kiu estis en la laborejo?
3. Kio estis en la laborejo?
4. Kion volis fari Petro en la laborejo?
5. Ĉu Petro venis malfrue?
6. Ĉu la majstro venis pli frue ol Petro?
7. Ĉu ĉiuj laboristoj partoprenis la demonstracion?
8. Pri kio parolis la knaboj en la laborejo?
9. Kion opiniis Petro pri la demonstracio?
10. Kia estis la opinio de alia lernanto?
11. Kiom da homoj partoprenis la demonstracion?

Die Mittelwörter in der Bindeform werden durch die Endungen „ata" (Gegenwart), „ita" (Vergangenheit) und „ota" (Zukunft) ausgedrückt: La pano estas manĝita = das Brot ist gegessen; la kanto estas kantata = das Lied wird soeben gesungen; la akvo estas trinkota = das Wasser wird getrunken werden.

Werbt für den „Klassenkampf"

OVERSTOLZ echt MACEDONISCH

Die kostbaren Macedonen-Tabake konnten in Deutschland bislang in keiner billigen Zigarette als Mischungsgrundlage verarbeitet werden. Das wurde uns erst möglich durch die rationelle Herstellung grosser Mengen einer Zigaretten-Marke, die auf das sparsamste verpackt ist. Da wir alle diese Ersparnisse nicht für uns behalten, sondern

sie immer wieder zur Verbesserung der Tabak-Qualität verwenden, haben wir selbst unserer 5 Pf. Zigarette OVERSTOLZ eine echt macedonische Mischung geben können.

Es ist genau derselbe Macedonen-Tabak, der einst den Weltruf der türkischen und ägyptischen Fabrikate begründete, er hat auch unsere OVERSTOLZ zur meistgerauchten Zigarette gemacht.

KÖLN · HAMBURG — Haus Neuerburg O·H·G — DRESDEN · TRIER

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019281010-16/fragment/page=0007

Arbeiter-Spor

Nr. 239 — Mittwoch, 10. Oktober 1928

Das Stahlhelm-„Sport"-Fest

muß vor allen Dingen den Arbeitersportlern beweisen, daß es gilt, die Gegenfront mobil zu machen. Im politischen Teil unserer Zeitung ist über den Sinn des Stahlhelmaufmarsches geschrieben worden.

Arbeitersportler, steht am Sonntag nicht müßig beiseite, sondern sorgt durch regste Unterstützung des Volksbegehrens dafür, daß den Arbeitern ein wuchtiger Gegenschlag gegen den frechen Faschistenaufmarsch gelingt.

Macht am Sonntag alles für das Volksbegehren mobil!

Neuer „Volksboten"-Schwindel über die Moskauer Spartakiade

Neue Zeugen aus dem intimsten Freundeskreis des Zeitzer Schwindelboten gegen seinen Verleumdungsfeldzug

Der „Volksbote", der auf unseren Entgegnungsartikel zur Moskauer Spartakiade viele Tage der Sammlung gebraucht hat, tastete sich vor ein paar Tagen wieder auf, um die Moskauer Spartakiade aufs neue zu verunglimpfen. Was an seinen Behauptungen ist, erweist sich wohl am besten darin, daß er jetzt vom „Amsterdamschen Olympia-Fußballgeist" spricht, während noch vor vierzehn Tagen von „bürgerlichen Fußballspielern" aus Uruguay die Rede war. Solche Zurückstieber beweisen vor aller Oeffentlichkeit die Aermlichkeit der „Argumente" der sozialdemokratischen Presse. Jedes Wort gegen die Moskauer Spartakiade ist nichts als Verleumdung, die wir schon oft genug gebrandmarkt haben. Wir können auch heute einen Zeugen gegen den „Volksboten" ins Feld führen, der sehr verwandt mit ihm ist. Es ist dies „Der Abend", Wien. Dort wird unter dem 27. September vom Fußballspiel Rußland gegen Oesterreich und von den Spielern folgendes berichtet:

„Die vierzehn in Wien befindlichen Spieler sind mit Ausnahme Selins, eines Hochschülers, durchweg Arbeiter aus der Lebensmittel-, Elektro-, Metall- und Textilindustrie. Der Fußballsport steht in Rußland, dank der Unterstützung durch den Staat und die Gewerkschaften, in hoher Blüte und macht immer größere Fortschritte.

Bemerkenswerterweise haben die russischen Fußballer ihr hohes Können ganz aus eigener Kraft erreicht, da ausländische Lehrkräfte oder auch nur Masseure nicht herangezogen wurden.

Daß dieser Umstand der Spielstärke nicht Abbruch tat, geht am besten aus den Erfolgen der Russen gegen auswärtige Mannschaften hervor."

Diese Darstellung des „Abend" spricht für sich. Der sozialdemokratische Schwindel, daß die russische Sportbewegung nicht auf der Arbeiterschaft beruht, ist wieder einmal von intimsten Freunden des Zeitzer „Volksboten" erwiesen.

Dennoch sollen sich die Arbeitersportler nicht sagen: „Aber jetzt bleibt dem Schwindelboten die Spucke weg!" Der Schwindelbote wird seinem Namen alle Ehre machen und auch fürderhin mit Schwindeleien aufwarten.

Arbeitersportler

Laßt Euch nicht von den Arbeitermassen abdrängen. Seid auf Eurem Posten und verhelft dem Volksbegehren zum Erfolg.

Die Naumburger Spalter am Werke

Da der Wirt vom „Goldenen Hahn" die revolutionäre klassenbewußte Arbeiterschaft in seinem Lokal nicht mehr sehen will und es vorzieht, mit dem Stahlhelm und mit den Sozialdemokraten, die in trauter Einheitsfront dort jetzt verkehren, Geschäfte zu machen, hat das Arbeiter-Sportkartell seine Sitzungen in ein anderes Lokal verlegt. Bei den sogenannten Arbeitersportlern wurde großer Lärm darüber geschlagen, weil kein offizieller Beschluß vorliegt.

Am Montag, dem 1. Oktober, war nun eine außerordentliche Sitzung einberufen, in welcher die Lokalfrage und der für den 28. Oktober im Ratskeller vorgesehene Werbeabend auf der Tagesordnung standen. Die Patentsportler waren bis auf den letzten Mann erschienen. Der Renegat Wipprecht, der wegen Suff und Unfähigkeit aus der KPD. einstens ausgeschlossen wurde, holte den letzten Mann als Stimmvieh heran. Bei der Eröffnung setzte vom Leiter der Patentsportler eine Geschäftsordnungsdebatte ein, die über eine Stunde dauerte. Der Zweck war, einen Grund zu finden, um abzurücken. Der Anstreicher Heinrich, bekannt durch die 2000-Mark-Affäre, provozierte und erklärte, es wäre schon nach Leipzig gemeldet, wer ausgeschlossen werden sollte. Darüber fielen harte Worte und die Meute verließ unter Schillings Leitung die Sitzung. Von 31 Anwesenden gingen 10 Saboteure mit ab.

Die Absicht lag schon bei Beginn zugrunde. Es klappte nur nicht ganz. 21 Sportgenossen blieben und in ernster Beratung wurde die Tagesordnung erledigt. Einige Ergänzungen zum Vorstand wurden vorgenommen. In der Lokalfrage wurde dem Vorstand freie Hand gelassen. Der Werbeabend wird trotz der Sabotage der Patentsportler veranstaltet.

Den Arbeitersportlern rufen wir zu: Stellt Euch fest hinter Euren Verein und das Kartell, folgt nicht den Spaltern Schilling, Heinrich, Wipprecht und Tietze!

Spielvereinigung Teuchern verlangt Wiederaufnahme des Genossen Darstein

Von Teuchern geht uns eine Resolution zu, in der es heißt:

„Die am 7. Oktober in Teuchern tagende Mitgliederversammlung der „Spielvereinigung Teuchern" protestiert entschieden gegen den Ausschluß des Bezirksleiters Darstein-Weißenfels. Der genannte Genosse hat nur die Interessen der Einheit der Arbeitersportbewegung vertreten. Die Versammlung erklärt sich mit eventuellem Ausschlußverfahren gegen Mitglieder, die an einer bürgerlichen Sportveranstaltung teilnehmen, durchaus einverstanden, muß sich aber mit allem Nachdruck dagegen wenden, daß Mitglieder, die den Gedanken der internationalen Einheit des klassenbewußten Proletariats vertreten, aus der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung gewaltsam entfernt werden. Die Versammlung verlangt hiermit, daß der Bundesvorstand die Ausschlüsse dieser Genossen sofort rückgängig macht. Selbiges gilt auch für unsere hallischen und Berliner Brudervereine."

Frecher Betrug an den hallischen Arbeitersportverein

Die dem Drescher-Kartell beigetretenen Vereine einem Schwindel zum Opfer gefallen
„An eine Generalversammlung ist auf keinen Fall zu denken" — Frecher Hohn des „Volksblatt" auf eine Anregung der Athleten zur Herstellung der Einheit

Am vergangenen Sonntag tagte in Halle eine Bezirkssitzung des Arbeiter-Athleten-Bundes vom 1. Bezirk. In dieser Sitzung gab der Sportgenosse Wittig als Kreisvorsitzender ein Schreiben des Bundesvorstandes bekannt, worin dieser ihn aufforderte, die hallischen Athletenvereine zum Eintritt in das Drescher-Kartell zu bewegen. Die Vereine müßten sich bis zum 15. Oktober entscheiden. Dabei verzapfte der Bundesvorstand sorgar einen Schwindel über die Haltung der Berliner Athleten, den wir an anderer Stelle widerlegen. In dem Schreiben wurde nämlich erwähnt, daß die Berliner Athleten gewillt seien, sich dem neuen Kartell anzuschließen. Dies ist nicht der Fall und die Berliner Athleten haben erst in jüngster Zeit gegen das neue Kartell Stellung genommen.

Nach Bekanntgabe dieses Briefes kam es zu einer regen Diskussion, in deren Verlauf auch die Ausschlüsse aus dem Arbeiter-Athleten-Bund verurteilt wurden. Sogar Sportgenosse Philipp gab zu, daß diese Ausschlüsse ungerecht seien. Andere Diskussionsredner fanden noch viel schärfere Worte gegen die Ausschlüsse.

Zur Bildung des Kartells wurde aus der Mitte der Versammlung heraus schließlich ein Vorschlag gemacht, der als Entschließung mit folgendem Wortlaut angenommen wurde:

„Die unterzeichneten Vereine stellen sich dem neuen Kartell zu einer unverbindlichen Aussprache unter Hinzuziehung von zwei Vorstandsmitgliedern sämtlicher alten Kartellvereine zur Verfügung."

Diese Entschließung wurde von Adler, Atlas, Achilles, 09 und Germania-Felsenfest angenommen.

*

Der Vorschlag der Athleten kann gewiß als eine bedeutsame Anregung zur Herstellung der geschlossenen Reihen der Arbeitersportvereine in Halle angesehen werden. Diese Entschließung offenbart wieder einmal den absolut ehrlichen Willen der Arbeitersportler zur Einheit ihrer Bewegung in Halle und darüber hinaus.

Aber jene verantwortungslosen Gesellen, die sich als Paten eines zusammengeschusterten Kartells sehen, gehen mit Leichtfertigkeit und Hohn über die ehrlichen Vorschläge der Athletenvereine hinweg. Schon am Montag wurden die Vorschläge der Athleten im „Volksblatt" damit abgetan, daß man schrieb:

„Wir verraten kein Geheimnis, wenn wir auf Grund unserer Kenntnis (!) der Dinge schon heute feststellen, daß an eine solche Generalversammlung (wie sie die Athleten ausdrücklich fordern. D. Red.) auf keinen Fall zu denken ist."

Dieser Satz beweist nicht nur die schon genügend gekennzeichnete Leichtfertigkeit der Spalter der hallischen Ar[illegible]

alle Vereine, die bisher ihren Beitritt zum K[illegible] klärten, einem frechen Schwindel zum Opfer ge[illegible]

[illegible] sind, denn mit der Generalversammlung und mit der [illegible] Kartellvorstandes soll nach den „Volksblatt"-Aeußerungen [illegible] rechnen sein.

Das ist natürlich bei weitem kein Anlaß, das Feld [illegible] jenen leichtfertigen Spaltern zu räumen. Im Gegente[illegible] reits beigetretenen Vereine und die noch außenstehende[illegible] **in engster Verbundenheit mit den ausgeschlossenen Ver[illegible]** rechtmäßigen Forderungen durchsetzen und bis dahin [illegible] verharren. Unter keinen Umständen dürfen die Verein[illegible] bindung mit den ausgeschlossenen Vereinen aufgeben. [illegible] schen Arbeitersportler werden in den nächsten Wochen [illegible] haben, daß Solidarität mehr als ein klangvolles Wort [illegible]

Die hallischen Arbeiterathleten protestie[illegible]

gegen den Ausschluß der Spartakiade-Teilneh[illegible]

In der Bezirksversammlung der Arbeiter-Athleten des [illegible] über die wir an anderer Stelle berichten, wurde [illegible] Resolution gegen eine Stimme angenommen:

„Der am 7. Oktober in Halle stattgefundene Bez[illegible] ARBSD., 1. Bezirk, 5. Kreis, protestiert gegen den Aus[illegible] Bundesmitgliedern, die an der Moskauer Spartakiade [illegible] und fordert, den Ausschluß der 14 Sportgenossen zurück[illegible]

Verwirrungsmanöver bei den Arbeiter-Athleten [illegible] dienen, deren einheitliche Stellung gegen die Spaltungs[illegible] zu erschüttern. So wird behauptet, die Berliner Ath[illegible] dem neuen Kartell beigetreten. Das ist Schwindel! [illegible] ein Beschluß des Kreisvorstandes für den 4. Kreis des [illegible] Athleten-Bundes, der sich hinter das alte Kartell stellt. [illegible] der Kreisrat zu einem Rundschreiben des Bundesvo[illegible] der Arbeiter-Athleten Stellung genommen, worin sie [illegible] wurden, dem neuen Kartell beizutreten. Zur endgü[illegible] scheidung in dieser Angelegenheit tagt am Sonntag, den [illegible] ber, ein außerordentlicher Kreistag. Eine Entscheidung [illegible] jetzt also nicht gefällt. Aber die Athleten in Berlin [illegible] ganzen 4. Kreis werden sich natürlich gegen den Eint[illegible] neue Kartell entscheiden, weil der gesamte 4. Kreis [illegible] Spaltungsmaßnahmen Stellung genommen hat. [illegible] Meldungen dienen der Verleumdung und haben [illegible] Athleten (auch in Halle) zu verwirren und sie gefü[illegible] gänglich zu machen. Durchkreuzt die Absichten des Bun[illegible] des, wirkt im Sinne der Beschlüsse der Vereinsvertreter [illegible]

Ausschlüsse oppositioneller Arbeitersportler im Rheinland

Unter der Führung des Ehrengastes beim Deutschen Turnfest in Köln, des Sozialdemokraten Hirschfeld, hat sich der Kreisrat des 6. Kreises des Arbeiter-Turn- und Sport-Bundes in seiner letzten Sitzung, von der die Sozialdemokraten behaupten, die sei eine „arbeitsreiche" gewesen, nur mit den Ausschlüssen oppositioneller Arbeitersportler beschäftigt. Gegen eine Stimme wurden in dieser Sitzung die Genossen Jaspers, Schilling, Stahl, Bitter, Schmieder, Schimborn, von der Linde, Bots, Siemens und Damm ausgeschlossen. Natürlich mußten die lächerlichsten Vorwände dazu dienen, die Ausschlüsse der Genossen, die sämtlich jahrelange Funktionäre der Organisation sind, zu begründen. Gegen die Freie Turnerschaft Düsseldorf-Gerresheim, den Turnverein Düsseldorf-Eller und den Düsseldorfer Fußballklub 1921, die sich ebenfalls gegen den Spaltungskurs des Bundesvorstandes wenden, behielt sich der Kreisrat „weitere Maßnahmen" vor, d. h. auf gut Deutsch, man wird die Vereine ausschließen, wenn sie sich nicht bedingungslos dem Diktat der Reformisten fügen.

Verstärkter Kampf für die Wiederaufnahme aller Ausgeschlossenen und für die Wiederherstellung der Einheit wird das Ergebnis der SPD.-Politik sein.

Der Bundesvorstand verhöhnt die Vereine

Die Folge: Immer lauterer Massenprotest

Wenn der Bundesvorstand des Arbeiter-Turn- und Sportbundes vom Turnverein Völlberg, Diemitz oder Lieskau einen Protest gegen die unerhörten Ausschlüsse bekommt, so erdreistet er sich noch, jenen Vereinen, aus deren Mitte solche Proteste verlangt werden, zu schreiben, sie „müßten eigentlich ihre Proteste an die Agitpropzentrale der KPD., Berlin, richten". Diese Verhöhnung der Bundesvereine wird nichtsdestoweniger noch größeren Protest der Mitgliedermassen hervorrufen und die Vereine werden immer „bundestreuer" werden. In Leipzig werden sie's schon noch merken.

Die Panzerkreuzersozialisten

sind die wütendsten Gegner des Volksbegehrens. Um dasselbe zu Fall zu bringen, ist ihnen jedes, auch das schändlichste Mittel recht. Ein Teil des Kampfes der Sozialdemokratischen Partei gegen die Massenmobilisation der Werktätigen ist der reaktionäre Kurs innerhalb der proletarischen Organisationen. Auch die reaktionären sozialdemokratischen Führer des Arbeiter-Turn- und Sportbundes sind Panzerkreuzersozialisten. Sie

spalten die Arbeiter-Sportbewegung

auf Anweisung ihrer Parteileitung. Diese Spaltungsoffensive bedeutet also nichts anderes als die Fortsetzung des Panzerkreuzerkurses innerhalb der Arbeitersportbewegung.

Kampf diesen Spaltern!

Sportgenossen, legt ihnen ihr schändliches Handwerk. Kampf gegen die Panzerkreuzersozialisten bedeutet gleichzeitig, wirksam gegen die Spaltungsoffensive der Reformisten ankämpfen.

Darum zeichnet sich noch heute jeder Sportgenosse in die aufliegenden Listen des Volksbegehrens ein!

Fichte Halle — Turnerbund Bernburg 8:5 (1[illegible]

Die Turn- und Sportvereinigung Hettstedt hatte diese Mann[illegible] Gesellschafts- bzw. Wettspiel nach Hettstedt verpflichtet. Der [illegible] Vereine hatte auch eine für Hettstedts Begriffe und Ansprüche [illegible] Menge Interessenten angelockt. Doch dürfte das Spiel seinen Zwe[illegible] — nur in sehr geringem Maß erreicht haben.

Durch die große Ueberlegenheit der Hallenser

war dem Spiel alles Interessante genommen; ja es wurde zeitw[illegible] aufgestellt — was die Zuschauer sogar erwähnte!

Nach Anstoß machte Turnerbund sofort einen Vorstoß, der in der [illegible] ersten Erfolge gekrönt war. Die Fichtelaute nahmen sich jetzt erst [illegible] konnten nach fünf Minuten den Ausgleich erzielen. Von hier an [illegible] Ueberlegenheit Fichtes tonangebend. In regelmäßigen Zwischenräumen [illegible] Minuten warfen sie noch in der ersten Spielhälfte drei und in der [illegible] zeit vier weitere Tore. Ein einsichtsvolles Tor wurde in der 8. [illegible] durch einen kurzen Sturmer gemacht. Turnerbund gab sich [illegible] wurde der Eifer, mit dem er zu Werke ging, durch die starke Ueberl[illegible] Gegner schlecht gelohnt.

Handballspielausschuß 7. Kreis, 6. Bezirk. Verbindlich. Folgende [illegible] aufgeführt, ihre Strafgelder bis Montag, den 22. Oktober, in [illegible] röhlingen, Eisdorn, Rauendorf (S.), Wörmlitz, Laut Beschluß [illegible] itzung finden die Geschäftsstunden ab 8. Oktober für das Büro [illegible] 14 Tage statt, die nächste ist am 22. Oktober. Die Kopfsteuer für [illegible] ist fällig und muß am 22. Oktober bezahlt sein. Am 14. Oktober beginnt [illegible] Spielverbot. Unseren Bezirksvereinen wird es zur Pflicht gemacht, [illegible] Waldlauf zu beteiligen. Das Kreisspiel gegen Leipzig findet nicht [illegible]

Arbeiter-Athleten-Bund, 5. Kreis, 1. Bezirk

Sämtlichen Vereinen des 1. Bezirks zur Nachricht, daß sie ihre [illegible] Ringen, Heben und Boxen, die am Serienkampf teilnehmen sollen, [illegible] leuten bis spätestens Sonntag, den 14. Oktober, zur Bezirksleitung [illegible] haben, damit wir mit den Kämpfen beginnen können. Die Kampfrichter [illegible] haben Freitag, den 26. Oktober, in der Turnhalle von Achilles, [illegible] abends 8 Uhr zu erscheinen. **Gustav Jacob**, Technischer Leiter.

Arbeiter-Schützenbund Deutschlands, Gau 14, 3. [illegible]

Am Sonntag, dem 14. Oktober, fallen alle Wettkämpfe in V[illegible] wegen des Volksbegehrens.

ARSB. Wählich. Sonnabend, den 13. Oktober 1928, abends 8 [illegible] Mene in Wählich eine außerordentliche Versammlung statt. Unerläßlich wird Inkassogemäß bestraft.

Fichte, Halle (Handball). Die 1. Mannschaft und Alle Herren-[illegible] abend, 13. Oktober, 19½ Uhr, in der „Terrasse" Mannschaftsfotografie erscheinen bitte. Fahrt nach Magdeburg.

Arbeiter-Turnverein Weißenfels. Allen Mitgliedern zur Kenntnis, daß am Freitag, den 12. Oktober, abends 8 Uhr, im Gasthof „[illegible] einzuziehen, werden gebeten, sich einzufinden, da ihre Aufnahme [illegible] fehlen werden muß.

Arbeiter-Schützenbund, Ortsgruppe Halle. Ersuche alle Mitglieder, [illegible] 12. Oktober, in der Uebungsstunde zu erscheinen wegen Ausstellung [illegible] nach Leipzig.

Fichte, Halle (Fußballabteilung). Freitag abend 8 Uhr im „[illegible] Mitgliederversammlung.

Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität, Ortsgruppe Halle. Sonntag [illegible] Ausflug nach Rattmansdorf. Abfahrt 12 Uhr Hallmarkt. — Sonntag [illegible] Besichtigung der Provinzial-Blindenanstalt. Treffpunkt vormittags [illegible] Bugenhagen- und Beesener Straße. — **Freitag, 26. Oktober, Genera[illegible]** Bei der Besichtigung können Kinder mitgebracht werden. Pünktl[illegible] reiches Erscheinen erwartet der Vorstand.

DJK. Minerva 09. Die für heute, den 10. Oktober, festgesetzte [illegible] fällt aus. Handball eventuell Freitag 9 Uhr Spielausschuß.

Sportklub 06. Sämtliche Vorstandsmitglieder treffen sich am [illegible] 11. Oktober, beim Sportgenossen Hammer zur Besprechung. [illegible] wird erwünscht.

Turn- und Sportverein Fichte, Halle,

Sonnabend, den 27. Oktober, abends 8 Uhr, Vierteljahrsversammlung im „Volkspark". Vorläufige Tagesordnung: Berichte, Anträge, Veranstaltungen, Verschiedenes. Anträge bis zum 21. Oktober bei mir eingereicht sein. Ohne Zutritt. **P. Fischer**, 1. V[illegible]

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019281010-16/fragment/page=0008

Aus den Betrieben

Volksbegehren geht vor!

Die Unternehmer und ihre Presse kämpfen wütend dagegen

Schwere Betriebsunfälle

Arbeiterleben sind den Unternehmern das Billigste in der Panzerkreuzer-Republik

Zwischen den Puffern

auf der Grube Hermine-Henriette I in Ammendorf ereignete sich ein schwerer Unfall. Der Lokomotivführer Erich Schmidt aus Ammendorf wurde beim Ausstoßen der Asche aus der Lokomotive von einem vom Kohlenbunker in Bewegung gesetzten Kohlenwagen gegen die Puffer geitoßen. Der Bedauernswerte erlitt innere Verletzungen und wurde sofort dem Bergmannstrost zugeführt.

Von einem Bagger erfaßt

wurde auf einem Bagger bei den Elster-Regulierungsarbeiten in Gorsdorf beschäftigte Arbeiter Lehmann aus Paten geriet, nachdem er ausgerutscht war, in das Getriebe des Baggers und wurde mit herumgeschleudert. Außer schweren Quetschungen erlitt er einen Wirbelsäulenbruch, der seine sofortige Überführung ins Paul-Gerhardt-Stift in Wittenberg notwendig machte. Trotzdem zweifelt man daran, den Verunglückten am Leben erhalten zu können.

Betriebsversammlungen zur Aufklärung

Angebau Wählitz wieder zwei Arbeiter entlassen!

A.-K. Die auf der Freiliegerbaustelle beschäftigte Kippkolonne wurde zum Schaufeln zum Bagger geschickt, was natürlich im Akkord geschah. Ingenieur Junker und Meister Hentrich, beide Nazis, verlangten von den beiden oben angeführten Arbeitern, Kohlen zu holen. Als die Arbeiter sagten, sie könnten jetzt nicht von dieser Arbeit weg, da sie Akkord hätten, schimpfte Junker mit Entlassung und gab „direkten Befehl", die Kohlen zu holen. Die beiden Arbeiter taten es natürlich nicht. Sie sind sich, der Mensch hat einen Militärsimmel. Sie hatten nicht genug, dem Großschnauz einmal ihre breiten Hände „vor Augen zu halten", zumal der auch einer von denen ist, die die Arbeiter bei Streikbrechern, sie ständen immer da, mit den Händen bis an die Ellenbogen in die Hosentasche gestopft. So sind also wieder zwei Kameraden aufs Straßenpflaster geworfen. Auch der Direktor Ende ist vom Urlaub wieder zurück. Der muß sicher irgendwo in Ostelbien gewesen sein. Denn seine Ausdrücke dem Baggerpersonal gegenüber sind noch unzivilisierter als früher. Das heißt, daß er dringend der Zähmung und der Dressur bedarf. Kollegen wehrt Euch gegen dieses System, denn wenn der Umbau erst gelungen ist, kommen leicht noch 50 Prozent dran, wenn die Arbeiterschaft so schwach ist, dem Gegner organisierten Widerstand entgegenzusetzen. Kampfe in der Gewerkschaft mit der Opposition für Eure Rechte!

Betriebsversammlung der Grube Vollert gegen das Diktat der BVB.-Bureaukratie

Die Gewerkschaftsangestellten drücken sich von der Berichterstattung

Der Vorsitzende des Betriebsrats, Kamerad Otto Kaiser, eröffnete die am 2. Oktober abgehaltene Belegschaftsversammlung um 3.40 Uhr und gab gleich zu Anfang bekannt, daß auf Grund der Weigerung der Betriebsleitung, da zwei Schichten bestehen, die Rechtschicht mit an der selbigen Versammlung teilnehmen zu lassen, zwei Teilversammlungen ansetzen mußte. Leider war der Besuch trotz der Wichtigkeit der Tagesordnung nicht besonders gut.

Erst sollte Bericht über die Bergarbeiterbewegung Mitteldeutschland und über die Abwürgung derselben durch die Gewerkschaftsbureaukratie, die sich der Verbindlichkeitserklärung entgegeben werden. Im Anschluß daran sollte die Belegschaft Stellungnahme zum Ausdruck bringen. Trotz Anforderung eines Vertreters beim Verband, war jedoch keiner erschienen, so daß der Betriebsratsvorsitzende zum zweiten Punkt der Tagesordnung: Bericht des Betriebsratsvorsitzenden über die Tätigkeit des Betriebsrates. Er schilderte Fälle von fristlosen Entlassungen und Kündigungen, die alle zugunsten der Kameraden durch den Betriebsrat, entweder durch Einigung oder auf dem Klagewege entschieden werden konnten. Er gab auch bekannt, daß durch die Bildung des Betriebsrats jeder Kollege sich ein Einspruchsrecht bei den Maßnahmen der Betriebsleitung erworben hätte. Er forderte er die Kollegen auf, den Betriebsrat noch mehr zu unterstützen und mitzuhelfen, das Organisationsverhältnis zu verbessern und alle Abseitsstehenden für die Gewerkschaften zu gewinnen.

Es wurde auch auf „Vollert" das wieder werden, was zur Zeit 1920 bis 1923 war, als der Kollege Hans Schröter noch Betriebsrat auf „Vollert" war und unser Betrieb immer als Wegbereiter für alle anderen Gruben in der Erringung von Positionen gegen das Kapital dastand.

Es ging der Vorsitzende auch selber dazu über, den Bericht von der Bergarbeiterbewegung in groben Umrissen zu entwerfen und kurz die Maßnahmen der Gewerkschaften in der Bewegung zu zeichnen. So die Bezirkskonferenz in Halle am 5. August, der Beschluß gefaßt wurde, nur das Arbeitszeitabkommen zu kündigen. Er führte aus,

warum und wie es kommen konnte, daß der Beschluß in Halle durchkam,

auf Grund der zehnmal gestellten Teilnehmerschaft an der Bewegung. Des weiteren nahm der Kollege Kaiser Stellung zu dem aktiven, angriffsweisen Vorgehen der Unternehmer durch ihre Kündigung des Manteltarifs, dem dann die Kündigung des Lohnabkommens folgte. Erst dann erfolgte von seiten der Gewerkschaften die Kündigung des Manteltarifs, während es für die Kündigung des Lohnabkommens bereits zu spät war.

Auch von den verschiedenen Revierkonferenzen gab der Kollege Kaiser Bericht, bei denen die Gewerkschaftsführer Bericht von den Verhandlungen gaben und dabei große Töne anschlugen: Die Unternehmer wären nervös und am Kampfe wäre ihnen nichts gelegen, während die Gewerkschaftsführer jetzt alle Kräfte für die Erringung des Achtstundentages einsetzen würden,

selbst dann, wenn ein Schiedsspruch, der den Achtstundentag nicht vorsieht, für verbindlich erklärt würde.

Später waren die Gewerkschaftsbureaukraten des BVB. schon vorsichtiger. Sie sprachen nur von einer Verkürzung der Arbeitszeit. Den Schlußeffekt bildete die Bezirkskonferenz in Halle am 23. August, wo Stellung zu nehmen war zur Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruches und wo man den Beschluß faßte, den Manteltarif und das Mehrheitsabkommen anzunehmen, den Lohnschiedsspruch aber abzulehnen.

Nach Verlesung des Schiedsspruches wurde von der Belegschaft eine Resolution eingereicht, die einstimmige Annahme fand. Die Resolution lautet u. a.: „Die Belegschaft der Grube „Vollert" nimmt mit Entrüstung Kenntnis von diesem Schiedsspruch und lehnt ihn als unzureichend ab."

Für die Belegschaftsmitglieder bedeutet das aber die

Verstärkung des Kampfes der Opposition im BVB. gegen die Bureaukratie.

Dieser Kampf kann aber nur zum siegreichen Ende führen, wenn die Kollegen schon jetzt, in den Zeiten des abgeschlossenen Tarifvertrags, die Organe und Funktionäre herausbilden, die in der Lage und gewillt sind, die Bergarbeiter in den Kampf zu führen. Jeder Kumpel tue seine Pflicht als klassenbewußter Arbeiter!

Meister Lehmann in Uebigau wirft einen Gesellen willkürlich auf die Straße

A.-K. Der Tischlermeister Lehmann in Uebigau hatte zwei Gesellen entlassen, weil sie Tariflohn verlangten. Er warf sie fristlos hinaus, mit dem Bemerken, daß er Arbeiter, die im Verbande sind, nicht brauchen könne. Die beiden Tischler klagten nun auf Zahlung für die Frist der gesetzlichen Kündigung, also für 14 Tage.

Das Arbeitsgericht vernahm nun zu diesem Fall die bei L. beschäftigten Arbeiter, die aussagten, daß eine Vereinbarung über Kündigung bei L. nicht bestehe. Weiter wurde ein Vertreter des Magistrats vernommen darüber, ob am Orte eine bestimmte Kündigungsfrist üblich wäre. Die Antwort darauf war, daß die Gesellen immer hätten gehen können, wie sie wollten und daß die Meister sich auch das Recht sofortiger Entlassung genommen hätten. Daß die Gesellen oft genug gern ohne Kündigungsfrist aufgehört haben, ist klar, wenn man bedenkt, daß Löhne von 40 bis 50 Pf. pro Stunde gezahlt werden, anstatt 77 bis 85 Pf. nach Tarif. Dabei kann sich der Meister Lehmann natürlich leicht das neue Haus bauen und seinen Laden vergrößern. Da die Polizei auf Befragen erklärt hatte, daß am Orte keine Ortsverwaltung einer Gewerkschaft sei, verzichtete das Gericht auf die Befragung eines Gewerkschaftsvertreters. Wenn aber schon irgendein Magistratsvertreter als „Sachverständiger" vor dem Arbeitsgericht vernommen wird, so kann das mit jedem einfachen Gewerkschaftsfunktionär auch geschehen. Was jedoch nicht gemacht wurde.

Dabei ist jetzt noch festgestellt worden, daß z. B. der Geselle K. bei dem Meister L. aufhören wollte, was dieser aber nicht ohne Kündigungsstreit zuließ. Der Kollege K. hatte dadurch beinahe seine neue Arbeitsstelle nicht bekommen. Das Gericht vernahm aber diesen Kollegen K. nicht und die Klage der Gesellen wurde abgewiesen. Damit ist dem Reaktionär Lehmann der Kamm noch mehr geschwollen, so daß es wirklich notwendig ist, dort etwas schärfer mit der gewerkschaftlichen Organisation hineinzuleuchten.

Eine saubere Frucht bei Dietrich, Weißenfels

A.-K. Ein gefügiges Werkzeug für alle Handlungen der Firma Oskar Dietrich, ist der dort beschäftigte „Meister" Karl Ost. Im Denunzieren und Schikanieren der Arbeiter ist er tatsächlich Meister. Schon so mancher ehrliche Arbeiter ist durch ihn aufs Straßenpflaster gestoßen. Die ihm unterstellten Arbeiter können von seinen Schikanen ein Lied singen. Er scheint damit beweisen zu wollen, daß die Firma sich auf ihn verlassen kann. Er braucht diesen Beweis allerdings sehr nötig. Wir wollen der Belegschaft auch zeigen, warum er diesen Tüchtigkeitsbeweis braucht. Ost ist „Schlossermeister". Das hat er damit bewiesen,

daß er kurz hintereinander drei 130er neue Waschtrommelwellen verbraucht hat.

Diese „Meisterprüfung" genügte ihm noch nicht,

Deshalb vermurkste er an einem einzigen Vormittag drei Kompressorenkolbenstangen.

Der Meister einer anderen Abteilung kam ihm auf dringendes Bitten zu Hilfe, sonst säße er heute vielleicht noch bei seinen Kompressoren.

Doch nicht nur im Fach ist er „tüchtig", auch im Bemogeln ist er Meister. In der Werkstatt I ist es üblich, daß jeder Handwerker seine gelestete Arbeit im Stundenbuch vermerkt. Ost hat es verstanden, seine Arbeiter von dieser unangenehmen Beschäftigung zu „befreien". Ein feiner Mann, so könnte man denken. Es ist aber nicht die Sorge für seine Arbeiter, die ihn so handeln läßt. Er selbst trägt die Stunden ein.

So kann er es ermöglichen, einen Schlosser fast nur mit Plauschereien für die Firma Ost zu beschäftigen.

Man sieht also, wie er sich Vorteile verschafft.

Das gleiche läßt sich noch an einer anderen Tatsache erhärten. Ein Gesellte feierte eine Familienfestlichkeit. Nach altem Brauch sammelten die Kollegen unter sich eine Geldsumme, um ihm durch ein Geschenk zu erfreuen.

Dem „Meister" aber war das Geschenk für seinen Freund zu ärmlich. Deshalb ließ er seine Untergebenen durch einen Arbeiter auffordern, nochmals eine bestimmte Geldsumme zu geben; er würde dafür mehr Stundenanrechnen als Ausgleich. Dieser Forderung wurde von der Mehrzahl entsprochen um nicht den Zorn des allmächtigen Meisters herauszufordern. —

Auch mit einer Schrottankaufsgesellschaft steht Ost in „Geschäftsverbindung". Ein Augenzeuge berichtet wörtlich: „Ich habe gesehen, wie Ost ein vielleicht 12 m² großes kupfernes Waschtrommelsieb verschoben hat.

Am nächsten Tage ließ er zum Scheine des Gerechten das Verschwundene suchen und schimpfte auf die spitzbübischen Arbeiter.

Uns interessiert sehr wenig, wie er oder ein anderer sich zu dem Eigentum eines Privatunternehmers verhält. Wir sehen in einem Diebstahl eines armen Schluckers bei einem reichen Ausbeuter kein Verbrechen aber auch keinen Weg der Rettung für die Arbeiterklasse. Die Arbeiterschaft muß sich aber wehren gegen falsche Subjekte, die selber ihren Unternehmer betrügen und dann für den Betrug die Proleten haftbar machen wollen, was natürlich früher oder später

Entlassung und Erwerbslosigkeit für die Arbeiter zur Folge haben muß.

Wer nun denkt, daß das Angeführte die einzigen „Liebhabereien" unseres ehrenwerten Meisters sind, irrt sich gewaltig. Auch die Geflügelzucht ist ein gern von ihm gepflegter Sport. Ein stattlicher Stamm der beliebten Eierleger ist sein eigen. Sie helfen ihm wirtschaften, indem sie ihm kostenlos Eier und gelegentlich einen guten Braten liefern. Kostenlos, das macht er so, daß er sich Knoten (Abfälle der Häckelmaschine) mit nach Hause nimmt, zwischen die er vorher mehrere Eimer Weizenkörner schütten läßt. — Da braucht man sich nicht über die prächtigen Hühner zu wundern.

Bisher hat der Direktor Kornelius sich auch von diesem Meister alles Mögliche und Unmögliche über die Arbeiter erzählen lassen. Die denunzierten Arbeiter wurden entlassen, ohne daß andere Gründe vorlagen als die revolutionäre Einstellung der betreffenden Arbeiter. Kornelius hat damit aber die Willkür solcher Meister, die ganz zu seiner Willkür paßt, erst hochgezüchtet. Insofern ist die Direktion selber Schuld an den Vorkommnissen. Was sie also mit dem sauberen Meister macht, wäre insoweit wohl nur ihre Angelegenheit.

Die Belegschaft hat aber trotzdem ein großes Interesse daran, was

mit diesem Feinde der Arbeiterklasse

wird, da sie gar nicht daran denkt, sich von solch verleumderischen und betrügerischen Elementen behandeln zu lassen wie Menschen zweiter Klasse oder durch deren Verleumdung schließlich auf die Straße zu fliegen. Die Belegschaft wird um ihre Rechte zu kämpfen wissen.

Ueberall Sammlung von Munition

Die Merseburger Knochenmühle in der Front

Gegen Panzerkreuzer — für höhere Löhne

Hier nahm eine Belegschaftsversammlung der Königsmühle nach Entgegennahme eines Referats über die politische Lage, wobei besonders die Lohnpolitik der freien Gewerkschaften getreift wurde, zu diesen Fragen Stellung. Nach einer ausgiebigen Diskussion, an der sich viele Kollegen beteiligten, wurde folgende Resolution gegen die Stimme eines sozialdemokratischen Arbeiters, der nichts weiter anzuführen wußte, als daß man in einer Betriebsversammlung nur über „reine Betriebsangelegenheiten" sprechen dürfe, angenommen:

„Belegschaftsversammlung Königsmühle ist gewillt, den Volksentscheid gegen den Panzerkreuzerbau mit durchzuführen.

Sie verurteilt die Koalitionspolitik der sozialdemokratischen Führer, die auf Verschärfung der imperialistischen Kriegsgefahr hinausläuft. Insbesondere wendet sie sich gegen die reformistische Gewerkschaftsführung und ihren arbeiterfeindlichen wirtschaftspolitischen Kurs. Sie verurteilt die langfristigen Lohntarife und fordert deshalb die gesamte Belegschaft auf, sich den freien Gewerkschaften anzuschließen, im revolutionären Sinne zu arbeiten und für zwischentarifliche Lohnregelung zu kämpfen.

Nach Arbeitsschluß schleppen zur Einzeichnung

Du mußt zur Versammlung gehen

Dachdecker und Dachdeckerhilfsarbeiter, Halle. Sonnabend, den 13. Oktober, abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung im „Volkspark". Wichtige Tagesordnung. Der Vorstand.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019281010-16/fragment/page=0009

Merseburg-Leuna-Querfurt

Hört, Ihr Leute, laßt Euch sagen . . .

(Skizze)

Er hatte den Roten Frontkämpfern das Musikmachen nicht erlaubt. Er, der Herr Regierungspräsident. Er hatte sogar einem, der ihn darauf zur Rede stellte wegen dieser Sabotage des Volksbegehrens — 4 Wochen Gefängnis angeboten wegen sogenannter Beamtenbeleidigung.

Da kamen die Genossen auf eine Idee.

Abends gegen 8 Uhr, als sich alles im Städtle zur Nachtruhe anschickte, gings los.

Bim, bim, bim, tönte eine Glocke, so, als ob morgens der Milchmann kommt. Dann wurde laut und allen vernehmlich gerufen: „Hört, Ihr Leute, laßt Euch sagen, Ihr müßt Euch zum Volksbegehren eintragen auf dem Rathaus von 9 Uhr morgens bis 8 Uhr abends!"

Dann setzte ein Sprechchor ein. „Aha, wer kommt denn da?", schallte es durch die Gassen. — „Der Panzerkreuzer A", hieß es weiter und „hurrah!" machte das Echo. Alles blickte interessiert auf die Straße.

Der Vers ging weiter: „Da kommt noch B, C, D. — Die ganze SPD!"

„O weh, herrjeh", machte das Echo.

„Das nennt man Politik, die bricht uns das Genick; dagegen heißt es wehren, heraus, zum Volksbegehren!" Das war der Schluß, der Ausklang, den die rote Kuferkolonne sehr deutlich zu Gehör brachte.

Einzelne Stimmen ergänzten sich mit dem ganzen Chor. Und der Regisseur rief zum Schluß: „Wir wollen keine Panzerkreuzer, wir wollen Lohn und Brot!"

So gings durch die Straßen und Gassen, durch alle Arbeiterviertel. Und morgen werden nochmals Flugblätter verteilt. Dann setzt der Schlepperdienst von Haus zu Haus ein und wir werden sehen, daß sich alles, was bisher säumig war, zum Volksbegehren einzeichnet.

Bim, bim, bim. „Hört, Ihr Leute, laßt Euch sagen . . .

Merseburg. An alle! Am Freitag, 19 Uhr, auf dem „Roten Markt" Antreten zur Demonstration. Am Sonnabend um 20 Uhr Veranstaltung der „Roten Raketen" in der „Funkenburg".

Merseburg. Einem Unterkassierer der Roten Hilfe ist am Sonnabend bei seiner Kassiertätigkeit eine Blechschachtel folgenden Inhalts abhanden gekommen: 146 Rote-Hilfe-Marken, etwa 40 RFB.-Marken und 3,60 Mark in barem Gelde. Der ehrliche Finder wird gebeten, die Schachtel der Vorsitzenden der Roten Hilfe, Genossin Frieda Koenen, Seffnerstraße 4, zurück zu erstatten. Gleichzeitig seien die Mitglieder der Roten Hilfe und des RFB. darauf hingewiesen, daß sie jeden irregulären Verkauf von Beitragsmarken sofort zu unterbinden haben, d. h. also, daß Beitragsmarken nur von den bisher tätigen Unterkassierern entnommen werden dürfen. Im Interesse der Organisationen und des arbeitslosen Genossen, dem das Malheur passierte, ist zu hoffen, daß das Verlorengegangene sehr bald an die oben angegebene Adresse zurückgegeben wird.

Merseburg. Ein Autobrand entstand am Montag in der vorderen Teichstraße. Der Vertreter des „Volksblättle", Kurt Schlacht, kam mit seinem Auto von der Unterführung her, als plötzlich helle Flammen aus dem Motorkasten schlugen. Erschrocken sprang er aus dem Wagen, der brennend weiterfuhr (!) und dabei mit einem auf seinem Fahrrad daherkommenden Lehrling zusammenstieß. Der Anfall lief jedoch sehr glimpflich ab, da der junge Mann unverletzt blieb und nur das Rad beschädigt wurde. Den Besitzern eines zufällig vorüberfahrenden auswärtigen Personenautos gelang es, den Motorbrand mit einem Feuerlöscher zu ersticken. Schlacht, der wenig Geistesgegenwart bewies (er konnte an seinem Fahrzeug nicht mal das Gas abdrehen), hat sich bei der Geschichte den Oberschenkel etwas lädiert.

Groß-Kanna. In aller Stille soll nach dem Willen der Gemeindebehörde hier die Einzeichnung zum Volksbegehren vor sich gehen. Bis jetzt war die Einzeichnung noch sehr schwach. Die Parteigenossen müssen durch Auslinseln und Plakatanschlägen dafür sorgen, daß Eintragungszeit und Eintragungslokal genügend bekannt werden.

Schkeuditz. Vom Zuge zerstückelt. In der Nähe der Bahnwärterbude 13 am Freirodaer Weg warf sich der Fabrikant Michaelis aus Bleichrode vor einen D-Zug. Er wurde vollkommen zerstückelt.

Schkeuditz. Bei dem Winterfahrplan der Kraftpost Schkeuditz—Delitzsch wird auf folgende Aenderungen besonders hingewiesen: Fahrt II ab Delitzsch (bisher 7.50 Uhr) künftig 9.02 Uhr, an Schkeuditz (bisher 9.33 Uhr) 10.34 Uhr; Fahrt III ab Schkeuditz Post (bisher 10.55 Uhr) 12.40 Uhr, an Delitzsch (bisher 12.45 Uhr) 14.18 Uhr; Fahrt IV ab Delitzsch (bisher 13.00 Uhr) 14.29 Uhr, an Schkeuditz Bahnhof (bisher 14.45 Uhr) 15.50 Uhr. — Die Haltestellen Emmeritz Gasthof und Großlissa werden wegen zu schwachen Verkehrs aufgehoben.

Querfurt. Für Mutter und Kind werden im hiesigen Bezirk Säuglingswiegestunden abgehalten, die in den einzelnen Gemeinden Barnstädt, Oberreichstädt, Oberfarnstädt, Lodersleben, Remsdorf usw. abgehalten werden. Außer diesen Wiegestunden geschieht von der Fürsorge natürlich nichts, was eine wirkliche Verbesserung der Lage der Säuglinge der unteren Volksschichten bringen würde. Müssen doch die Proletarierfrauen fast Tag und Nacht arbeiten, um nur das Nötigste für die Ernährung ihres Nachwuchses zusammenzutragen. Wir haben eben noch nicht die Sozialfürsorge, wie sie der proletarische Staat Sowjet-Rußland hat.

Alteurode. Die Jagd der Besitzenden. Der etwa 660 Hektar große Jagdbezirk der Gemeinde wurde auf einen weiteren sechsjährigen Zeitraum an den Gutsbesitzer Kurt Seidler verpachtet. — Den Pachtzins für die Jagd zahlen praktisch die Gutsarbeiter von Seidler, an denen der Herr genügend verdient.

Es hat gerundfunkt!

Glosse zu den Berliner Vorgängen

Herr Dr. Schwarz, ein „Vorwärts"-Redakteur,
der hatte jüngstens häßliches Malheur;
denn just, als er zur Radiostunde wollte,
woselbst er Friedensphrasen dreschen sollte,
rief ihn noch jemand telephonisch an
von irgendwo, ein irgendwelcher Mann!

Und er vernimmt: „Wir schicken unser Auto hin
Herr Dr. Schwarz, da steigen Sie nur inn;
wir holen Sie zu ihrem Vortrag ab,
wir sind so frei, denn Ihre Zeit ist knapp."
Der Wagen kam. Herr Schwarz stieg ein, o Graus,
los ging die Fahrt — in finst're Nacht hinaus!

Dem „Vorwärts"-Onkel fing das Herze an zu klucksen,
er sah Revolverläufe, da wagt er nicht zu mucksen;
mit ihm im Auto saßen noch drei Leute,
die hatten an der Sache scheinbar große Freude;
denn einer meint: „Das ist 'ne feine Kiste,
Herr Schwarz, für Sie spricht heut' ein Kommuniste!

So war es auch. Die Radiohörer lauschten plötzlich,
sie fanden es teils schrecklich, teils ergötzlich,
daß einer da vom Panzerkreuzer sprach,
vom Volksbegehren und von Verrat und Schmach;
am Schlusse tönt's: Hinweg mit jeder Koalition,
Rot Front! Es lebe hoch die Sowjetunion!

Am andern Tag ging's durch alle Blätter
mit Spott und Hohn und auch mit Donnerwetter,
daß so ein Ding ward in Berlin gedreht
und daß die Polizei kam wieder mal zu spät.
Herr Dr. Schwarz, so hieß er einwandfrei
ist schwer blamiert, samt seiner Mordspartei!

Der Montag kam. Da fuhr per Uniergrund
ein gewisser Schiff, ein großer Schweinehund;
der Mann ist „Vorwärts"-Friedensredakteur,
er schmiert von Genf und andren Dingen mehr;
Kurzum, er tat Genossen Schulz erkennen,
und ihm die Faust gleich in die Brille rennen!

Was da entstand? — Jolenne Keilerei;
Herr Schiff bekam so manches ab dabei;
das war gewissermaßen noch der Punkt,
der so als Schluß ward hinterher gesunkt.
Im weiten Land zieht man daraus die Lehren,
erst recht, heißt es, geht's jetzt zum Volksbegehren!

Denn es versteht sich schließlich ja am Rande,
daß durch den Streich die Panzerkreuzerschande
aufs neue ward dem Volke vorgeführt,
was ja die Presse reichlich illustriert;
Was ist, das ist. Die SPD. bekam bei dieser Choje,
einen Klatsch — o weh, die schwarzrotgold'ne Badehose!

—helzer.

Nordhausen

Trotz Nordhäuser „Volkszeitung" — Volksbeg

Die „Volkszeitung" macht alle Anstrengungen, um die Ar
schaft vom Einzeichnen in die Listen zum Volksbegehren abzu
Arbeiter und Arbeiterinnen, denkt daran, daß auch hier in
hausen die SPD. während der Wahl mit einem Möbelwagen
die Stadt zog und gegen den Bau von Panzerkreuzern und
Liste 1 Propaganda machte. Heute ruft der radikale Kle
gemeinsam mit der „Allgemeinen Zeitung" die Bevölkerun
„Zeichnet Euch nicht ein!" Das ist die Einheitsfront zwi
SPD. und den Deutschnationalen für einen neuen Krieg
das Proletariat.

Arbeiter, wollt Ihr mit den Kriegstreibern in einer
stehen? — Nein! Dann müßt Ihr Euch zum Volksbegehren
zeichnen. Eintragungszeiten sind Werktags von 12 bis 1 Uh
von 5 bis 6½ Uhr. Sonntags von 10 bis 12 Uhr im Stad
zwei Treppen.

Nordhausen. Haussuchungen. Vorige Woche fuch
Kriminalpolizei bei einigen Parteigenossen nach einer Bro
die angeblich Beschimpfungen der SPD. enthalten sollte.
mußte aber mit leeren Händen wieder abziehen. Durch Mi
men der Kriminalpolizei wird sich die SPD. am allerme
bei der Arbeiterschaft von ihren Verrätereien reinwaschen k

Nordhausen. Das Einheitskomitee ruft! Am
fand in der „Eintracht" eine Besprechung aller Arbeiter
isationen statt. Am Schluß wurde ein Einheitskomitee für
begehren gebildet. Die Deutsche Friedensgesell
ließ schriftlich erklären, daß sie nicht an der Konferenz teil
kann, ihren Mitgliedern und Freunden aber die Beteiligung
Einzeichnen empfehle. Die Organisationen rufen die Arbei
auf, sich zum Volksbegehren rege einzutragen.

Nordhausen. An alle Freidenker! Der Vorsitz
Verbandes für Freidenkertum und Feuerbestattung fordert
Mitglieder auf, sich nicht am Volksbegehren zu beteiligen,
ein Zeichen, daß er die Panzerkreuzerpolitik der sozialdemokra
Minister billigt. Die Freidenker-Mitglieder stehen doch
noch auf dem Boden des proletarischen Klassenkampfes, de
fordert die Opposition alle Mitglieder auf, sich entgegen
schlusses des Verbandsvorstandes in die Listen für das
begehren einzutragen.

Aus dem Saalkreis

Bölberg-Wörmlitz. Die am Sonntag stattgefun
Demonstration gegen Panzerkreuzer und Kriegsge
staltete sich zu einer wuchtigen Kundgebung. Die Rede be
nossen Mertins, der hauptsächlich über die Verschleppung
der Sozialdemokratischen Partei sprach, überzeugte die
daß es ihre Pflicht ist, sich am Volksbegehren zu beteiligen.

Ammendorf. Die Arbeiter-Samariter-Kol
beginnt am Donnerstag, dem 11. Oktober, abends 8 Uhr
diesjährigen Lehrgang in der „ersten Hilfe bei Unglücksf
„Krankenpflege" unter ärztlicher Leitung. In Anbetracht
mehrenden Unfälle im öffentlichen Leben sowie im Sport
wird es der Einwohnerschaft empfohlen, sich an diesem Le
zu beteiligen, der kostenlos jeden Donnerstag in der
Schule zu Radewell stattfindet.

Ammendorf. Wild gewordener Dampfpflug
8. Oktober gegen 13.15 Uhr geriet in Ammendorf in der
straße ein Dampfpflug, dessen Getriebe aussetzte, nach ri
ins Rollen. Hierbei wurde vor dem Grundstück Nr.
Gartenmauer und ein elektrischer Leitungsmast umgerissen
Bürgersteig beschädigt. Personen wurden nicht verletzt.

Ammendorf. Achtung, Metallarbeiter! Dor
den 11. Oktober, nachmittags 5 Uhr, im „Schützenhaus" ein
Betriebsversammlung der Metallbetriebe Lindner, Fegel
ler.

Ammendorf. Achtung, Leuna-Arbeiter! Da
zum Volksbegehren liegen am Mittwoch und Donnerstag
1 Uhr und nachmittags von 4 bis 7 Uhr im Gemeindeverwa
gebäude, Zimmer Nr. 23, aus. Benutzt diese Zeit zu
zeichnen!

Döllnitz. Auf zur Filmaufführung! Am Don
dem 11. Oktober, abends 8 Uhr, im Gasthof „Zum goldenen
gelangt zur Aufführung der von der gesamten Presse
kritisierte Film „Jeremias Crainquebille" (Tragödie eines
Mannes). Ein soziales Gemälde nach der Novelle von
France. Es gehen alle werktätigen Männer und Fra
Donnerstagabend zu dieser Filmaufführung.

Könnern. Den Stiel einer Mistgabel in der
gerannt. Auf dem Wege vom Acker rannte sich eine rab
Frau den Stiel einer Mistgabel in den Leib, die sie an
gebunden hatte. In schwerverletztem Zustande brachte
Frau nach Bernburg.

Etappe Gent

und

Erotik und Spionage in der Etappe Gent

Von Heinrich Wandt

58] Copyright by Aufs-Verlag Berlin-Wien

Auch von der schönen Stadt Kortrijk aus wurden immer wieder Brieftauben ins feindliche Lager entsandt.

Eine wurde eines Tages abgeschossen, und aus der Tinte, mit der die Nachricht geschrieben worden war, die dem Gegner zugute gekommen wäre, zog man den Beweis für ihren Abtender.

Dr. Koelitz aus Berlin, der der Chemischen Untersuchungsstelle des Etappenarztes angehörte, stellte durch eine Analyse einwandfrei fest, daß die Tinte des verdächtigen Brieftaubenbesitzers dieselbe war, mit der die Nachricht auf das Zettelchen geschrieben wurde, das die abgeschossene Brieftaube an einem Ringe bei sich trug.

Der unglückliche Mann machte vergebens geltend, daß auch noch andere Leute dieselbe Art von Tinte zum Schreiben benutzen würden. Er wurde erbarmungslos an die Wand der Kortrijker Reiterkaserne gestellt und erschossen.

Ein Feldwebel der Brieftaubenabteilung Gent, namens Wilms von Eupen, der es dank seiner Kriegerheele und seinem vor nichts zurückschreckenden Ehrgeiz in ganz kurzer Zeit vom einfachen Manne bis zum „Spieß" und zum Eisernen Kreuz zweiter Klasse brachte, suchte das Eiserne erster dadurch zu erreichen, daß er angab, er hätte eine nicht-internierte Brieftaube abgeschossen und bei dieser eine Nachricht gefunden, die für das feindliche Lager bestimmt gewesen sei.

Als Beweis seiner „Heldentat" lieferte er einen englischen Brieftaubenring und ein beschriebenes Zettelchen ab, das tatsächlich Nachrichten enthielt, die für die Feinde von Nutzen gewesen wären.

Die Mangelhaftigkeit der zu Hilfe genommenen französischen Sprache machte aber die Sache verdächtig, und der Feldwebel erhielt nicht das Eiserne Kreuz erster Klasse, mit dem später jeder gute Butterlieferant im Offiziersrock ausgezeichnet wurde, sondern Untersuchungshaft.

Als er dann seinen Betrug eingestanden hatte, geschah ihm weiter nichts. Man versetzte ihn nur aus dem schönen Gent an einen weniger gastlichen Ort, fern von den fetten Fleischtöpfen der Etappe Gent und den Venuspriesterinnen des Cafés Leonidas.

Wäre aber sein Schwindel nicht an den Tag gekommen, so hätte er sicher den erstrebten Orden und die Stadt Gent eine Riesenkontribution auferlegt bekommen.

„Kriegsverrat"

Die Entdeckung der feindlichen Spione und das Auffinden von Nachrichten-Organisationen der Entente hinter der deutschen Kampflinie bildete in erster Linie die Aufgabe der Geheimen Feldpolizei. Sie unterstand im Operations- und Etappen-Gebiet der vierten Armee dem Geheimen Feldpolizei-Kommissar Dr. Dirr, der vor dem Kriege einen entsprechenden Posten an der Dreiländer-Ecke bei St. Ludwig, Basel und Mühlhausen i. E. bekleidete und seinerseits wieder dem Nachrichten-Offizier beim AOK. 4, Hauptmann Wilhelm Staehle, unterstellt war, der während der ganzen langen vier Jahre des großen Völkermordens bald in Thielt und bald in Roubaix, aber jedenfalls immer fern vom Schuß, herrliche Zeiten verlebte und für dieses treue Ausharren von dem dankbaren deutschen Vaterlande mit dem gesamten „Klempnerladen" belohnt wurde, indes die große Mehrzahl seiner aktiven Kameraden an der Front den Heldentod sterben oder sich zum Krüppel schießen lassen mußte.

Dr. Dirr selber, der stets sehr schneidig und brutal auftrat, galt als ungewöhnlich tüchtig und erhielt darum in der Etappe Gent als einer der ersten das Eiserne Kreuz I. Klasse auf die linke Bauchseite gehängt. Er konnte ja auch schließlich nichts dafür, daß die gefährlichsten feindlichen Spione, wie z. B. der Chauffeur de Witte aus Ter Neuzen, viel gerissener als er und seine Beamten waren. Aus einem schnauzenden Unteroffizier ist noch nie ein Sherlock Holmes geworden.

Einen Spion zu entlarven und festzunehmen, bildete den höchsten Wunsch eines jeden Feldgendarmen und Militärpolizisten und auch der meisten anderen „Etappenschweine". Dieser „Heldentat" winkte ja nicht nur das Eiserne Kreuz und eine baldige Beförderung, sondern sie eignete sich auch trefflich dazu, die eigene Unabkömmlichkeit aus der kugelsicheren und ach (!) so schönen Etappe darzutun und gut zu festigen, so daß man dem von den Bier vertilgenden Heimkriegern so viel besungenen „Heldentod", der vorn im Schützengraben dräute, noch ständig weiter, ätsch (!) eine lange Nase machen konnte.

In Gent gab es eine große Anzahl von Etappen-Offizieren, die des Nachts, sobald sie sternhagelvoll waren, in jedem Zivilisten einen feindlichen Spion witterten und jeden Lichtschimmer, der aus einer Fensterritze auf die dunkle Straße hinausdrang, für das Signal eines Entente-Agenten ansahen.

Es passierte sehr häufig, daß solche Trunkenbolde im Offiziersrock des Wege kommende Soldaten aufforderten, einen „Spion" festzunehmen oder unter Anwendung von Gewalt in ein „verdächtiges" Haus einzudringen, um darin nach dem Agenten zu suchen, vermeintlichen Lichtsignale gab.

Die Spionage wird bekanntlich zu Kriegszeiten in allen gegenseitigen Abschlachten beteiligten Staaten mit der Tod geahndet, und zwar zumeist mit der Hinrichtung in der schimpf Form. Und bei der Aburteilung durch die Militärs spielt Frage, ob sie sogenanntem Patriotismus entsprang oder purem Eigennutz oder reiner Abenteuerlust ausgeübt wurde haupt keine Rolle.

Der Belgier oder Franzose, der sich in dem von den Deutschen besetzten Gebiet seiner Heimat mit Spionage befaßte, wurde vornehrein, daß es ihm unerbittlich an Kopf und Kragen ging, wenn seine gefährliche Tätigkeit dem Okkupanten zur Kenntnis kam. Aus diesem Grunde gaben sich ihr verhältnismäßig wenig Leute hin, und die Verurteilungen, die wegen vorsätzlichen Ausspähens militärischer Geheimnisse erfolgten, bildeten darum auch die Minderheit der mit der standrechtlichen Erschießung bestraften „Verbrechen wider die Sicherheit des Heeres".

Die folgende auch in Gent öffentlich angeschlagene Warnung, die am 1. April 1916 auf dem Tir National*) zu Brüssel Hinrichtung der knapp zwanzigjährigen Verkäuferin Gabrielle betrifft, deren Andenken das im Herbst 1927 in der Landeshauptstadt feierlich enthüllte Denkmal sowie eine Stiftung gewidmet ist, die ihren Namen trägt, bezeugt, daß solchen Fall vorsätzlichen Ausspähens deutscher Heeresbe

„Bekanntmachung.

Durch feldgerichtliches Urteil vom 2. März 1916 wurde
Verkäuferin **Gabrielle Petit aus Molenbeek**
wegen Spionage
zum Tode
verurteilt.

Die Beschuldigte Petit hat nach eigenem Eingeständnis hohe Bezahlung einem Eisenbahn-Spionagedienst eingeräumt, mehrere Monate hindurch die durch ihre angestellten Spione lieferten Berichte dem feindlichen Nachrichtendienst übermittelt.

Das Urteil wurde an ihr vollzogen.

Brüssel, den 4. April 1916.

Der General-Gouverneur in Belgien
Freiherr von Bissing.
Generalleutnant.

(Fortsetzung folgt)

*) Nationales Schießstand.

Soeben ist in Buchform erschienen: Wandt: „Erotik und Spionage in der Etappe Gent", Preis kartoniert 3 Mk. „Etappe Gent", kartoniert 3,50 Mk. Zu beziehen durch die Arbeiterzeitungsbuchhandlung Halle, Großschlachtenstraße 14, und deren auswärtige Filialen oder durch alle „Kleinkaliber"-Buchhandlungen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019281010-16/fragment/page=0010

Weißenfels-Naumburg-Zeitz

eiter-Sport- und Kulturkartell Weißenfels ruft

Heraus zur öffentlichen Versammlung!

Freitag, dem 12. Oktober, große öffentliche Versammlung umanns Garten. Anfang 20 Uhr. Es spricht über freigeistige ung Genosse Lindner-Leipzig. Gleichzeitig erfolgt terstützung von der Spartakiade in Moskau. Es ist Pflicht angeschlossenen Organisationen, zu erscheinen. Gestaltet diese staltung des Arbeiter-Sport- und Kulturkartells zu einer ckvollen Kundgebung für die Einheit aller proletarischen nisationen auf dem Boden des Klassenkampfes.

Weißenfelser Naturfreunde dem Volksentscheidskomitee angeschlossen

ch Verbotes der Reichsleitung stellen sie ihren Delegierten

chdem in der letzten Mitgliederversammlung der Naturfreunde Resolution gegen den Panzerkreuzerbau angenommen wurde die Reichsleitung aufgefordert wurde, den Volksentscheid terstützen, kam die Antwort von dort, daß man wohl gegen anzerkreuzerbau sei, daß aber keine Ortsgruppe der Natur- de das Volksbegehren unterstützen dürfe! Nun haben die enfelser Naturfreunde bei ihrer letzten Zusammenkunft be- n, trotz der Gegnerschaft der Reichsleitung, einen Delegierten s Volksentscheidskomitee zu entsenden. Der Beschluß wurde nmig gefaßt Bezeichnend ist, daß sich bei der Wahl die emokratischen Mitglieder der Stimme enthielten (!), nd sie bei der Resolution gegen den Panzerkreuzerbau mit ie stimmten Sie haben also Angst vor ihren Genossen in Reichsleitung bekommen? Wir hoffen, daß sie sich in Zukunft die Spaltungsmaßnahmen der sozialdemokratischen Führer- einsetzen und nicht von ihrer parteipolitischen Einstellung lles unterstützen, was die Spitzen unternehmen.

e Schandstreiche der Freidenkerbureaukratie gegen die Opposition

allgemeine Abfuhr, die die Freidenkerbureaukraten in m Bezirk bei der Berichterstattung über die Karlsruher alversammlung erhielten, hat diese zu ganz rigorosen Maß- n gegen die Opposition veranlaßt. Man kann getrost von hoh die Bezirksleitung Leipzig unseren Genossen Patzer in n folgenden Brief sandte:

„Werter Genosse!

er Mitgliederversammlung vom 28. September d. J. haben t dazu beigetragen, daß wüste Tumultszenen entstanden. ben auch angesichts der Versammlung den Bezirkssekretär, n Graul, mit Schlägen bedroht und ihn des Saales ver- wollen. Da diese Handlungen ganz zweifellos eine ver- chädigende Handlung darstellen, eröffnen wir hiermit gegen n Ausschlußverfahren. Ihre Rechtfertigung bitten wir bis d. M. nach hier zu richten."

Mit Freidenkergruß

Unterschrift.

enker-Genossen, hieran seht Ihr, wohin die Reise geht. rft recht die Reihen der Opposition und laßt Eure Besten schließen. Schärft den Kampf den Spaltern und Organi- schädlingen.

enfels. Achtung, Werktätige! Die Eintragung olksbegehren ist noch sehr schwach. Hast Du Genosse, Ar- eure, Dich schon eingetragen? Hast Du in Deinem Hause ohner und in Deinem Betriebe schon Deine Kollegen über olksbegehren informiert? Die Eintragungen finden noch 16. Oktober statt. Die Eintragungsstellen sind für die ge- lstadt einschließlich der Bahnhofstraße und am Bad: Rat- Eingang Marienstraße, für die gesamte Neustadt: Stadt- Volkshaus, Zimmer neben der Kegelbahn. Alle Kranken- ollen im Krankenhaus. Eintragungszeit Werktags von 9 Uhr und 15 bis 20 Uhr. Sonntags von 9 bis 13 Uhr. ngt Euch alle ein, wartet nicht bis zum letzten Tag.

enfels. Wo bleibt die Verkehrspolizei? Am , 14.30 Uhr, wurde in der Saalstraße, Ecke Jüdenstraße, ein angefahrener vier Jahre alt) überfahren. Natürlich ein Ar- beiter. Arbeiterkinder sind schutzlos den Gefahren der Straße gehen. Von einem Augenzeugen wird uns folgendes mit- Ohne zu hupen und fast rechts zu fahren, kommt an Straßenseite von der Post her ein Motorradfahrer und über- ein Mädchen. Der Mutter erklärt der Fahrer ganz frivol: in in der Hafpflicht, hier ist meine Nummer und mein Es sah gerade aus, als wenn er sagen wollte, weil ich in der Haftpflicht bin, deshalb kann ich Arbeiterkinder überfahren. Wo war denn an dieser so gefahrvollen und verkehrsreichen Straße der Verkehrsposten? Man braucht wohl die Beamten für andere Zwecke?

Weißenfels. Eine Nachtarbeiterkolonne festgenommen. Die hiesige Kriminalpolizei hat die Nachtarbeiter, die in den umliegenden Ortschaften von Weißenfels in der letzten Zeit Einbruchsdiebstähle verübten, festgenommen. Die Täter sind zum Teil geständig.

Roßleben. Im Ortsrichteramt lief die amtliche Meldung ein, daß die Eingemeindung des Gutsbezirks Kloster Roßleben in den Gemeindebezirk Roßleben vom 1. Oktober an als vollzogen gilt. Die durch Verschmelzung unausbleiblichen Ausgleichsverhandlungen sind vorläufig zurückgestellt.

Zeitz. Unsere „Linken" als „Klassenkämpfer"... Mit was für Mittel und Methoden man den „Klassenkampf" führt, wenn man erst in Amt und Würden ist, zeigt folgendes Beispiel: Der Arbeiter Sch. ist schon längere Zeit arbeitslos und bezieht Armenunterstützung. Jetzt war es ihm endlich gelungen, Arbeit zu finden. Einen Tag später konnte er aber ebenfalls durch den Arbeitsnachweis Arbeit (Rübenroden) bekommen. Diese konnte er nun aber aus oben angeführtem Grunde nicht mehr annehmen. Nun höre und staune Prolet, was dem Betreffenden geschah: Die Unterstützung für die letzten Tage wurde selbstverständlich gesperrt. Aber dieses war noch nicht genug. Eine Vorladung kam ihm auf den Tisch geflattert, aus der hervorgeht, daß er sich auf dem Armenamt zu melden habe. Sollte er sich nicht freiwillig dort melden, so erfolge zwangsweise Vorführung. Unterzeichnet ist die Vorladung mit: Der Magistrat. — Der Sozialdemokrat Schulze ist der zuständige Deserent.

Zeitz. Die Vater-Jahn-Straße, zwischen der Karl-Marx-Straße und der Blücherstraße, wird wegen Vornahme von Pflasterarbeiten bis auf weiteres für den Fuhrwerksverkehr gesperrt.

Kretschau. Kommunale Veränderung. Mit dem 1. Oktober trat hier eine kommunale Veränderung von größerer Bedeutung ein. Die bisherigen Gemeinden Groitzschen und Kretschau mit dem Gutsbezirk Räthern wurden durch Entscheidung des Preußischen Staatsministeriums zu einer neuen Landgemeinde Kretschau vereinigt. Die Umwälzung hat natürlich im Lager der Groitzscher Kirchturmspolitiker Erregung hervorgerufen. Nach dieser Entscheidung hat nun der Vorsitzende des Kreisausschusses in Weißenfels unter Zustimmung des Kreisausschusses für diese neue Landgemeinde eine kommissarische Gemeindevermaltung, bis zur Neuwahl die Geschäfte zu erledigen hat, eingesetzt. Die bisherigen Gemeindevertretungen sind außer Funktion gesetzt. Als kommissarischer Gemeindevorsteher wurde der neugewählte Gemeindevorsteher von Kretschau, Genosse P. Geisler, ernannt. Der bisherige Gemeindevorsteher Schumann, Groitzschen, und bisherige Gutsvorsteher Oberinspektor Bratfisch, Räthern, sind als kommissarische Schöffen eingesetzt. Während die bisherigen Gemeindeschöffen Schlegel und Gerber, Kretschau, und Eisfeld und Pippel, Groitzschen, als kommissarische Gemeindevertreter tätig sind. Das Gemeindebureau befindet sich bei W. Helmig, Siedlung. Die Geschäftsstunden sind von Montag bis Freitag in der Zeit von 5 bis 7 Uhr und Sonnabends von 3 bis 6 Uhr festgelegt.

Hannsburg. Für die hiesige Arbeiterschaft lautet die Parole: Am Sonnabend, dem 13. Oktober, 20 Uhr, alles nach Breitenbach in die öffentliche Freidenker-Versammlung.

Hannsburg. Schwindelgesellen in alle Emigkeit. Im Artikel „Wir warnen" in der Montagausgabe des „Volksboten" steht geschrieben, daß das Kulturkartell sich dazu hergegeben habe, Handlangerdienste für den kommunistischen Panzerkreuzerrummel zu leisten. Mit 7 gegen 6 Stimmen wäre beschlossen worden, daß das genannte Kartell die Durchführung des kommunistischen Schwindelmanövers übernehmen soll! Arbeiter, Genossen, dies entspricht nicht den Tatsachen. Mit 5 gegen 4 Stimmen hat sich das Kartell für die Durchführung des Volksentscheids ausgesprochen. Und mit 7 gegen 6 Stimmen wurde lediglich beschlossen, nochmals einen Aufruf für Einzeichnung zum Volksbegehren und für die Unterstützung der Sammeltätigkeit zu erlassen. Mitglieder des Kulturkartells und Arbeiter von Hannsburg und Umgebung, im Statut des Kartells steht als erster Punkt: Der Zweck des Kartells ist, in allen Fragen im Sinne des Marxismus auf die Arbeiterschaft einzuwirken. Nun urteilt selbst, ob die Frage der Kriegsrüstung nur eine Frage der KPD. ist oder eine Frage des gesamten Proletariats? Die Antwort wird einstimmig sein und darum kann es nur eins geben, nämlich Einzeichnen für das Volksbegehren.

Achtung! Geschütz fertig — Salve — Feuer!

Wenn dieses Kommando auf dem Panzerkreuzer A ertönt, speien 12 schwere, 8 bis 10 mittlere und 15 leichtere Geschütze Tod und Verderben gegen den „Feind".

Granaten schlagen ein und reißen alles in tausend Fetzen. Zuckende Menschenleiber wälzen sich in ihrem Blute, weil es der Kapitalismus will. — Massenmord!!

Wollt Ihr das Arbeiter? Nein! Zeichnet Euch ein zum Volksbegehren, gebt auf die Sammellisten der KPD.

„Flieg, Zeppelin, flieg ... in den nächsten Krieg"

(Kinderkorrespondenz)

Heute mittag hat mir der Fritz erzählt, bei ihm in der Klasse haben sie die ganzen letzten Tage über den Zeppelin geredet. „Wer?" frag ich. „Na, der Lehrer." „Was hat denn der gesagt?" „Daß der neue Zeppelin ein Wunderwerk ist, wie es nur die Deutschen fertig bringen, und daß wir viele solcher Zeppelins brauchen, damit sie das Vaterland beim nächsten Kriege gegen die Feinde verteidigen." Das ist ja eine schöne Hetzrede, die der Lehrer da gehalten hat, hab ich gesagt, und dann hab ich dem Fritz erzählt, wie's um den neuen Zeppelin steht. Weil aber sicher sehr viele Lehrer und Lehrerinnen so ähnlich geredet haben wie dem Fritz seiner, will ich's gleich allen kleinen Lesern des „Klassenkampf" sagen, was ich davon denke.

Wir, das heißt: das Arbeitervolk, brauchen keine Zeppelins zum Kriege, weil wir gar keine Lust haben, uns mit den französischen oder englischen oder russischen Arbeitern gegenseitig totzuschießen. Nur die Kapitalisten brauchen Zeppelins zum Krieg und andere solcher Kriegswaffen, weil sie andere Völker unterjochen wollen, um sie ausbeuten zu können.

Wir, das heißt: die deutschen Arbeiter haben auch kein Vaterland zu verteidigen, weil wir in Deutschland doch nur geknechtet sind, kein Recht haben und darben müssen; nur die deutschen Kapitalisten haben ein Vaterland, wo sie alle Rechte haben, ein üppiges Leben führen und die Arbeiter wie Sklaven behandeln können.

Wir Arbeiter werden auch mal ein Vaterland haben, aber erst dann, wenn wir die Kapitalisten fortgejagt und den Arbeitern die Freiheit errungen haben und Deutschland eine Arbeiterrepublik ist.

Aber die Kapitalisten wollen, daß die Arbeiter wieder so dumm sind, sich für die Kapitalisten totschießen zu lassen. Darum lügen sie ihnen vor, sie müßten ihr Vaterland verteidigen. Und die Lehrer und Lehrerinnen machen dasselbe mit den Arbeiterkindern.

Der Zeppelin ist ein Wunderwerk der Technik, hat der Lehrer gesagt. Ja, aber ein Wunder-Mordwerkzeug! Wenn es wieder Krieg gibt, dann werden die Zeppeline schwere Bomben mit giftigen Gasen auf die Städte werfen, daß alle Menschen ersticken müssen, die Kinder und Frauen wie die Männer. Aber wir Arbeiterkinder wollen nicht, daß unsere Brüder und Schwestern oder unsere Väter und Mütter in solchen Kriegen ums Leben gebracht werden! Deshalb können wir uns gar nicht über ein solches „Wunderwerk" freuen, das doch nur dem Kriege dienen soll!

Wenn die Lehrer und Lehrerinnen den Arbeiterkindern vorerzählen, daß sie sich freuen sollen über den neuen Zeppelin, dann müssen ihnen die Arbeiterjungen und -mädchen antworten: Wir wollen keinen neuen Krieg, darum wollen wir auch keine Kriegswerkzeuge wie den Zeppelin, und es ist abscheulich, wenn die Lehrer und Lehrerinnen die Kinder für den neuen Krieg begeistern wollen. Die Arbeiter müssen die Kapitalisten und alle, die ihnen helfen, aus dem Lande treiben, damit die Kapitalisten nicht wieder neue Kriege machen können!

Mansfeld-Sangerhausen

Volksbegehren in Oberröblingen

Eine Arbeitertzu schreibt uns:

„Ich möchte mir einmal erlauben, meine Ansichten zu schildern betreffs der Volksentscheidsbewegung. Ich habe mich in unserem Orte als eine der ersten eingezeichnet. Da merkte ich, daß die Beteiligung seitens der Bevölkerung bei der Einzeichnung sehr schlecht war. Das kommt daher, weil sich viele Einwohner scheuen, nach dem Gemeindeamt zu gehen. Dort sitzen die Beamten und passen ganz genau auf, wer sich alles einträgt. Aus diesem Grunde wagen viele nicht sich einzutragen. Sie fürchten, daß sie dann auf alle Art schikaniert werden. Zum Beispiel wird es niemand aus der Familie des Gemeindediener wagen, sich einzuzeichnen und wenn die betreffenden Familienmitglieder wirklich mit dem Proletariat fühlen und denken. Der Gemeindediener erhält eben aus der Gemeindekasse Lohn und Brot und da glaubt er, daß er sein Stillschweigen muß. Natürlich ist dieser Standpunkt verkehrt, und wir müssen jetzt alles datumsehen, daß er gebrochen wird. Die Oberröblinger Einwohnerschaft braucht sich von niemand, der auf dem Gemeindeamt sitzt, einschüchtern zu lassen. Deshalb, Genossen, gehen wir von Haus zu Haus und klären hier alle auf."

Wendelstein. Auf Beschluß des Kreisausschusses wird der Gutsbezirk Wendelstein als solcher aufgehoben. Derselbe wird nunmehr eine Landgemeinde bilden, mithin bei den Kommunalwahlen (!) die für die Verwaltung einer Gemeinde vorgeschriebenen Körperschaften zu wählen haben.

Sprechstunden der Redaktion täglich außer Montags und Sonnabends von 12 bis 1 Uhr vormittags und 4–5 bis 6 Uhr nachmittags. Sonnabends nur eine Sprechstunde von 7 bis 8 Uhr. Montags keine Sprechstunde

Der Kampf der Freidenker

I.

Diktaturmaßnahmen der sozialdemokratischen, zusammen- nen Mehrheit der Frankfurter Generalversammlung, die ilfe, die Beitragserhöhung um 50 Prozent, die Satzungs- ngen, die Ablehnung aller kulturpolitischen Anträge der ion haben in der Mitgliedschaft des Verbandes eine unge- Erregung hervorgerufen.

50 Prozent aller bisher stattgefundenen Mitgliederversamm- haben sich gegen die Beschlüsse der Generalversammlung n den rückständigen Mißbrauch des Verbandes zur Unter- der sozialdemokratischen Koalitionspolitik (Panzerkreuzer- gemendet.

Mitglieder werden sich immer mehr klar, daß der Freidenker- , ebenso wie die übrigen Massenorganisationen der Arbeiter- die Gewerkschaften, die Sportorganisationen, der Arbeiter- ter-Bund, als Gegengewicht gegen die immer stärker ersicht- nsbewegung in der deutschen Arbeiterschaft zu Stützpunkten tteten sozialdemokratischen Führerschaft ausgebaut werden

nem Artikel des sozialdemokratischen Pressedienstes hieß es nkfurt:

wünschen, daß das Aufräumen ebenso gelingen möge, wie den Arbeitersportlern in Leipzig endlich gelungen ist."

II.

alb die Einführung der Hauskassierung in Berlin. Deshalb ngung aller Bezirkskonferenzen, in denen der oppositionelle er Mitgliedschaft und der Protest gegen die Spaltungs- durch oppositionelle Mehrheit zum Ausdruck gekommen war Berlin, Leipzig!) Deshalb die Urwahlen in Berlin und ilosmachung der Mehrheit der Berliner Mitgliedschaft da- ß man trotz Mehrheit bei den Urwahlen 42 sozialdemokra- elegierte nach Frankfurt entsandte! Deshalb die Nieder- ung der Opposition in Frankfurt! Deshalb der Beschluß in rt gegen Statut und üblichen Brauch, daß Anträge 25 Unter- tragen müssen; deshalb kein kulturpolitisches Referat und en unter allem Niveau stehende Hetzreden von Sievers und n; deshalb die Ausschlüsse, um alsdann mit Dreiviertel- die Vorstandsstatuten und Beitragserhöhungen durchdrücken zu können; deshalb die Ablehnung des Oppositionsantrages, daß der Zweck des Verbandes die Verbreitung der marxistischen Weltanschauung sein müsse; deshalb die Aufgabe der alten Forderung der Einheitlichkeit und Weltlichkeit des gesamten Schulwesens zugunsten der sozialdemokratischen Forderung der Gründung einzelner weltlicher Schulen (Weimarer Schulkompromiß); deshalb die Ablehnung der Verpflichtung für die Mitgliedschaft, ihre Kinder vom Religionsunterricht abzumelden (ein für eine freigeistige Organisation unerhörter Beschluß!)

Alle diese Maßnahmen verstoßen zu 100 Prozent gegen die Interessen einer freigeistigen Organisation. Sie müßten, wenn der geknebelte Wille der Mitgliedschaft, wenn Demokratie statt Diktatur und sozialdemokratischer Parteivorstandsbefehl herrschte, einen hundertprozentigen Ausschlußgrund gegen die Vertreter dieser Maßnahmen, angefangen von Sievers, Rückert bis zu den kleineren Graul und Grundmännern, bilden.

III.

Aber täuschen wir uns nicht! Hier geht es nicht mehr um Demokratie, hier geht es nicht mehr um Recht! Hier haben die Sievers-Leute um ihrer Sinekuren willen versucht, wie Peter, der Vorsitzende der Reichsarbeitsgemeinschaft freigeistiger Verbände in der August-Nummer seiner Verbandszeitschrift „Die Geistesfreiheit" ausführt, „die Machtfrage zu lösen", indem man eine Reihe Führer der Opposition ausschloß und die Satzungen so gestaltete, daß man hofft, mit ihnen den Willen der — parteipolitischen, zusammengeschobenen — Mehrheit durchzusetzen. Hier wurde das Interesse der gesamten freigeistigen Bewegung verletzt. Die RAG. hätte deshalb alle Ursache, einzugreifen. Die IMV. (Internationale proletarischer Freidenker) hätte die Pflicht, einzugreifen.

IV.

Die RAG. wird es nicht tun. Hier herrscht Sievers.

Hier vermag nur eines. Hier handelt es sich darum, ob die Massen, die Mitgliedschaft es sich gefallen lassen will, daß ein Verband mit 1 600 000 Mitgliedern in seinem eigensten Gebiet sozialdemokratischer Koalitionspolitik — Panzerkreuzerpolitik untergeordnet werden soll und die bisherige Kulturreaktion des Bürgerblocks unter sozialdemokratischem Schutz fortgeführt werden soll, und behabt der Verband für Freidenkertum zu einem SPD.-Brennnesselverein werden soll.

Es handelt sich darum, ob die Mitgliedermassen zugeben wollen, daß die heutige sozialdemokratische Politik, die grundsätzlich mit proletarischem Freidenkertum in Widerspruch steht (siehe Bund religiöser Sozialisten) einen Schutzschirm im Verband erhält.

Es handelt sich darum, ob die Mitglieder entscheiden oder Sievers.

V.

Die Mitgliedschaft fordert deshalb:

1. Durchführung eines entschiedenen Freidenkeraktionsprogramms auf marxistischer, alle Koalition mit Kirchenparteien ablehnender Grundlage.
2. Kampf für die Trennung zwischen Kirche und Staat. Ablehnung aller Mittel an Kirchen und deren Wohlfahrtseinrichtungen.
3. Kampf für die Einheitlichkeit und Weltlichkeit des gesamten Schulwesens, gegen die Zerschlagung der Volksschule durch Gründung konfessioneller und weltlicher Schulen.
4. Abschaffung des Gotteslästerungsparagraphen, Kampf gegen die Abtreibungsgesetze, Verweltlichung des Fürsorgewesens.
5. Kampf gegen alle religiös-sozialistischen und sonstige religiös-philosophischen Strömungen, wie sie sich als ideologische Ergänzung in der Sozialdemokratie breitmachen.
6. Weitgreifende antireligiöse Aufklärung und Erziehung der Massen nach den Gesichtspunkten der Internationale proletarischer Freidenker und marxistischen Methoden.
7. Vorbereitung des Widerstandes gegen das neue Schulgesetz.
8. Verbindung der Freidenkerarbeit mit dem Tageskampfe des Proletariats.
9. Kartellbildung mit allen proletarischen Parteien und Organisationen, die bereit sind, den Kampf in dieser Richtung mit allen Kräften zu führen.
10. Anschluß an die Volksentscheidsbewegung gegen Panzerkreuzer.
11. Ungültigerklärung der Frankfurter Generalversammlung und ihrer Beschlüsse, Zurücknahme der Ausschlüsse, Herstellung proletarischer Demokratie im Verbande, Einberufung einer neuen Generalversammlung nach genügender Diskussion unter Beachtung der gültigen, vor Frankfurt vorhandenen Statuten.
12. Im Leipziger Bezirk und in Leipzig: Sofortige Einberufung einer Bezirkskonferenz, Rücktritt des unrechtmäßigen Bezirksvorstandes, Wiedereinsetzung der rechtmäßig gewählten Ortsleitung, Ungültigerklärung aller Maßnahmen der unrechtmäßigen Bezirks- und Ortsleitung.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019281010-16/fragment/page=0011

Delitzsch-Torgau

Mit dem Lastauto auf Propagandafahrt

Werbetour der Delitzscher Genossen für den Volksentscheid

Volksentscheid gegen Panzerkreuzer. Die Einzeichnungslisten liegen in Stadt und Land aus. Die Arbeiter in den Fabriken der großen Städte wissen zumeist, wie sie zu entscheiden haben. Nun gilt es, auch den Landarbeitern und kleinen Handwerkern Aufklärung zu bringen. Darum ging es hinaus aufs Land.

In Delitzsch am letzten Sonntag frühmorgens. Schon von weitem kann man die ersten sich sammeln sehen. Bald sind alle beisammen und auch die Autos kamen herangeknurrt. Alles sucht sich einen Platz, bald ist auch alles verstaut und fort geht's. Zuerst mit Sang und Klang durch das erwachende Delitzsch. Weiter, weiter — hinein in den Morgen. Chausseen, sonnige Landschaft, das erste Dorf. Trara, trara, unser Trompeter schmettert. Verschlafene erstaunte Gesichter blicken auf unsere Transparente. Aha, hier und dort scheint ein freundlicher Gruß. Natürlich trägt uns der Wagen von Ort zu Ort. Wir passieren auch manches Stahlhelmnest. Aber überall werden mit den Arbeitern Grüße hinüber und herüber getauscht.

Plötzlich: „Halt — anhalten!" Der Landjäger ist es. Aber er wird nicht keß. Er bittet uns fast inständig, das Trompeten einzustellen. Kirchzeit. Nun gut, die frommen Bürger sollen nicht gestört werden.

Endlich das Ziel. Aussteigen, die Kleinarbeit beginnt. Sie müssen da draußen in den Dörfern nicht viel von dem täglichen Kampfe der Arbeiter in den Städten, von den Streiks und Kriegsrüstungen. Darum tragen wir in jedes Haus unsere Broschüren, die die Landarbeiter aufklären sollen über die Notwendigkeit eines Volksentscheids gegen den Panzerkreuzerbau.

Die Adresse des stellvertretenden Unterbezirksleiters für Torgau ist:

Otto König, Torgau, Schulzenstraße 14.

Alle Zuschriften sind an diese Adresse zu richten.

Delitzsch. Wieder der unbewachte Bahnübergang. In Delitzsch befindet sich mitten in der Stadt auf der einzigen Verbindungsstraße zwischen dem Berliner und Sorauer Bahnhof ein schrankenloser Bahnübergang über die Rangiergleise, die die beiden Güterbahnhöfe verbinden. Dieser ist zwar mit einer Glocke versehen, die aber bei dem immer stärker werdenden Verkehr überhört werden kann. Jetzt wurde ein Bahnwärter, der mit seinem Rade die gefährliche Stelle passierte, beinahe überfahren. Er fuhr, da er das Nahen einer Rangiermaschine nicht gehört hatte, gegen diese und wurde derselbe geschleudert. Sein Rad ging in Trümmer, er selbst kam mit dem Schrecken davon.

Zschortau. Holt Euch die letzte Aufklärung über das Volksbegehren gegen Panzerkreuzerbau am Sonnabend, dem 13. Oktober, abends 20 Uhr, im Gasthof Sonntag. Dort spricht Genosse Grade-Halle in einer öffentlichen Volksversammlung. Erscheint in Massen!

Ellenburg. Ein französischer Film, „Der Fall Crainquebille", die Tragödie eines armen Mannes, wird vom Volksfilmverband am Freitag, dem 12. Oktober, 20 Uhr, in der Stadthalle zur Aufführung gelangen. Dieser Film schildert das soziale Leben in Frankreich und wurde von der gesamten Presse des In- und Auslandes glänzend begutachtet. Wir sind überzeugt, daß auch diese Veranstaltung, wie alle vergangenen Filmabende, stark besucht wird.

Pauspisch. Eine öffentliche Versammlung gegen den Panzerkreuzerbau findet am Donnerstag, dem 11. Oktober, abends 20 Uhr, im Gasthof statt. Die Arbeiter des Ortes und der näheren Umgebung müssen restlos erscheinen.

Dommitzsch. „Palast und Festung." Dieser große historische Monumentalfilm gelangt am Freitag, dem 12. Oktober, abends 8 Uhr, im „Roten Hirsch" zur Aufführung. Der Film spielt in Rußland im Jahre 1860, der Zeit des grausamen Zarismus. Hier wird deutlich der Kontrast zwischen dem russischen Gefängnisleben (Peter-Pauls-Festung) und dem Leben und Treiben des russischen Hofes gezeigt. Alle Werktätigen müssen sich dieses Filmwerk ansehen!

Herzberg. Werktätige, Arbeitsinvaliden, Fürsorgeunterstützungsempfänger, verhindert den Bau von Kriegsschiffen jeder Art. Zeichnet Euch ein in die Listen zum Volksbegehren. Diese liegen jetzt bis 16. Oktober im Rathaus aus, und zwar in der Zeit von 8 bis 12 Uhr und von 3 bis 6 Uhr, am Sonntag von 11 bis 12 Uhr. Wer sich nicht einzeichnet, unterstützt die Kriegstreiber und diejenigen Parteien, welche das schaffende Volk in Not und Elend gestürzt haben. Zeichnet Euch ein, ehe es zu spät ist!

Sammeln!

Ein letzter Mahnruf an die Werktätigen im Bitterfelder Industrieland

Jeder Tag bringt neue Beweise für die imperialistischen Kriegsrüstungen der deutschen Bourgeoisie. Die Phosgenfabrikation, der Zeppelin-Flug, der Bau von Panzerkreuzern, das Fernlenkzielschiff, die Gasnebelversuche und nicht zuletzt die kriegsmäßigen Manöver der republikanischen Reichswehr bestätigen die Bestrebungen des neudeutschen Imperialismus zur aktiven militärischen Aufrüstung.

Mit außerordentlichem Geschick versteht es die kapitalistische Presse, den wahren Zweck zu verbergen, damit im werktätigen Volk nicht die Erkenntnis reift, sich zur Abwehr eines neuen imperialistischen Mordens zu sammeln. In der demagogischen Weise versucht die sozialdemokratische Presse von der Rüstungspolitik, die von den sozialdemokratischen Ministern tatkräftigst unterstützt wird, abzulenken. Die planmäßige Hetze der „Freien Presse" gegen den „roten Militarismus" und die „sowjetrussischen Aufrüstungen" nehmen an Umfang zu und bestätigen, daß die sozialdemokratische Presse die werktätigen Massen über die drohenden Gefahren eines kommenden Krieges zu täuschen versucht. Die Hetze gegen die proletarische Wehrhaftigkeit, die zur Verteidigung der neuimperialistischen Rüstungspolitik des vorstoßenden deutschen Kapitals dient, wird begleitet von dem wütenden Bestreben, die Sammlung der deutschen Arbeiterschaft, die werktätigen Massen in einer geschlossenen Abwehrfront gegen den Imperialismus, gegen die Koalitionspolitik und gegen die Knebelung der Arbeiter durch die Schlichtungsmaschine zu verhindern.

In diesem Augenblick, da die SPD. in die Koalitionsregierung des Reiches hineinmarschierte und statt Kinderspeisung Panzerkreuzer bewilligte und damit alle Wahlversprechungen der SPD. als üble Demagogie entlarvte, geht die sozialdemokratische Gewerkschaftsbureaukratie, gehen die SPD.-Führer der Arbeiter-Sportorganisationen usw. dazu über, durch einen verschärften Ausschlußkurs die Arbeiterorganisationen von allen revolutionären Elementen zu säubern. Diese „Säuberungsaktion", die die Spaltung der proletarischen Organisationen bedeutet, hat keinen anderen Sinn, als alle revolutionären Elemente zu abjorbieren, um die Massenorganisationen des Proletariats besser in den Dienst der sozialdemokratischen Koalitionspolitik und damit in den Dienst der kapitalistischen Staatsinteressen zu stellen.

Das sollen die Arbeiter erkennen. Diesen Plänen gegenüber gilt es, ein Millionenheer der Werktätigen zu sammeln und zu organisieren, gegen die Pläne der imperialistischen Kriegshetzer, der Brotverteuerer, Lohndrücker und ihrer Koalitionsstrabanten.

Vier Millionen müssen beim Volksbegehren aufmarschieren!

Deshalb heißt es mobilisieren, aufrütteln, aufklären, jedem Arbeiter zeigen, daß sein Lohn zu niedrig, daß die Preise für alle Lebensbedürfnisse zu hoch sind, daß die Not der Erwerbslosen, Sozial- und Kleinrentner so groß und auch die Lasten der kleinen Leute, des sogenannten Mittelstandes, der Kleinbauern, so drückend sind, weil die herrschende kapitalistische Klasse die aus den Werktätigen gepreßten Steuersummen für ihren Gewaltapparat, ihre Panzerkreuzer und Subventionen der Schwerindustrie verschleudert.

Eine feste, dauerhafte Kampffront der Werktätigen über das Volksbegehren hinaus zur Verhinderung des imperialistischen Krieges hat aber zur Voraussetzung die Sammlung aller Arbeiter in jedem Betrieb, in jeder Gewerkschaft, in jeder Genossenschaft, in jeder Arbeiterorganisation und ihre Zusammenfassung zu einem festen Block gegen räuberische und kriegslüsterne Trustkapital. Dabei heißt es auch zugleich, das Augenmerk auf die

Herbeischaffung der Munition

zu richten. Die Aktion des Volksbegehrens erfordert geheuerliche Geldmittel. Die Agitation der Panzerkreuzerbaues unter Führung der Kommunistischen Partei fordert nicht geringe Summen. Dabei heißt es sammeln, die notwendigen Gelder aufgebracht werden, um eine gewaltvolle Agitation gegen die Kriegsrüstung Deutschlands, verpulvern von 500 Millionen für Panzerkreuzer nicht nur in Städten, sondern auch auf dem flachen Lande unter den kleinen Bauern organisiert und betrieben werden kann.

Steigert die Sammelaktion!

Das ist der Ruf, der an alle ergeht, die es ernsthaft mit dem Kampf gegen die Panzerkreuzerbauer meinen. Trefft alle Vorbereitungen schnell und sorgfältig! Verbindet mit der Sammelaktion die Mobilisation der Werktätigen für das Volksbegehren! Groschen, der gesammelt wird, bedeutet einen Schlag gegen den imperialistischen Aufrüstung.

In dieser Woche setze jeder seine ganze Kraft ein. Schafft Munition gegen den Panzerkreuzer!

Landtagsabgeordneter Genosse Karl Schulz

spricht jetzt nicht mehr wie am Sonnabend

auf Welle 293

denn diese drei Unbekannten braucht er jetzt nicht mehr, weil er

in großen Kundgebungen

am Freitagabend zu den Arbeitern

in Bitterfeld und Delitzsch

sprechen wird. In Delitzsch spricht er Freitag, 20 Uhr, im „Lindenhof". Außerdem spricht der Reichstagsabgeordnete Genosse Heinrich Schmitt, Leuna. — In Bitterfeld spricht der Genosse Schulz am Freitagabend im „Gesellschaftshaus".

„im Rundfunk für das Volksbegehren".

Hier spricht außerdem Reichstagsabgeordneter Genosse Hans Schröter.

Holzweißig. Vom Motorrad überfahren und getötet wurde in der Nähe der „Preußischen Krone" eine Frau, die Straße passieren wollte. Der Motorradfahrer soll vorschriftsmäßige Beleuchtung gehabt haben. Es besteht aber auch die Möglichkeit, daß die Frau durch eine Auto geblendet und so den Motorradfahrer überfuhr.

Holzweißig. Wahre Solidarität hat der Arbeitsfahrerverein bei einem Veranügen bewiesen, indem er für 9,10 Mark sammelte.

Ilschernhorst. Alle Einwohner haben die Pflicht, fort im Gemeindeamt für das Volksbegehren gegen Panzerkreuzerbau einzutragen. Eintragungszeit: Wochentags von 7 Uhr bis abends 6 Uhr. Sonntags von 11 bis 2 Uhr. Es ist jeder seine Pflicht im Interesse der gesamten Arbeiterschaft.

Wittenberg. „Die Mutter" gelangt am Freitag, 12. Oktober, abends 8 Uhr, im Muths Festsälen, Wittenberg, Aufführung. Außerdem wird ein Beifilm vorgeführt. Die Wittenberger Arbeiter werden aufgefordert, diesen Filmabend zahlreich besuchen.

Piesteritz. Beim Sturz vom Rade brach sich am Sonnabend die Ehefrau Olle von hier das Bein. Der Unfall wurde zurückgeführt, daß sich ein Pedal vom Rade gelöst hatte.

Zschornewitz. An den Folgen eines Motorradunfalles verstorben. An den Folgen eines Motorradunfalles der bei Bergwitz auf der Rückfahrt von seiner Arbeitsstelle Zschornewitz erlitt, ist der Schlosser Wenzel Jadran aus Coswig gestorben.

Rundfunk-Programm

Donnerstag, 11. Oktober

15 Uhr: Frostmeldung. Anschließend Schallplattenkonzert. 16.30 Uhr: [illegible] 17.45 Uhr: Zeitungsbeschichten. 18.05 Uhr: Steuerrundfunk. 18.20 Uhr: [illegible] nerauslage, Zeitungsdienst und Arbeitsnachweis. 18.30 bis 19.55 Uhr: [illegible] Vorgeschichtlicher. (Deutsche Welle, Berlin.) 19 Uhr: „Wie entsteht [illegible] Lexikon." 19.30 Uhr: Das amerikanische Theater von heute." 20 Uhr: [illegible] abend. 22 Uhr: Tagesnachrichten. 22.05 Uhr: Vorbericht und Sportbericht. [illegible] Funkstille.

Wie wird das Wetter?

Wettervorhersage für Donnerstag und Freitag: Weiterhin schreiten das schlechte Wetter, zunehmende Abkühlung. [illegible] nächst westlich, später nördlich. Regen- oder Graupelschauer. Besserung zum Wochenende.

Verantwortlich: Erich Behnke, Halle a. d. S., für Politik, Wirtschaft, Feuilleton; Kurt Kühn, Merseburg, für Provinzielles und Sport; Max Gundermann, Halle a. d. S., für Lokales; Bernhard Koenig, Halle, für Gewerkschaften und Aus den Betrieben. Fritz Krab, Halle a. d. S., für den Verlag und Anzeigen.

Aus dem Geschäftsverkehr

Neueröffnung des Uhrenhauses Adolf Herz in Weißenfels

Weißenfels ist um ein modernes Geschäftshaus reicher. Der [illegible] Uhrenhauses Adolf Herz, Weißenfels, Kl. Kalandstraße 7, ist [illegible] die Neueröffnung stattgefunden.

K·P·D

Bezirkssekretariat für Halle-Merseburg

Garagen und Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 21473. — Postscheckkonto Leipzig 107001

Leiter Samisch. Bezirks-Sekretär. Geschäftsstelle: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen

Stadtorganisation Halle

Achtung, Parteigenossen! Der KPD. Halle veranstaltet am Freitag, 12. Oktober, im „Volksport" einen politisch-satirischen Abend. Karten sind zum Preis von 50 Pf. bei allen Funktionären der Partei zu haben.

An die Stadtteilleitungen. Die Einsteckkarten zum Roten Aumsel sind am Freitag an der Abendkasse bei der Genossin Ahrenschen.

Halle. Die Sitzung der Org.-Abteilung findet nicht statt.

Stadteil Zentrum. Heute, Mittwoch, Treffpunkt aller Mitglieder um 17 Uhr in der „Goldenen Kette" zur Kriegsbeitreibung.

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Senneweig. Heute, Mittwoch, 20 Uhr bei Pabst wichtige Mitgliederversammlung. Referent Genosse Gutjahr.

Unterbezirk Merseburg-Querfurt

Leuna. Mittwoch 20 Uhr im Lokal „Helleres Bild" öffentliche Volksversammlung. Referent ist angesagt.

Schkeuditz. Freitag, 12. Okt., 20 Uhr, im Bahnhofsrestaurant öffentliche Volksversammlung. Referent Genosse Fritz Krab.

Kötzschau. Freitag, 12. Okt., 20 Uhr, bei Lindner komb. Mitgliederversammlung, Partei, KJD. und Jugend muß erscheinen.

Unterbezirk Mansfeld

Eisleben. Sonntag, 14. Okt., Antreten aller Parteigenossen und KJD.-Kameraden zum Propagandaumzug 19.30 Uhr auf dem Klosterplatz.

Burgörner-Helfisdorf. Freitag, 12. Okt., 20 Uhr, öffentliche Volksversammlung. Referent Genosse Baumgärtel.

Unterbezirk Merseburg-Naumburg-Zeitz

Teuben. Die für Donnerstag angesetzte Funktionärsitzung findet nicht statt.

Teuben. Mittwoch, 10. Okt., 20 Uhr, im Bahnhofslokal öffentliche Volksversammlung. Referent Genosse Teuthon.

Unterbezirk Bitterfeld-Wittenberg

Wolfen. Donnerstag, 11. Okt., 20 Uhr, im Lokal Höler komb. Mitgliederversammlung.

Greppin. Alle Parteigenossen und KJD.-Kameraden treffen sich während der Zeit der Eintragung jeden Tag um 6 Uhr im Lokal Schmidt.

Bitterfeld. Freitag, 12. Okt., 20 Uhr, im Gesellschaftshaus öffentliche Volksversammlung. Referent Genosse Schröter, M. d. R., Halle, und Genosse Karl Schulz, Berlin.

Ilschernhorst. Freitag, 12. Okt., 20 Uhr, im Lokal Dubitzigs öffentliche Versammlung. Referent Genosse Fr. Rödel.

Pouch. Freitag, 12. Okt., 20 Uhr, bei Naumann öffentliche Volksversammlung. Referent Genosse Berger.

Gräfenhainichen. Freitag, 12. Okt., 20 Uhr, im Lokal Eger komb. Mitgliederversammlung. Referent Genosse Wirtig.

Greppin. Freitag, 12. Okt., 20 Uhr, bei Schmidt öffentliche Volksversammlung. Referent ist angesagt.

Unterbezirk Sangerhausen-Nordhausen

Sangerhausen. Freitag, 12. Okt., 20 Uhr, im „Herrenkrug" Mitgliederversammlung.

Sangerhausen. Sonnabend, 13. Okt., vorm. 9 Uhr, Treffpunkt aller Parteigenossen, welche nicht arbeiten, im „Herrenkrug" zum Flugblattverteilen.

Blankenheim. Freitag, 12. Okt., 20 Uhr, im „Adelgarten" öffentliche Volksversammlung. Referent Genosse Schlag.

Esche. Freitag, 12. Okt., 20 Uhr, öffentliche Volksversammlung in der „Eiche". Referent Genosse Lademann.

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda

Mückenberg. Sonntag, 14. Okt., treffen sich alle Parteigenossen und KJD.-Kameraden 1/2 10 Uhr im Lokal Roloff zum Großmarsch für Partei und Presse und Agitation zum Volksbegehren. Das Material wird dort ausgehändigt.

Blumberg. Freitag, 12. Okt., 20 Uhr, bei Sped öffentliche Versammlung. Referent Genosse König.

Unterbezirk Delitzsch

Pauspisch. Donnerstag, 11. Okt., 20 Uhr, Aufführung der Revue Panzerkreuzer. Referent Genosse Lesing.

Schönitz. Freitag, 12. Okt., 20 Uhr, öffentliche Volksversammlung. Ref. Behnke.

Delitzsch. Freitag, 12. Okt., 20 Uhr, im „Lindenhof" öffentliche Versammlung. Referent Genosse Heinrich Schmitt, M. d. R., und Landtagsabg. K. Schulz, Berlin.

„Roter Frontkämpfer-Bund"

Adresse: Max Bentwitz, Halle a. d. S., Pfännerhöhe 2, Hof 2 Treppen.

Telephonnummer 299 95. Postscheckkonto: Max Bentwitz, Leipzig Nr. 231 87.

Verantwortlicher: Wilhelm Stengel, Halle, Trebel 1.

Mitteilungen der Gauleitung

Die Delegierten der Gaukonferenz werden nach den Monaten Juli, August, September berechnet. Sendet sofort die Abrechnung für August und September ein, damit Euch kein Delegierter verlorengeht.

Untergau Halle-Saalkreis

Achtung, RFB.-Kameraden! Der RFB. Halle veranstaltet Freitag, 12. Oktober, im „Volksport" einen politisch-satirischen Abend. Karten sind zum Preis von 50 Pf. bei allen Funktionären der Partei zu haben.

Die vom RJKD. erhaltenen Einsteckkarten zu Freitag, 12. Oktober, sind an der Abendkasse bei der Genossin Martha abzurechnen.

Halle. Geschlossener Spielmannszug. Mittwoch, 10. Oktober, pünktlich 19.30 Uhr, auf dem Paradeplatz Antreten zum Ueben. Kein Spielmann darf fehlen.

Halle. Abt. 2 (Süden). Donnerstag, 11. Okt., pünktlich 20 Uhr, im „Thüringer Schlößchen" Abteilungspflichtversammlung. Wichtige Tagesordnung. Funktionäre eine Stunde früher.

Halle, Abt. 3 (Westen). Donnerstag, 11. Okt., pünktlich 20 Uhr, im „Fröhlichen Zecher". Vortrage, Funktionärsitzung. Kameradschaftsführer sind für Erscheinen der Funktionäre verantwortlich.

Halle, Abt. 5 (Zentrum). Die für heute abend angesetzte Versammlung findet nicht bei Mätzel, sondern im Lokal Fehle, Bergstraße, statt.

Hohenthurm. Mittwoch, 10. Okt., 20 Uhr, beim Kamerad Stelmann Mitgliederversammlung. Spielzeug, Riemberg und Radau haben zu erscheinen. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Canena. Freitag, 12. Okt., 20 Uhr, bei Wenkel Uebungsstunde des Spielmannszuges.

Untergau Mansfeld (Seekreis)

Vorsfeld. Heute abend 20 Uhr öffentliche Frauenversammlung. Alle RJKD.-Kameraden sind dazu zu benachrichtigen. Thema: Warum Volksbegehren gegen Panzerkreuzerbau. Referent der KPD. ist angesagt.

Untergau Merseburg

Kötschen-Braun. Freitag, 12. Oktober, 20 Uhr, im Lokal Lindner Mitgliederversammlung. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Untergau Torgau-Liebenwerda

Torgau. Freitag, 12. Oktober, 20 Uhr, in der „Welschkänne" Mitgliederversammlung.

Untergau Zeitz

Zeitz. Freitag, 12. Oktober, gemeinsamer Propagandamarsch. Antreten 18.30 Uhr an der „Bonnerbrücke" in Bündelbeleuchtung.

Rote Jungfront Halle-Merseburg

Merseburg. Donnerstag, 11. Okt., 20 Uhr, in der Junkenburg außerordentliche Abteilungsversammlung. Alles zur Stelle. Erscheinen ist Pflicht.

Halle. Donnerstag, 11. Okt., finden in allen Abteilungen Pflichtveranstaltungen statt. Thema: **Handarg auf den Barrikaden.** Gruppenführer sorgen für restlos Einladen.

Abt. 2 (Süden) 20 Uhr im Lokal Jäthier.

Abt. 3 (Westen) 20 Uhr im Lokal Polzin.

Abt. 4 (Norden) 20 Uhr im „Volksport".

Abt. 5 (Zentrum) 20 Uhr in der „Goldenen Kette".

Alle Kameraden erscheinen in Bundeskleidung.

Achtung! Die KPD. und KJVD. Halle veranstaltet am Freitag, 12. Okt., einen politisch-satirischen Abend. Die KJ. beteiligt sich restlos daran. Pflichtveranstaltung.

Roter Frauen- und Mädchen-Bund

Beir. Kellerung. Alle Ortsgruppen, die den September und rückständige noch nicht abgerechnet haben, werden ersucht, das sofort zu tun.

Halle. Alle Abteilungskassierinnen werden gebeten, bis zum Freitag von 12 bis 1/2 1 Uhr und 6 bis 1/7 Uhr, die Zeitungen in der Produktion [illegible]

Halle. Zentrum. Alle Unterkassierinnen holen sich die neuen Zeitungen bei Genossin Küstenbräck ab.

Eilenburg. Donnerstag, 11. Oktober, findet in der „Rose" Mitgliederversammlung statt. Referentin der Gauleitung anwesend.

Kommunist. Jugendverband Deutschlands

Bezirk Halle-Merseburg

Jugendsekretariat: Halle a. d. S., Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 21473

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Halle. Mittwoch, 10. Okt., 20 Uhr, „Volksport" Generalprobe der Spielmannszug.

Halle. Donnerstag, 11. Okt., Generalprobe der Agitprop-Abteilung.

Donnerstag, 11. Okt., Gruppenkassierer „Junge Garde" abholen.

Halle. Eintritt für Lehrlings- und Arbeitslosen ist unentgeltlich.

Halle. Freitag, 12. Okt., Werbeveranstaltung unserer Organisation. Lehrlinge und Erwerbslose 25 Pf. (Erwerbslosenkarten müssen vorgezeigt werden.) Der Eintritt beträgt sonst 50 Pf. Alle Gruppenkassierer haben die Gelder an der Kasse bei der Genossin Martha abzurechnen.

Unterbezirk Merseburg

Teuchern. Donnerstag 20 Uhr im „Grünen Baum" Gruppenabend.

Jung-Spartakus-Bund

Bezirksleitung Halle-Merseburg

Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14

Halle. Donnerstag 1/2 19 Uhr Spielleute Ueben bei Mätzel.

Halle. Donnerstag Spielmannszug Ueben 1/2 19 Uhr bei Mätzel.

Bund der Freunde der Sowjetunion

L.G. Halle/Merseburg

Bureau: Halle, Gr. Steinstr. 16. Telephon [illegible]

Postscheckkonto: Leipzig 163,79 Job. [illegible]

Das Bureau ist geöffnet vormittags 11 bis 12 Uhr und nachmittags [illegible]

Ortsgruppenangelegenheiten werden nur bei der Genossin Emma [illegible] Straße 11 Montags, Mittwochs und Freitags von 17 bis 19 Uhr entgegengenommen.

Bitterfeld. Donnerstag, 11. Oktober, 20 Uhr, im Gasthof „Zum [illegible]" Filmaufführung. „Die Tragödie eines armen Mannes."

Wittenberg. Freitag, 12. Okt., 20 Uhr, in Muths Festsäle Filmaufführung „Die Mutter".

Dommitzsch. Freitag, 12. Okt., 20 Uhr, Lokal „Roter Hirsch": „Palast und Festung".

Roter Hilfe Deutschlands

Bezirk: Halle-Merseburg

Bureau Zwingerstraße 29 (Laden). Fernruf [illegible]

Zeitz. Donnerstag, 11. Okt., 20 Uhr, in der „Herberge" auf Bergschlößchen zitzungsvorstandes außerordentliche Mitgliederversammlung.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019281010-16/fragment/page=0012